Donnerstag, 3. Januar 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 2 - 1.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Ostsee: Die „DDR" hat mit Wirkung vom 1. Januar ihre Territorialgewässer in der Ostsee von bisher drei auf maximal zwölf Seemeilen ausgeweitet. Auswirkungen auf die Handelsschiffahrt und Fischerei der Bundesrepublik werden nicht erwartet. (S. 8)

Börner: Die Genesung des erkrankten hessischen Ministerpräsidenten wird länger dauern als erwartet. Beigetragen zu Börners gesundheitlicher Krise hat offenbar Enttäuschung über das Scheitern der rot-grünen Zusammenarbeit. (S. 5)

Widerstand: Mehr als ein Drittel des katholischen Klerus ist von Zwangsmaßnahmen der Nazi-Behörden betroffen gewesen – vom Verhör bis zu KZ-Einweisung und Hinrichtung. Eine neue Untersuchung dokumentiert diese überraschend hohe Zahl. (S. 4)

Protokolle: Näher als die Öffentlichkeit bisher geahnt hat, geriet die Welt 1954 an den Rand eines Atomkriegs, wie aus Protokollen britischer Kabinettssitzungen hervorgeht. (S. 5)

Wehrpflicht: Die Zahl der Anträge auf Anerkennung als Wehrdienstverweigerer ging 1984 gegenüber dem Vorjahr um 35 Prozent zurück. In Bonn wurde dies als positives Ergebnis der Neuregelung des Gesetzes zur Wehrdienstverweigerung gewertet.

Rücktritt: US-Innenminister Clark will in Kürze zurücktreten. Seine Begründung, er betrachte seine Aufgabe als weitgehend erledigt, wird in politischen Kreisen Washingtons in Zweifel gezogen. (S. 8)

Nakasone: Der Besuch des japanischen Regierungschefs in den USA verschärft nach sowjetischer Darstellung die angespannte Weltlage. Washington erwarte von Japan die bedingungslose Unterstützung des amerikanischen „Kriegs der Sterne".

Umwelt: Eine zentrale Umweltprobenbank für die Bundesrepublik hat nach erfolgreicher Versuchsphase gestern ihren Dauerbetrieb aufgenommen. Sie soll als ökologisches Frühwarnsystem dienen. (S. 4)

Umwelt – Forschung – Technik

Mit aktueller Hintergrundinformation zu den Themen „Umwelt – Forschung – Technik" erweitert die WELT ihre Berichterstattung: Technologien der Zukunft werden, auch für den Laien verständlich, an jedem Dienstag und Donnerstag dargestellt. Seite 6

WIRTSCHAFT

US-Schulden: Die USA, lange größter Nettogläubiger der Welt, werden 1985 zum Nettoschuldner und in den nächsten Jahren zum größten Nettoschuldner der Welt, falls sich die Leistungsbilanz nicht verbessert. (S. 9)

Dollar: Mit ungewöhnlicher Vorsicht stellen in diesem Jahr die großen US-Wirtschaftsinstitute die traditionellen Dollar-Prognosen. Das Ergebnis ist ein konfuses Bild. (S. 9)

„Islamisierung": Pakistan hat mit der angekündigten Islamisierung des Kreditwesens begonnen. Das mohammedanische Zinsverbot gilt zunächst für alle neuen Finanzgeschäfte von Regierung, inländischen Banken und Staatsbetrieben.

Börse: An den Aktienmärkten begann das neue Jahr mit einer Kaufwelle, so daß es zu stark steigenden Kursen kam. Der Rentenmarkt gab nach. WELT-Aktienindex 164,2 (162,8). BHF-Renten-Index 102,860 (102,959). Performance-Index 100 (112,755). Dollarmittelkurs 3,1727 (3,1400) Mark. Goldpreis 306,25 (309,50) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Der Frieden kann nicht nur durch Krieg gebrochen werden, sondern auch durch Ungerechtigkeit, Lüge und gesellschaftliche Sünden. Es gibt in der Welt Systeme, die den Menschen seiner Zukunft und Würde berauben «

Der polnische Primas, Kardinal Jozef Glemp, anläßlich des Prozesses gegen die Mörder des Priesters Popieluszko
FOTO: WEREK

KULTUR

Austellung: „Museumsprobe" nennt sich ein wenig kryptisch eine Ausstellung Berliner Kunst dieses Jahrhunderts in der „Berlinischen Galerie". Viel Vertrautes wird hier ausgestellt, aber auch Neues und Aufregendes. (S. 15)

Walther Hubatsch: Der Bonner Historiker, der vor allem mit Arbeiten über die beiden Weltkriege hervortrat, ist 69jährig gestorben. Hubatsch lehrte von 1956 bis zu seiner Emeritierung Mittlere und Neuere Geschichte. (S. 15)

SPORT

Ski: Bundestrainer Ewald Roscher übt nach dem mäßigen Abschneiden der deutschen Springer bei der Vierschanzen-Tournee heftige Kritik: Den Athleten fehle es an Mut. (S. 8)

Leichtathletik: Die in Südafrika geborene Weltrekordläuferin Zola Budd verhandelt heute mit dem englischen Verband. Bleibt sie Britin, wird sie wieder Südafrikanerin oder gar Schweizerin? (S. 8)

AUS ALLER WELT

Geschäft mit der Blume: Innerhalb eines Jahrzehnts hat es das kleine Holland geschafft, der Welt größter Blumenexporteur zu werden. 60 Prozent des Weltmarktes werden inzwischen von den Niederländern beherrscht. (S. 16)

Wetter: Die bisher heftigsten Schneefälle dieses Jahres haben gestern im gesamten Bundesgebiet zu chaotischen Verhältnissen auf den Straßen geführt. In den Mittelgebirgen fielen bis zu 40 Zentimeter Neuschnee. Die Schneefälle sollen heute nachlassen, die Tagestemperatur sinkt bis zu minus sieben Grad. (S. 16)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Weinberger setzt sich durch. Strategie für Genf steht fest

Über Abrüstung soll mit den Sowjets auf zwei Gleisen verhandelt werden

FRITZ WIRTH/DW. Washington

Die USA wollen mit ihrer neuen zweigleisigen Strategie für den bevorstehenden Genfer Abrüstungsdialog mit den Sowjets offenbar verhindern, daß Moskau die amerikanische Verteidigungsinitiative von einem „Krieg der Sterne" zum zentralen Thema dieser Verhandlungen macht. Bei der Formulierung dieser Strategie im Verlauf eines Klärungsprozesses zwischen dem Außen- und dem Verteidigungsministerium hat sich offenbar in immer stärkerem Maße die Ansicht von Verteidigungsminister Weinberger durchgesetzt, daß das geplante Verteidigungsprogramm nicht aufgegeben werden soll, solange die Sowjets auf diesem Gebiet einen Vorsprung besitzen. Weinberger ist in der Reagan-Administration der vehementeste Befürworter einer Umorientierung von der offensiven Nuklearstrategie mit ihrer Androhung gegenseitiger Vernichtung zu einer defensiven Nuklearstrategie, die als Endziel alle Nuklearwaffen überflüssig machen soll.

Zugleich möchte Washington mit einer Trennung der Verhandlungen über die Reduzierung der nuklearen Offensivwaffen von den Gesprächen über die nuklearen Abwehrsysteme anscheinend klarmachen, daß dieses geplante US-Verteidigungssystem nicht als Tauschobjekt für Kompromisse und Zugeständnisse im Bereich der offensiven Raketen in Genf mit auf dem Verhandlungstisch liegt. Präsident Reagan hatte am Neujahrstag gemeinsam mit Außenminister George Shultz, Verteidigungsminister Caspar Weinberger und Sicherheitsberater Robert McFarlane in Palm Springs die amerikanische Strategie für den bevorstehenden Abrüstungsdialog mit der Sowjetunion festgelegt. Trotz strikter Geheimhaltung des Inhalts der Gespräche in Reagans Feriendomizil deutet alles darauf hin, daß Shultz bei seinem Genfer Treffen mit seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko am 7. und 8. Januar den Vorschlag der amerikanischen Regierung vorlegen wird, die Verhandlungen über nukleare Abrüstung künftig zweigleisig zu führen. McFarlane, dem die Koordinierung der amerikanischen Verhandlungsposition für Genf oblag, sprach von einem hohen Maß an Übereinstimmung innerhalb der Administration und legte dem Präsidenten in Palm Springs ein Positionspapier für die Genfer Gespräche vor, das anschließend mit Shultz und Weinberger diskutiert wurde.

Ob die von den Amerikanern angestrebte Trennung von offensiven und defensiven Nuklearverhandlungen von den Sowjets akzeptiert wird, ist höchst fraglich. Diese Trennung würde nicht nur ihre bisher meistgenutzte Propagandawaffe, die These der Bedrohlichkeit des „Kriegs der Sterne", entschärfen, sie würde im Verhandlungsbereich der „offensiven Waffensysteme" auch eine Verschmelzung der bisher getrennt geführten Gespräche über Mittelstreckenwaffen (INF) und über strategische Waffen (START) bedeuten, die beide von Moskau im Jahre 1983 abgebrochen worden waren. Nach bisheriger sowjetischer Lesart aber sind die INF-Verhandlungen „tot"; und, so stellten sie wiederholt in den letzten Monaten fest, „mit einer Leiche lassen sich keine Verbindungen mehr

● Fortsetzung Seite 8

Meisners Absage an SED-Kirchenziele

Der Bischof von Berlin betont die enge Verbundenheit mit dem Papst

H.-R. KARUTZ, Berlin

Der Bischof von Berlin, Kardinal Joachim Meisner, hat der „DDR"-Führung zu verstehen gegeben, daß es auch künftig nicht möglich sein werde, einen politischen Keil zwischen die Katholiken in Mitteldeutschland und den Vatikan zu treiben. Meisner stellte in einer Predigt in der Ostberliner St.-Hedwigs-Kathedrale demonstrativ die enge Verbindung mit Rom heraus. Meisner: „Wir stehen nicht allein." Die Katholiken bildeten „keine Landeskirche", sondern seien stets „katholische Kirche in einem Land".

Mit diesen Sätzen erneuerte der Oberhirte von insgesamt rund 430 000 Katholiken in West und Ost (das Bistum umfaßt auch West-Berlin) die Verbundenheit dieser „geprüften Berliner Kirche" (Meisner) mit Rom. Sie sei im Jahr 1984 „besonders gestärkt" worden, sagte Meisner. Der Kardinal verwies dabei auf die Pilgerfahrt von 150 Katholiken aus Ost-Berlin und der „DDR" nach Rom. Johannes Paul II. hatte bei einem Besuch sämtlicher „DDR"-Oberhirten im Oktober 1982 im Vatikan die „gelebte und praktizierte Einheit" der Bischöfe mit dem Papst hervorgehoben und hinzugefügt:

„Sie bleibt eine wesentliche Bedingung für die notwendige innere Freiheit und Selbstbestimmung jeder Ortskirche." Diese Einheit mache sichtbar, sagte der Papst damals, „daß der Verband der Ortskirchen der Welt die im staatlichen Bereich gegebenen Grenzen überschreitet". Kirchliche Gemeinschaft sei „deutlich unterschieden von jeder politischen Organisationsform". Eine katholische Ortskirche – wie die in der „DDR" – könne deshalb „wesensgemäß niemals zu einer reinen Landeskirche werden".

Die katholische Kirche in der „DDR" wahrt den Vorrang der kirchlichen vor der staatlichen Organisationsform allein schon durch ihre Weigerung, die Bistumsgrenzen neu festzulegen, also in Übereinstimmung mit den „DDR"-Grenzen zu bringen. Dieses Ziel jedoch langfristig zu erreichen, bleibt die Maxime der staatlichen Kirchenpolitik in der „DDR". Die SED-Führung sieht in diesem bisher gescheiterten Vorhaben in erster Linie die Möglichkeit, mehr „Staatlichkeit" mit den Attributen Staatsvolk, Grenzen und gleichsam „national" beschränkten Kirchen durchzusetzen. Dagegen beharrt die katholische Kirche in der „DDR" auf der strikten Trennung von Staat und Kirche.

Kardinal Meisner hatte dieses Prinzip, das eine allzu starke „Verweltlichung" der christlichen Gemeinschaft verhindern soll, bei seinem Zusammentreffen mit Kirchen-Staatssekretär Klaus Gysi (SED) am 25. September 1984 ausdrücklich betont. Gemäß den Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils besitze kirchliche Sendung nur „religiösen Charakter". Meisner sagte damals: Der „Dienst der Kirche für Versöhnung und Frieden" sei ihre „wesenseigene Aufgabe".

Bonn verbürgt Reaktorgeschäft mit Kairo

Auftragslage bei KWU gab den Ausschlag / Ägypten muß nun über Zuschlag entscheiden

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung ist jetzt entschlossen, die Lieferung eines 1000-Megawatt-Kernkraftwerks an Ägypten im Umfang von etwa zwei Milliarden Mark zu verbürgen. Ausschlaggebend für die Entscheidung ist zum einen die Auftragslage des renommierten deutschen Anbieters Kraftwerk Union (KWU). Zum anderen wird darin ein Akt der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit einem befreundeten Land gesehen.

Damit steht der Finanzierung eines Großauftrags im Umfang von etwa 3,5 Milliarden Mark nichts mehr im Wege. Die KWU plant Zulieferungen (und entsprechende Finanzierungen) aus europäischen Ländern mit etwa 800 bis 900 Millionen Mark sowie aus Ägypten (im wesentlichen der Bauteil) mit etwa 600 Millionen Mark ein.

Die Entscheidung über den Zuschlag liegt jetzt in Kairo, nachdem sich neben der KWU eine französische (Framatome) und eine amerikanische Firma (vermutlich Westinghouse) an der internationalen Ausschreibung im April 1984 beteiligt hatten. Das französische Angebot liegt mit dem deutschen gleichauf, das amerikanische mit etwa 4,5 Milliarden um rund eine Milliarde Mark darüber.

Ägypten will bis zum Jahre 2005 acht Kernkraftwerke in der Größenordnung von jeweils 900 bis 1000 Megawatt am Netz haben, die in Doppelblöcken an vier verschiedenen Standorten installiert werden sollen. Der ausgeschriebene Druckwasserreaktor ist für den Standort El Dabaa, 150 Kilometer westlich von Alexandrien, vorgesehen.

Politische Schwierigkeiten sind nicht zu erwarten, da Ägypten noch zu Zeiten des Präsidenten Sadat den Atomsperrvertrag unterzeichnet hatte. Auch wurden inzwischen mit zahlreichen Ländern, darunter der Bundesrepublik Deutschland, Vereinbarungen über die Zusammenarbeit in der friedlichen Kernenergienutzung unterzeichnet. Dies ist nach den bereits gemachten Erfahrungen etwa im Fall Argentiniens und Brasiliens ein Schritt, der der Lieferung solcher Anlagen vorausgeht.

Die Bonner Entscheidung über die Bereitschaft zur Deckung des ägyptischen Großauftrags ist so gestaltet, daß die Bemühungen der KWU um die Lieferung eines weiteren Kernkraftwerks von ebenfalls 1000 MW an die Türkei von der Finanzierungsseite her nicht beeinträchtigt werden. Ursprünglich wollte Bonn lediglich einen der beiden Großaufträge verbürgen.

Die türkische Regierung hat allerdings die Entscheidung über das Vorhaben in Akkuyu bereits seit mehr als einem Jahr immer wieder hinausgeschoben. Würde Bonn unter diesen zunächst nicht erwarteten Schwierigkeiten sein Junktim (entweder Türkei oder Ägypten) aufrechterhalten, dann geriete die KWU in Gefahr, schließlich für keinen der beiden Aufträge den Zuschlag zu erhalten.

Preisvergleich auch bei Medikamenten?

PETER JENTSCH, München

Arzneimittel im Wert von zwei Milliarden Mark werfen die Deutschen nach einer Schätzung der Ortskrankenkassen jährlich weg. Zwei weitere Milliarden gehen der gesetzlichen Krankenversicherung Jahr für Jahr „durch überhöhte Preise der Pharmaindustrie verloren". Um diese vier Milliarden Mark müssen nach Auffassung des Vorsitzenden des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen (BdO), Wilhelm Heitzer, die Arzneimittelaufwendungen der Krankenversicherung (jährlich 15 Milliarden) „zurückgefahren" werden. Nur mit diesem Sparpotential, sagte Heitzer in einem Gespräch mit der WELT, ließe sich kurzfristig das noch nicht geregelte Problem der Ärzteschwemme für die Versicherten beitragsneutral finanzieren.

Als ersten Schritt forderte Heitzer die Einführung einer Preisvergleichsliste für Arzneimittel in diesem Jahr. Sie ermögliche die Verordnung wirksamer und gleichzeitig der preiswertesten Medikamente und mache die Krankenversicherung gegenüber dem „teurer verordnenden Arzt regreßfähig". Verordne der Arzt teurere Präparate, so könne ihm die Preisdifferenz von seinem Honorar abgezogen werden.

Wenn heute die Ärzte zunehmend Arzneimittel der gehobenen Preisklasse verordneten, weil sie angeblich eine bessere Bioverfügbarkeit besäßen, dann müßte das Bundesgesundheitsamt Arzneimittel der unteren Preisklasse vom Markt nehmen. „Entweder handelt also der Arzt gegenüber der Solidargemeinschaft der Versicherten fahrlässig, wenn er teuer verordnet, oder das Bundesgesundheitsamt kommt seiner Verpflichtung nicht nach. Diese Verflechtung muß abgebrochen werden." Heitzer forderte einen generellen Ausschluß der Verordnungsfähigkeit von zu teuren Medikamenten auf Kosten der Krankenkassen.

Als zweiten Schritt verlangte er die Aufnahme der Pharmaindustrie in die Reichsversicherungsordnung. Wie etwa bei Ärzten und Zahnärzten müßten auch zwischen Pharmaindustrie und Krankenversicherung Preisverhandlungen möglich sein. Ob man dazu einen privatrechtlichen Verein mit Zwangsmitgliedschaft einrichte oder andere kartellrechtliche Lösungen finde, „auf jeden Fall muß der Gesetzgeber sagen, Arzneimittel dürfen nur zu Lasten der Krankenversicherung verordnet werden, wenn man diesem Verein angehört". Das sei kein Eingriff in die Marktwirtschaft, weil ja jedes Unternehmen auf dem freien Markt seine Produkte weiter verkaufen könne.

Die politische Realisierung dieser Forderung sieht Heitzer durch die FDP erschwert, die „überdimensional durch die Pharmaindustrie geprägt ist". Wenn aber diese Industrie dauernd „schamlos mit Arbeitsplätzen winkt oder mit den Devisen durch ihre Exporterlöse", dann müsse man entgegenhalten, daß „heute bereits 50 Prozent aller in der Bundesrepublik verkauften Arzneimittel im Ausland hergestellt werden".

DER KOMMENTAR

Zwei Gleise

THOMAS KIELINGER

Die amerikanische Idee, bei den in Genf beginnenden Gesprächen über die neue Abrüstungsrunde mit zwei „Gleisen" zu operieren, auf denen die Verhandlungszüge nach Defensiv- (Abwehr im Weltraum) und Offensivwaffen (ballistische Raketen) fahren sollen, ist einleuchtend und plausibel. Ob es tunlich ist, diese Idee schon jetzt an die internationale große Glocke zu hängen, mag freilich dahingestellt bleiben. Man läuft Gefahr, die eigene Position im Vorfeld zerreden, möglicherweise torpedieren zu lassen.

Die zwei Gleise machen zunächst verhandlungstechnisch Sinn. Man darf die Gesprächsmaterie nicht überfrachten, nicht zu viele Zutaten auf einmal in einem einzelnen Gericht unterbringen wollen. Schon im Einzelbereich der Offensivwaffen, bei den INF- und START-Systemen, gab es während der Verhandlungen der Jahre 1982 und 1983 keinen Konsens. Noch schwerer wird er beim Zusammenlegen dieser Bereiche zu erzielen sein. Da muß es als fast aussichtslos erscheinen, zusätzlich die antiballistischen und die Anti-Satelliten-Systeme in der gleichen Rubrik unterzubringen – es sei denn, man wolle Prokrustes zum Paten dieser Gespräche machen.

Auch vom Standpunkt einer fairen Verhandlungsführung muß die Zweigleisigkeit vernünftig erscheinen. Die Sowjets haben im Vorfeld von Genf wissen lassen, daß sie die amerikanischen Weltraumpläne – also den Bereich der Zukunftstechnologie – als den Dreh- und Angelpunkt der neuen Abrüstungsverhandlungen ansehen. Das aber ist ein allzu durchsichtiges Manöver, von der Wirklichkeit des sowjetischen Drohpotentials, der vorhandenen Übermacht an Offensivwaffen, abzulenken. In den neuen Gesprächstopf sogleich die amerikanischen Defensiv-Forschungen hineinzutun, hieße, Moskau für seine Weigerung zu belohnen, im traditionellen Abrüstungsbereich ernsthaft zu verhandeln.

Natürlich werden sich die beiden Abrüstungsgleise irgendwann einmal berühren, überschneiden und vielleicht zu einem Strang verbinden lassen. Aber darauf als anfänglichen Fahrplan zu hoffen, ist Illusion. In den Forschungen zur Abwehr tödlicher Raketen liegt zuviel Verheißung, als daß allein die vage Aussicht auf künftigen Abbau der Atomarsenale diese Forschungen schon stoppen könnte oder sollte. Erst wenn die Aussicht zur Gewißheit wird, kann sich der Weltraum als der Verhandlungshebel erweisen, mit dem der Friede auf der Welt stabiler zu machen ist.

Bonn: Flüchtlinge verließen Prag freiwillig

DW. Prag/Bonn

17 der 56 „DDR"-Flüchtlinge, die in der Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Zuflucht gesucht hatten, sind nach Ost-Berlin zurückgekehrt. Die Bundesregierung hat, wie ihr Sprecher Jürgen Sudhoff versicherte, auf die Entscheidung der Flüchtlinge keinen Einfluß genommen. Die Abreise beruhe auf dem freien Willen der Betroffenen. Die Bundesregierung rechne damit, daß in den nächsten Tagen weitere Flüchtlinge die Prager Botschaft verlassen werden. In diesem Zusammenhang wiederholte Sudhoff frühere Erklärungen der Bundesregierung, wonach die Flucht in die diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland im Ostblock grundsätzlich kein Weg sei, um die Ausreise aus der „DDR" zu erzwingen. Allerdings versicherte Sudhoff, die Zufluchtsuchenden würden auch nach ihrer Rückkehr in die „DDR" in die „humanitären Bemühungen der Bundesregierung um die Ausreise aus der DDR einbezogen".

Die sechs Frauen, sieben Männer und vier Kinder hatten am Morgen die Botschaft verlassen. Sie fuhren mit einem Bus zum Bahnhof. Dort bestiegen sie einen aus Jugoslawien kommenden Zug nach Ost-Berlin. Den Rückkehrenden reichte die Versicherung der Regierung in Ost-Berlin, daß ihnen keine Sanktionen drohten. Zu einer Ausreisegarantie fand sich die „DDR" allerdings nicht bereit. Die einzelnen Fälle sollen erst dann geprüft werden, wenn sämtliche Flüchtlinge die Prager Botschaft verlassen haben, hieß es.

Franke fordert Ausweitung der Teilzeitarbeit

DW. Bonn/Osnabrück

Eine nachhaltige Entlastung des Arbeitsmarktes erwartet der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, von der Ausweitung der Teilzeitarbeit. „Wenn auf einem Arbeitsplatz künftig zwei Menschen arbeiten würden, könnten zusätzlich für einige 100 000 Erwerbslose Arbeitsplätze geschaffen werden", sagte Franke gestern in einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung". Nach Schätzungen der Bundesanstalt wollen bei einer entsprechenden Zahl von Arbeitsplätzen außer den 250 000 registrierten „Teilzeitwilligen" bis zu 1,5 Millionen Bundebürger aus persönlichen Gründen der starren 40- oder 38,5-Stunden-Woche entgehen und nur noch 20, 25 oder 30 Stunden tätig sein. Aus diesem Grund appellierte der BfA-Präsident an die Tarifpartner, „viel mehr Phantasie" bei der Gestaltung der Arbeitszeit zu entwickeln und für mehr Teilzeitarbeit zu sorgen. Neben der Teilzeitbeschäftigung solle aber auch die Frage der Gesamtarbeitszeit neu überdacht werden.

Bereits in diesem Jahr könnten durch die Arbeitsbeschaffungs- und Fortbildungsmaßnahmen sowie Umschulungen der Nürnberger Bundesanstalt rund 370 000 Menschen vor dem „schweren Schicksal der Arbeitslosigkeit" bewahrt werden. Allein durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im neuen Jahr würden mit insgesamt 80 000 Arbeitnehmern 10 000 mehr als 1984 beschäftigt werden. Die Schwerpunkte sollen dabei verstärkt beim Umweltschutz und den sozialen Diensten liegen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Historische Chirurgie

Von Herbert Kremp

Zum erstenmal seit Gedenken hat China 1984 Getreideüberschüsse erzielt. Dies ist, sofern die Angaben Pekings zutreffen, eine gewaltige Leistung. Dem Viertel der Menschheit stehen nicht mehr als sieben Prozent des bestellbaren Landes der Erde zur Verfügung. Früher war China auf Einfuhren oder auf Mangel verwiesen. Nach der Gründung der Volkskommunen 1967 peinigten Hungersnöte das Reich – Millionen Menschen starben an den Folgen einer radikalen Kollektivierung. Seit der neuen Landreform der Mao-Nachfolger, die man sich als eine Art Bauernbefreiung, als System der Eigenverantwortung und der Anreize vorstellen muß, steigt die landwirtschaftliche Produktion steil an. China hat im Unterschied zur Sowjetunion die Talsohle der Ideologie verlassen.

Dieser Erfolg, dank der „weicheren" politischen Strukturen des flachen Landes in wenigen Jahren erzielt, läßt sich in der Industrie der Städte nicht im Eiltempo wiederholen. Dort verteidigen die stärksten Bataillone der Zentralplanung ihren Besitzstand. Gegen sie müssen sich die Kräfte des Marktes und der betrieblichen Selbstverantwortung in guerilla-artigen Kämpfen durchsetzen. Der achzigjährige Deng Xiaoping weiß, was davon abhängt: Fast beschwörend wies er erneut auf die Notwendigkeit ausländischer Investitionen hin, die nur durch eine kontinuierliche Politik der „offenen Tür" an China gebunden werden können. Schon Anzeichen neuer Unsicherheit, neuer ideologischer Unruhe würden das Kapital scheu machen und den Reformprozeß unterbrechen. „Go west" heißt die Devise oder, wie Deng es verblümt zum Ausdruck bringt: „Etwas Kapitalismus kann nicht schaden".

Der alte Mann verurteilt aber nicht nur Mao Zedong, nicht nur Marx und Engels, in deren schriftstellerischem Nachlaß er keine Antworten für die Gegenwart mehr findet, sondern er revidiert die chinesische Geschichte seit der Ming-Zeit (14. bis 17. Jahrhundert), die stets durch eine verderbliche Politik der Abschottung nach außen gekennzeichnet gewesen sei. Der Rückgriff ist nicht nur für Historiker interessant. Er bedeutet, daß Deng sein Reformwerk für ebenso epochal hält wie Mao die Revolution. Beide verheißen den Abschied von der bisherigen Geschichte, beide bedeuten Kulturrevolution: Mao wollte den Feudalismus köpfen, Deng will den klassischen Isolationismus Chinas beenden. In jedem Falle eine Art historischer Chirurgie, die bis in die alte Seele Asiens reicht.

Atempause am La Plata

Von Günther Bading

Die gerade ein Jahr junge demokratische Regierung Argentiniens ist eine drückende Sorge los. Auf seiner letzten Sitzung im alten Jahr hat der Weltwährungsfonds (IWF) dem Land Sonderziehungsrechte in Höhe von 5,2 Milliarden Mark eingeräumt. Rund neun Zehntel der mehr als dreihundert Gläubigerbanken des Landes haben sich bereit erklärt, über vier Milliarden Mark an Neukrediten zur Verfügung zu stellen.

Mit Hilfe einer halben Milliarde des US-Schatzamtes und mit Dollarhilfen der ebenfalls stark verschuldeten Brudernationen Mexiko, Brasilien, Venezuela und Kolumbien soll der Rückstand im Schuldendienst in diesen Tagen von bisher Mai bis zum Stand Anfang November ausgeglichen werden.

Mehr als eine Atempause ist dies freilich nicht. Argentinien befindet sich derzeit in einer der tiefsten Rezessionen, die das Wirtschaftskrisen gewohnte Land seit Jahren durchmacht. Noch immer bewegt sich die Inflationsrate bei etwa zwanzig Prozent monatlich. Noch immer klaffen der staatlich kontrollierte und der vornehm als „Parallel-Kurs" bezeichnete Schwarzmarktwert des Dollars auseinander, wenn auch die Einigung mit dem IWF diese Schere etwas verengte.

Und noch immer fällt der Regierungspartei, der Radikalen Bürgerunion, und ihrem Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun zur Bekämpfung der auf totalem Vertrauensverlust der Wirtschaft basierenden Inflation nichts anderes ein, als Kontrollen von Preisen und Löhnen durch den Staat.

Die vier Milliarden Neugeld der ausländischen Banken sind kein Geschenk wohlmeinender Banker, denen der Bestand der jungen Demokratie am Rio de la Plata am Herzen liegt. Sie sind ein Vorschuß an Vertrauen auf die Rückkehr zu normalen marktwirtschaftlichen Bedingungen. Sollte die Regierung Alfonsins nicht bereit sein, diese Erwartungen zu erfüllen, sollte sie stattdessen mit dem staatsdirigistischen Herumdoktern weitermachen, so droht am Ende der jetzt geschenkten Atempause der Erstickungstod für die Wirtschaft des im Grunde immer noch reichen Landes.

Im Westen nichts Neues

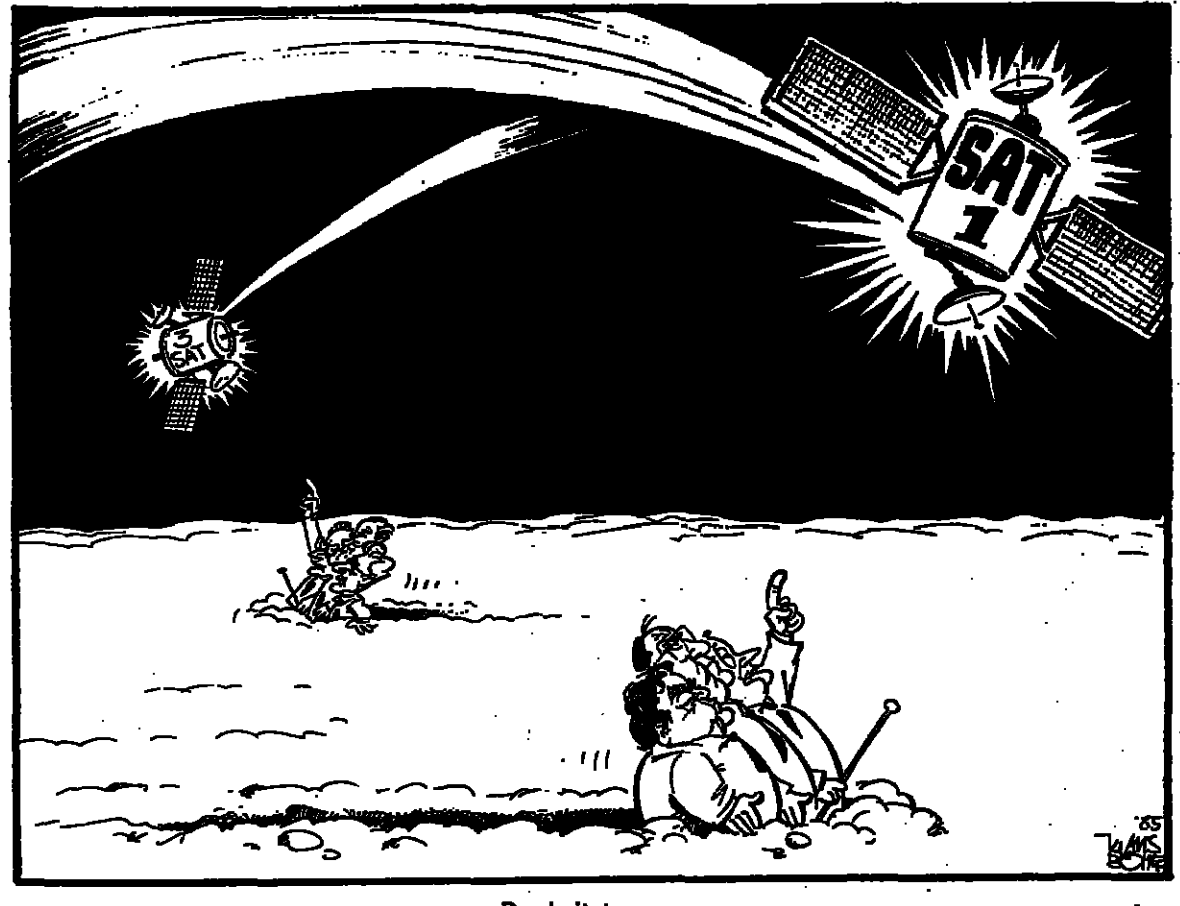
Von Peter Dittmar

In Berlin wurden Eier und Rauchbomben geworfen. In Bielefeld verspritzte man stinkende Buttersäure. In Ludwigsburg flogen im Foyer und gegen die Leinwand Farbbeutel. Immer wurde das Ziel erreicht: Der Film „Die rote Flut" wurde abgesetzt. Und das waren nicht die einzigen Orte, wo der Film, der von einer russisch-kubanischen Invasion in Amerika und dem anschließend erfolgreichen Widerstand der Bevölkerung erzählt, nicht zu sehen war.

In Heidelberg und Heilbronn wurde er abgesetzt, in München verzichtete ein Kino auf die weitere Vorführung und in Hamburg wurde er gar nicht erst aufs Programm gesetzt, weil der Kinobesitzer vorher mehrfach bedroht wurde. Einer Minderheit ist es also gelungen, das Recht des Bürgers auf freie Information einzuschränken. Denn einen Film kann man nur im Kino sehen. Werden die Kinobesitzer aber so eingeschüchtert, daß sie schwerwiegenden Schaden für ihr Haus befürchten müssen, dann kommt das einem Verbot gleich (und daß das öffentlich-rechtliche Fernsehen einspringt und die Informationslücke schließen hilft, ist wohl kaum zu erwarten).

Die Urheber der Anschläge lassen sich leicht ausmachen. Die Handzettel, die zu den Aktionen aufriefen, tragen die Unterschriften der kommunistischen Partei und ihrer Hilfsorganisationen: DKP, SDAJ, VVN, Junge Pioniere. Sie handeln nach einem Vorbild aus der Weimarer Zeit, von einer Partei, mit der die Kommunisten seinerzeit wiederholt gegen die Demokraten zusammenarbeiteten. Auch damals gelang es einer extremistischen Partei, einen Film aus den Kinos zu vertreiben. Es war „Im Westen nichts Neues" nach dem Roman von Erich Maria Remarque. Damals, am 5. Dezember 1930, wurden im Kino am Nollendorfplatz weiße Mäuse losgelassen und Stinkbomben geworfen. Organisator dieser Störaktionen war der Gauleiter der NSdAP in Berlin, Joseph Goebbels.

„Die rote Flut kommt nicht" steht auf einem der Handzettel, die zum Filmboykott aufrufen. Einige Kinos hat sie allerdings, in Farbbeutel verpackt, bereits erreicht.



Der Leitstern KLAUS BÖHLE

Das Schauspiel um Goetz

Von Enno v. Loewenstern

Am Fall Bernhard Goetz – der 38jährige Ingenieur schoß in der New Yorker U-Bahn vier Räuber nieder – wird weltweit weniger die Tat diskutiert als die Reaktion: Hunderte riefen bei der Polizei an, um den Mann zu loben, etliche boten die Bezahlung seiner Prozeßkosten an, manche empfahlen gar seine Kandidatur für das Amt des Oberbürgermeisters.

Goetz, so scheint es, hat einem unübersehbaren Teil seiner Landsleute aus der Seele gehandelt. Wahrscheinlich nicht nur seiner Landsleute. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Kriminalität auf (1983) 4,35 Millionen Straftaten gestiegen; eine Zunahem um 159 Prozent in zwanzig Jahren (ohne Verkehrsdelikte). Überproportional wuchs dabei die Schwerkriminalität: Die Raubtaten nahmen um 350 Prozent zu, der schwere Diebstahl (Einbruch usw.) um 500 Prozent. Aufgeklärt wurden nur 43 Prozent aller Straften gegenüber 55 Prozent 1963.

Was aber die Menschen noch mehr beschäftigt, ist das, was man das herrschende Desinteresse an der Bedrohung des Einzelnen nennen kann. Es ist nicht nur der tägliche Antiamerikanismus, was aus dem Bericht einer deutschen Presse-Agentur über den Fall Goetz höhnt: „Das Gefühl der Angst und der Ohnmacht gegenüber dem Verbrechen, das mangelnde Vertrauen in die Polizei und wohl auch die verklärte Erinnerung an jene Pionierzeiten ohne funktionierende Staatsgewalt, als die Bürger selbst für Recht und Ordnung sorgen mußten, verleihen dem Gedanken der Selbstjustiz hier eine für Europäer schwer verständliche Faszination." Es gibt keinen Normalbürger, der die Erinnerung an die Zeiten verklärt, als die Polizei den Einzelnen nicht schützte. Und von „Selbstjustiz" kann hier nicht die Rede sein; Goetz hat, soweit sich das bisher sagen läßt, in Notwehr gehandelt.

Aus solchen Kommentaren spricht ein falsch verstandener Modeliberalismus, der alle Gefahr im „Polizeistaat" sieht und nicht begreift, daß Drohung für Leib, Freiheit und Leben bekämpft werden muß, woher immer sie kommt. Mit behördlichen Übergriffen kann man im Rechtsstaat fertig werden; da ist es wohlfeil, lärmend gegen Windmühlen anzureiten und zu behaupten, das seien böse Riesen.

Heute ist es – wieder – die Gefahr aus dem Dunkel, die viele ängstigt. Als die Liberalen noch wirklich liberal waren, haben sie den „ewigen Landfrieden" von 1495 mit seiner Ausschaltung des Raubritterums gepriesen. Heute werden die Raubritter, wenn nicht gepriesen, so doch oft als Selbstverwirklicher gerechtfertigt; nicht nur Gewalt auf den Straßen, sondern auch Hausbesetzungen und die dazugehörige Kriminalität vom Stromentzug bis zum Ladendiebstahl werden als „Protest" gegen die angeblich böse Gesellschaft gedeutet. Und grundsätzlich gilt, daß der Täter Verständnis verdient und das Opfer im Zweifel entweder mitschuldig („Viktimologie") oder „ein Reicher" und daher kaum schutzwürdig ist. Dementsprechend sind immer breitere Kreise unserer Polizei verbittert und „demotiviert"; viele versuchen speziell dem gefährlichen Großstadteinsatz zu entkommen, aufs flache Land.

Als in Amerikas Großstädten die Straßenkriminalität in den sechziger Jahren anschwoll und der Ruf nach mehr Polizei laut wurde, protestierten liberale Meinungsführer, man solle „nicht gleich mit dem Knüppel reagieren", sondern „erst einmal die Wurzeln der Kriminalität beseitigen", nämlich die Armut. Nun soll allemal etwas gegen die Armut getan werden. Aber erstens greift das, wenn überhaupt, dann nach Jahren; und zweitens hat die Armut als Hauptverbrechensursache ausgedient. Bei uns jedenfalls ist es Wohlstandskriminalität, getragen von dem Grundsatz: ehrlich währt's am längsten – mit der Erfüllung deiner Wünsche. Und: sie erwischen dich sowieso nicht, und wenn, dann passiert dir nicht viel. Vierzig Prozent aller Straftaten werden von Minderjährigen begangen. Dazu der Bonner Staatssekretär Spranger: „Unsere Jugend kann nicht besser sein als die sie formenden Kräfte."



Begeisterte Hilfsangebote der Mitbürger: Notwehrtäter Goetz FOTO: AP

Die liberalen Kritiker der Polizei in Amerika wohnten natürlich in den feinen Vororten, die das Verbrechen – damals – nicht erreichte. „Heute", bemerkt der Politologe James Wilson, „gibt es in New York beim Thema law and order keine Liberalen mehr – sie sind alle schon Opfer eines Überfalls geworden." Bei uns aber sind es vor allem die alten Menschen, die überfallen werden, oft auch Frauen und Kinder, kaum je die Herren mittleren Alters, die den liberalen Verständnis-Ton angeben. Waldsterben, Robbensterben – das lockt Demonstranten auf die Straße, „Wirtschaftskriminalität" ist ein echter Renner, und wenn „Reiche" bei Spenden oder anderswo Steuern hinterziehen, dann hört man Rufe wie Donnerhall. Wenn aber Menschen sterben, wenn eine Rentnerin niedergeschlagen und ihre Wohnung ausgeraubt wird, dann gilt es als unfein bis faschistoid, zu sagen, daß Menschen auch Schutz verdienen.

Jüngst freilich wurde einem Illustrierten-Chefredakteur in Hamburg die Wohnung ausgeraubt. Da auf einmal klangen Einsichten an, die man sonst das ganze Jahr über nicht hört: „Ist noch ein Rechtsstaat, wo die Ganoven allnächtlich mit einer guten Chance auf Erfolg zu ihren Raubzügen aufbrechen können? Ist noch ein Rechtsstaat, wo nicht das System, sondern höchstens der glückliche Zufall den Einbruchsdiebstahl verhindert?" Kurze Zeit später aber schlagzeilte sein Blatt wieder in vertrauter Weise: „Die Dunkelmänner der Polizei", und die liberale Welt war wieder in Ordnung. Wenn freilich eines Tages die schweigende Mehrheit auf die Straße ginge ... Aber unsere Politiker verlassen sich darauf, daß sie weiter schweigt, und nach diesem Modell wird die Jugend geformt.

IM GESPRÄCH Edgard Pisani

Haß im Inselparadies

Von Volker S. Stahr

Rund zwanzigtausend Kilometer von Paris entfernt liegt im Osten von Australien die kleine Pazifik-Inselgruppe Neukaledonien. Seit 1853 gehört sie zu Frankreich und gilt heute als „Territoire d'Outre-Mer", das heißt als eine Art Kolonie mit eigener Lokalverwaltung und eigenem Regionalparlament. Für Frankreich hat die Inselgruppe in erster Linie strategische Bedeutung: als Kettenglied französischer Präsenz im Pazifik, wo Paris auch seine Atomwaffenversuche abhält, und als Rohstofflieferant (Nickel).

Trotzdem war das weit entfernte Atoll vielen Franzosen lange Zeit kein Begriff gewesen – bis eine kleine militante Gruppierung dort die Ruhe störte. Das Parlament setzte „Neukaledonien" sofort auf die Tagesordung und Ex-Präsident Giscard nahm dies zum Anlaß seiner ersten Parlamentsrede seit seiner politischen Rückkehr. Sein Nachfolger Mitterrand berief erstmals in seiner nunmehr dreieinhalbjährigen Amtszeit einen Sonderministerrat ein und ernannte eigens einen Sonderbotschafter für Neukaledonien: Edgard Pisani (66), zugleich auch neuer Hochkommissar in der Hauptstadt Nouméa.

Mit Pisani, der die letzten Jahre als EG-Kommissar für Entwicklungspolitik in Brüssel verbrachte, hat Mitterrand eine markante Figur auf der innenpolitischen Szene Frankreichs ausgewählt. Pisani wurde 1918 in Tunis geboren, ist maltesischer Abstammung und erhielt erst später die französische Staatsbürgerschaft. Er besuchte vor dem Zweiten Weltkrieg beste Schulen in Tunis und Paris, absolvierte die Sorbonne, engagierte sich dann im Widerstand und trat nach der Befreiung in die französische Verwaltung ein.

Mit 28 Jahren wurde er bereits in der Haute-Loire zum damals jüngsten Präfekten Frankreichs ernannt. Unter de Gaulle kam er 1961 als Landwirtschaftsminister ins Kabinett und machte sich als eigenwilliger Sachwalter französischer Bauerninteressen bei den EWG-Verhandlungen einen Namen. Wegen seines Eintretens



Referendum – für wen? Pisani FOTO: FRANCOLON/STUDIO X

für eine „verantwortungsbewußtere Innen- und Sozialpolitik" kam es 1968 auch zum Bruch mit de Gaulle. Der mittlerweile zum Wohnungsbauminister avancierte Pisani zog sich in die Lokalpolitik zurück. Erst Mitte der siebziger Jahre trat er wieder landesweit auf – im sozialdemokratischen Flügel der „Parti Socialiste". Nach dem sozialistischen Wahlsieg 1981 wurde er in der EG-Kommission Nachfolger des neuernannten Außenministers Cheysson, für den er nun wiederum den Platz in Brüssel freigibt.

Um die Aufgabe, die Pisani statt dessen übernimmt, beneidet ihn kaum einer. Man will, um eine baldige Lösung zu finden, ein für 1989 geplantes Referendum über die Zukunft der Inseln um drei Jahre vorziehen. Doch das Problem dabei ist: Wer darf abstimmen? Erhielten nur die Melanesier Stimmrecht, stünde die Entscheidung wohl fest: Unabhängigkeit. Dürften hingegen auch zugewanderte Franzosen und darüber hinaus französische Beamte, Polynesier und Asiaten votieren, ergäbe sich ein gegensätzliches Votum: Beibehaltung des Status quo. Seine Lösung zwischen diesen Möglichkeiten will Pisani dem Präsidenten am 5. Januar unterbreiten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Er glaubt an ein „deutsch-französisches Jahr":

Das Wirtschaftsprofil Frankreichs dürfte noch nie so sehr von der deutschen Konjunktur abgehängig gewesen sein wie 1985. Für das Wachstum, also die Arbeitslosigkeit, wird alles von der Fähigkeit der französischen Regierung abhängen, von dem Wirtschaftsaufschwung zu profitieren, der sich auf der anderen Seite des Rheines entwickelt. Deshalb muß das Bemühen um die industrielle Gesundung Frankreichs fortgesetzt werden, deshalb ist auch eine Währungsanpassung innerhalb des europäischen Währungssystems notwendig.

General-Anzeiger

Die Bonner Zeitung meint zu den Anschlägen:

In ihrem Jahresrückblick hat die Moskauer Parteizeitung „Prawda" wieder der Hoffnung Ausdruck gegeben, durch inneren Druck könnten die amerikanischen Waffen auf deutschem Boden reduziert werden. Es ist zugleich die Hoffnung auf eine Abrüstung ohne entsprechende sowjetische Gegenleistungen. Daß dabei gutgläubige Friedensdemonstranten und Attentäter nicht auseinandergehalten werden, zeigt nur, wie notwendig eine klare Abgrenzung im Bereich der Friedensbewegung wäre.

Frankfurter Allgemeine

Sie befaßt sich mit den deutschen Einwanderern aus den Ostgebieten:

Es mag noch verständlich sein, daß ein Westdeutscher einen aus Oberschlesien Zugewanderten, der nur gebrochen deutsch spricht, ohne weiteres einen Polen nennt – obwohl es sich inzwischen herumgesprochen haben sollte, daß in Oberschlesien das Deutschsprechen noch viele Jahre nach dem Krieg verboten, den Deutschen also ihre Sprache genommen war. Doch was soll ein junger Siebenbürger Sachse davon halten, daß man ihn als Rumänen ansieht – wo er doch von der deutschen Geschichte und Literatur und übrigens auch von der Rechtschreibung mehr kennt als die meisten Einheimischen seines Jahrgangs? Für ihn ist schon das Wort „Deutschstämmiger" eine Zumutung.

LES ECHOS

Die Pariser Zeitung geht auf die Lage in ehemaligen französischen Kolonien ein:

Nach dem Tod des kambodschanischen Ministerpräsidenten Chan Sy besteht das Politbüro der im Januar 1979 von den Vietnamesen in Kambodscha eingesetzten KP nur noch aus sechs Mitgliedern. Diese Zahl ist ein Zeichen für die Schwierigkeiten, die die KP Kambodschas bei der Anwerbung von Führungskräften außerhalb einer kleinen Gruppe hat, die zu eng mit Vietnam verbündet ist, um der Bevölkerung Vertrauen einzuflößen. Die von dem Gericht in Ho-Tschi-Minh-Stadt gefällten Todesurteile sind das Werk einer zunehmend unsicherer werdenden Staatsführung. Der Widerstand im eigenen Land wird ständig aktiver. Selbst auf das provietnamesische Laos ist immer weniger Verlaß.

Der Bund muß seine Hochschul-Rahmenkompetenz nutzen

Ein neues Nachdenken über die Universität im Humboldt-Jahr? / Von Peter Philipps

Die Bildungsministerin Dorothee Wilms hat sich mit der Reform des Hochschulrahmengesetzes ein wichtiges Stück Arbeit vorgenommen. Wenn die Länder ihre eigenen Bekenntnisse ernst nehmen, dann wird es am Ende mehr Autonomie der Hochschulen geben. Dies wäre schon viel.

Doch diese Bundesregierung ist angetreten mit dem Anspruch, eine geistig-moralische Wende einzuleiten. Diese ist mit administrativen Verbesserungen nicht zu erreichen, höchstens zu erleichtern. Erforderlich ist, was WRK-Präsident Theodor Berchem im Gespräch mit dieser Zeitung angemahnt hat: Ein gemeinsames Nachdenken über die Geistigkeit, über die Idee einer deutschen Universität.

Schon einmal drohte die Bildung einer deutschen Geistes-Elite an Verkrustung zu ersticken: zwischen doktrinären, mittelalterlichen Strukturen und dem Hang der fürstlichen Universitäts-Gründer, sich allein an der Nützlichkeit für die Heranbildung des Beamten-Nachwuchses zu orientieren. Es war Wilhelm von Humboldt, der sich mit dem großartigen Wurf der Berliner Reform-Universität ein dauerhaftes Denkmal setzte und der akademischen Bildung die Zukunft wies.

Im April jährt sich Humboldts Todestag zum 150. Mal. Zwar ist weit und breit – noch – kein neuer Humboldt zu sehen; aber vielleicht wirkt das Gedenkdatum ja hilfreich. Hier ist ein Feld, auf dem der Anspruch der geistigen Wende mit Leben erfüllt werden kann.

Eine Bilanz von zwanzig Jahren „Bildungsreform" jenseits von Humboldt zeigt, daß die von den verantwortlichen Politikern aller parteipolitischen Couleur beschlossene Öffnung der Hochschulen weniger zu der propagierten Chancengleichheit als zu einer Niveausenkung geführt hat. Zugleich sind die Studiermöglichkeiten für die künftige Elite des Staates durch Überlast und ohne Rücksicht auf Reputation eingestellte Professoren bis zur Unerträglichkeit verschlechtert worden. Der begabte Nachwuchs schließlich hat kaum Aussichten. Die vom Stifterverband und anderen Institutionen ausgelobten Lehrstühle und Preise für die Leistungsspitzen sind nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Es ist nicht mit Sonntagsreden über Eliteförderung getan. Genausowenig würde es helfen, angesichts der gymnasialen Noten-Inflation und einer mißglückten Oberstufen-Reform durch generellen Numerus clausus den Zugang zu den Hochschulen zu verengen.

Das Ziel muß sein, die deutschen Universitäten wieder aus ihrem Dasein als Wärmehallen für sonst arbeitslose junge Menschen zu befreien, wieder wahrhaft akademische Ansprüche an Lernende, Lehrende und Forschende anzulegen, die ihre Entsprechung in den Schulen finden müssen. Dazu gehört, daß sich die Hochschulen ihre Studenten verstärkt selbst aussuchen müssen, mehr finanzielle und rechtliche Autonomie erhalten sowie zugleich – etwa mit Hörergebühren – wieder Leistungsanreize für die Professoren geschaffen werden. Durch Wettbewerb also müßten die Universitäten gezwungen werden, auf ihren Ruf zu achten – dann ist die Autonomie kein Risiko. Aber das ist nicht alles.

Die Bildungsreform seit Mitte der sechziger Jahre ging fehl, weil der Ansatz falsch war. Natürlich ist Chancengleichheit gut, und der Gedanke, durch Förderung auch des letzten verborgenen Talents alle Möglichkeiten geistiger Weiterentwicklung auszuschöpfen, hätte gestimmt, wenn er verfolgt worden wäre – aber Georg Picht und und seine Mitreformprediger gingen von der milieutheoretischen Meinung aus, daß es spezielle Talente nicht gebe, daß jedermann Akademiker werden könne, wenn er nur richtig gefördert werde. Dies führte nicht nur zu einer Aufblähung – an den Universitäten vor allem der geisteswissenschaftlichen Fächer; gerade bei diesen blieb denn auch oft die Wissenschaft auf der Strecke –, sondern es führte vor allem auch zu einer Niveausenkung. Denn natürlich waren nicht so viele akademische Talente unentdeckt gewesen, wie man in der Epoche des vielen Geldes Hörsäle und Lehrstühle schuf. Dafür blähte sich ein Bildungsdünkel, der schlimmer als zu Wilhelms Zeiten den Menschen erst beim Akademiker beginnen ließ.

So ist die Universität für viele junge Menschen zum Arbeitssuche-Überbrückungsplatz geworden; andererseits aber sind gleichzeitig durch eine falsche Wirtschaftspolitik „entsprechend" Arbeitsplätze verlorengegangen. Selbst wenn es also möglich wäre, von heute auf morgen Tausende nutzloser Lehrstühle abzuschaffen und hunderttausende Hörer hinauszuschicken – jetzt regt sich ja allmählich auch wieder die Erkenntnis, daß ein tüchtiger Handwerker allemal so viel wert ist, allemal so viel „Elite" ist wie ein tüchtiger Akademiker (und mehr als ein untüchtiger Akademiker) – fehlten die Arbeitsplätze für sie. Hier muß allmählich, aber zielbewußt „umgeschichtet" werden. Der Bund hat die Rahmenkompetenz. Er sollte sie nutzen – oder abgeben.

Britische Dokumente erhellen die Affäre John

Er war der oberste Geheimdienstchef der noch jungen Bundesrepublik Deutschland; er verschwand nach Ost-Berlin, kehrte zurück und wurde als Agent verurteilt, obwohl er versicherte, entführt worden zu sein. Britische Kabinettspapiere, die jetzt bekannt wurden, beweisen: Otto John war Agent – das ist zumindest die Überzeugung des Historikers Anthony Glees.

Von PETER MICHALSKI

Mehr als drei Jahrzehnte sind inzwischen vergangen, seit die Bundesrepublik von der „Otto-John-Affäre" erschüttert wurde. Aber erst jetzt ist es möglich, den vorübergehenden Übergang des obersten deutschen Geheimdienstchefs nach Ost-Berlin in seiner ganzen Tragweite für die internationale Politik zu ermessen. Und die bedeutendste Schlußfolgerung, die der britische Zeithistoriker Anthony Glees aus den einschlägigen britischen Geheimakten zieht, lautet: John arbeitete für den Osten und trug in diesem Zusammenhang das Seine dazu bei, die Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) unter Mitgliedschaft der Bundesrepublik zu verhindern.

Glees, Dozent an der Brunel-Universität westlich von London und Spezialist für deutsch-britische Beziehungen, hat als erster unabhängiger Historiker Zugang zu britischen Kabinetts-Unterlagen des Jahres 1954 erhalten, deren Geheimhaltungs-Sperrfrist mit dem Jahreswechsel ablief.

John, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, war am 20. Juli 1954 zusammen mit dem befreundeten Modearzt Wolfgang Wohlgemuth nach Ost-Berlin gefahren, wo er in einer Rundfunkansprache und auf Pressekonferenzen den damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer angriff. Bei seiner Rückkehr in den Westen im Herbst beteuerte John, er sei von Wohlgemuth betäubt, verschleppt und im Ostsektor einer Gehirnwäsche unterzogen worden. An dieser Darstellung hält John, der zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde und gegenwärtig in der Nähe von Innsbruck lebt, noch heute fest.

Die Kabinetts-Dokumente über John bleiben noch ein weiteres Jahr unter Verschluß. Doch in einem Gespräch mit der WELT in seinem Haus in Oxford resümierte Glees schon jetzt: „John wird in die Geschichte eingehen als einer der raffiniertesten Agenten, die je gelebt haben. Kein Historiker kann mehr ernsthaft bezweifeln, daß John ein kommunistischer Agent war. Er wurde zu einem besonders kritischen Zeitpunkt nach Ost-Berlin zurückbeordert um einer Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungsbündnis den größtmöglichen Schaden zuzufügen."

„Man muß die Otto-John-Affäre vor dem Hintergrund eines Deutschland sehen", fährt der Historiker fort, „das noch nicht militärisch in den Westen integriert war und das geteilt bleiben würde. Es war auch kein Zufall, daß John ausgerechnet am 20. Juli (dem Jahrestag des Hitler-Attentats – d. Red.) in den Osten ging. Meiner Überzeugung nach wurde ihm dieses Datum von den Kommunisten befohlen – als Symbol dafür, daß auch ein anderes Deutschland existierte, ein Deutschland, dessen Menschen Hitler bekämpft hatten und ein Recht auf Wiedervereinigung besaßen, und daß sich für dieses Deutschland nicht Adenauer, sondern die Kommunisten einsetzten."

Glees: „In Ost-Berlin verbrachte John die meiste Zeit damit, Adenauer zu kritisieren – einerseits wegen seines Scheiterns in der Frage der Wiedervereinigung und zum anderen wegen seines Eintretens für die Wiederbewaffnung. Johns Grundthese besagte, in der Bundesrepublik hätten erneut die Nazis und ihre Sympathisanten die Macht übernommen. Aufrüsten hieße, dieselben Leute wieder zu bewaffnen, die für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich waren. Als das die Franzosen hörten, stimmten sie sofort gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Das war ein sehr schwerer Schlag sowohl für den gesamten Westen als auch für die persönliche Position Adenauers. Die internationale Bedeutung des Überlaufens von Otto John war bisher unerkannt geblieben; erst diese Dokumente liefern den Beweis."



Otto John: Seit dreißig Jahren lautet die Frage, Agent oder Opfer
FOTO: BIERBAUMER

Dem britischen Zeithistoriker zufolge liefern die jetzt bekannt gewordenen Papiere überdies „den dokumentarischen Nachweis für zwei weitere Sensationen": eine katastrophale „Schlamperei" an der für Otto Johns Bestallung verantwortlichen Spitze des britischen Abwehrdiensts M. I. 5 sowie eine Verschleierungsverschwörung „auf höchster Ebene sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien".

Sofort nach dem Auftauchen des Verfassungsschutz-Präsidenten auf östlichem Boden wurde in London und auf britischer Seite in Bonn die Losung ausgegeben: „Es ist kein Körnchen Wahrheit an der Geschichte, die Ernennung Johns sei von uns aus erfolgt. Sämtliche Ernennungen wurden von der Bundesregierung vorgenommen." Diese Behauptung kommentierte Glees mit den Worten: „Das ist, wie wir jetzt aus den Dokumenten erfahren, eine völlige Verdrehung der Tatsachen, eine geradezu monumentale Lüge. Wäre damals ans Licht gekommen, was wir heute wissen, hätten bedeutende Persönlichkeiten zurücktreten müssen."

Otto John war zwar von deutscher Seite vorgeschlagen worden, aber keineswegs als einziger oder gar erster Kandidat, vielmehr erst, nachdem zwölf andere Namen von den Westmächten – und in erster Linie den Engländern – abgelehnt worden waren. „Erst der 13. Name wird akzeptiert, und ausgerechnet sein Träger ist kommunistischer Agent", sagte Glees. „In meinen Augen spricht das Bände. Es bedeutet, daß jemand ihn auf diesem Posten haben wollte."

Drei Tage nach Johns Grenzüberquerung gen Osten führte der britische Hochkommissar in Bonn, Sir Hoyer Millar, in einem Geheimtelegramm an das Foreign Office einige der Schwachstellen auf, die nach Glees' Ansicht gegen die Annahme des 13. Kandidaten hätten sprechen müssen: „John trinkt und unterhält eine Reihe von für einen Mann in seiner Position zweifelhaften Kontakten. Er neigt zu Indiskretionen und dazu, zuviel zu reden, egal, ob betrunken oder nüchtern. Erst letzte Woche wurde John von uns darauf aufmerksam gemacht, daß der Arzt Wohlgemuth kommunistische Sympathien hegt, und John wurde angeraten, die Verbindung abzubrechen. Ebenso warnten wir ihn mehr als einmal wegen seiner Kontakte zu (dem Ost-Überläufer – d. Red.) Wolfgang von Putlitz."

Indes, der britische Historiker entdeckte in den jetzt freigegebenen Papieren, daß es nicht ausschließlich die Briten waren, die den Chef des Bundesverfassungsschutzes aller Bedenken zum Trotz bis zum letzten hielten: „Drei Wochen vor seiner Desertion hatte der britische Geheimdienst die Deutschen von Otto Johns Unzuverlässigkeit in Kenntnis gesetzt. Aber nichts geschah."

Eine Folge solcher Inkompetenz auf beiden Seiten war nach Glees' Urteil das prompte deutsch-britische Zusammenspiel bei dem Versuch, die Wahrheit über die „Otto-John-Affäre" zu vertuschen: „Die Verschleierung war bereits zwei Tage nach Johns Verschwinden im Gange." Wie aus den Unterlagen hervorgeht, wurde am 22. Juli der Kanzlerberater und Außenamts-Staatssekretär Professor Walter Hallstein in der britischen Hochkommission vorstellig. Er „hält es für wünschenswerter, gegenüber der Presse die Linie zu verfolgen, John sei entführt worden", notierte Hallsteins Gesprächspartner Sir Hoyer Millar und drückte gegenüber dem britischen Außenministerium den Wunsch aus: „Sie werden sich hoffentlich an dieselbe Linie halten."

Das Foreign Office erfüllte die Hoffnung voll und ganz, obwohl derselbe Hochkommissar wenige Stunden vor dem Hallstein-Besuch verschlüsselt nach London gekabelt hatte: Beim Grenzübertritt „lief John normal und freiwillig. Obwohl eine Möglichkeit besteht, daß er unter Drogen gesetzt war, sieht es wahrscheinlicher aus, daß er aus freien Stücken ging."

Wäre die volle Wahrheit über den Fall John damals, vor 30 Jahren, herausgekommen, so hätten – nach dem Historikerurteil von Anthony Glees – „die Engländer in einem schlechteren Licht dagestanden als Adenauer. Auch wenn die Briten das bestreiten – Adenauer war praktisch von den Engländern gezwungen worden, John als Präsidenten des Verfassungsschutzes zu akzeptieren. Ich rechne es Adenauer als höchst ehrenhaft an, daß er darauf verzichtete, Churchill bezüglich der Ernennung Johns bloßzustellen." Der Historiker resümiert: „Das ist ein weiteres Beispiel für die enormen persönlichen Risiken, die Adenauer auf sich nahm, um sicherzustellen, daß das Bündnis zwischen Westdeutschland und dem Westen auf höchster Ebene intakt blieb. Dafür stehen wir bei Konrad Andenauer tief in der Schuld."

(SAD)





Hitze, Steine, Sand und Einsamkeit: Wer nach 14 000 Kilometern das Ziel Dakar erreicht, hat alles kennen- und fürchten gelernt.
FOTOS: DPA/WEREK

Viel Show und ein Spiel mit dem Tod

Ist es Sport, ist es technischer Test, oder ist es schlichter Wahnsinn? Analysiert man die Teilnehmer, ist es wohl ein wenig von allem. Die härteste Rallye der Welt von Paris nach Dakar ist gestartet.

Von HEINZ HORRMANN

Mit Böller und Raketen, mit Trommeln und Trompeten wurden sie vor Schloß Versailles verabschiedet und mit 1000 guten Wünschen auf die rund 14 000 Kilometer lange Reise von Paris nach Dakar geschickt: Motorenthusiasten in 350 Pkw, 60 Lkw, auf 150 Motorrädern und im Troß der Begleitfahrzeuge auf dem Weg in die Wüste.

Die siebte Rallye Paris–Dakar gilt als der härteste Automobilwettbewerb der Welt. Was diese Prüfung von den klassischen Rallyes unterscheidet: Hier sind nicht nur Spitzenfahrer am Start. Teilnehmen kann jeder, der eine Fahrerlizenz hat und das Startgeld bezahlt (bis zu 15 000 Mark für einen Lkw).

Start der Reichen, Schönen und Bedeutenden

Die hysterische Silvesterliebe der 20 000 Franzosen schloß an diesem kalten, nieseligen Morgen des jungen Jahres alle Teilnehmer ein. Die Profis, die kühl und abgeklärt darauf warteten, ihren Vertrag zu erfüllen, die Reichen, die Schönen, die Bedeutenden und die Werbespezialisten mit dem Gespür für den gigantischen PR-Wert der Veranstaltung; und nicht zu vergessen: die „kleinen" Privatfahrer, die oft alles opfern, was sie besitzen, um einmal dabeizusein.

Die Chancen, das Ziel in der senegalesischen Hauptstadt jemals zu sehen, sind gering. Erheblich größer ist die Möglichkeit, schon irgendwo auf den ersten Etappen am Rande der Wüste von Kurs abzukommen oder zu stürzen. Zum Glück wurden die Verlorenen in den vorangegangenen sechs Jahren stets gefunden.

Zerschunden, oft schwer verletzt, aber lebend wie Margaret Thatchers Sohn Mark beispielsweise, der im letzten Jahr sechs Tage in der Sahara vermißt war, bis er total entkräftet von einem algerischen Suchtrupp entdeckt wurde.

Was sind das für Leute, die soviel Entbehrungen und Gefahren auf sich nehmen, die mit ihrem Leben spielen? Abenteurer, Autoverrückte, Irre oder was sonst?

Zur kleinsten Starter-Gruppe, den hochbezahlten Fahrerprofis, gehört Jochen Mass, in der Formel I zwar ausgebootet, der aber für seine Fahrkünste in der Markenweltmeisterschaft immer noch eine Viertelmillion Mark im Jahr kassiert. Individualist Mass, privat Seefahrer und Outdoor-Mensch reizt das Außergewöhnliche des Wettbewerbs. Im letzten Jahr, als erstmals pure Renngeräte verstärkt, höher gesetzt und gepanzert in die einstige Amateurrallye eindrangen, preschte Mass ohne Auftraggeber einen 300 PS starken Mercedes durch die Wüste. Daß er mit 51 Stunden Rückstand nur 62. wurde, störte ihn nicht. „Wenn du in die Wüste gehst", scherzte er, „mußt du Zeit haben." Gewinnen ist ihm hier nicht so wichtig wie das Herantasten an die persönliche Leistungsgrenze, das Bestehen besonderer Gefahren und Risiken. In diesem Jahr ist das Risiko für den Deutschen, der in Südafrika lebt, kalkulierbar geworden. Er fährt im straff durchorganisierten Porsche-Team, das ständig aus der Luft dirigiert wird.

Morgens ab sechs reibt sich die Rallye in der Wüste die Augen. Wenn Mass dann von Mechanikern im beheizten Mannschaftswagen geweckt wird, quält sich der italienische Suzuki-Fahrer Carlo Torri mühsam aus dem Schlafsack. Nach Ankunft am Etappenziel hat er stundenlang seine Maschine repariert, dann am Tankwagen angestanden und war schließlich bei Temperaturen von minus fünf Grad neben dem Motorrad eingenickt.

Krumm vor Kälte, tiefgefroren wie eine kanadische Languste in der Kühltruhe, wacht er auf. Kaputt, zerschlagen wie ein Hund, klettert er auf das überladene Zweirad, während sich einige Kilometer vor ihm der gigantische Wurm in die Länge zieht.

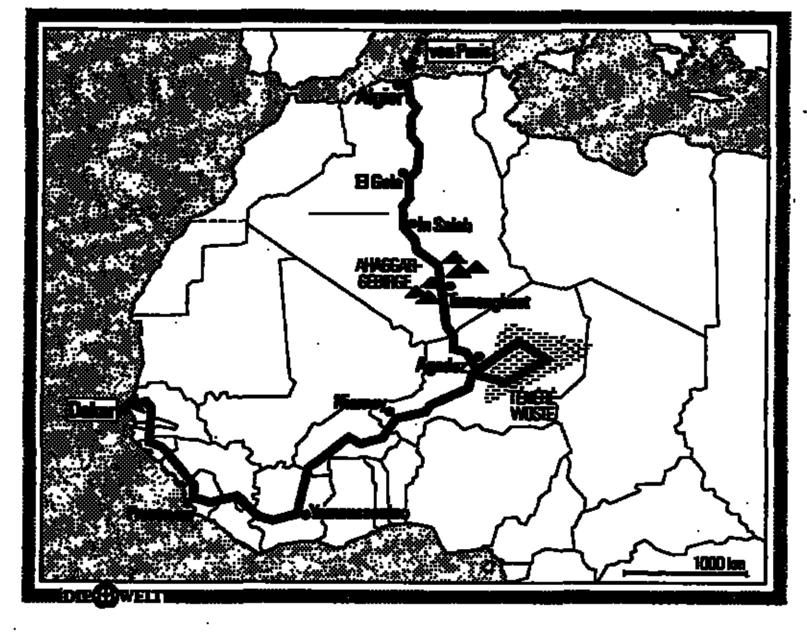
Der 23jährige Kfz-Mechaniker glaubt hier das letzte mögliche Männerabenteuer unserer Zeit zu finden. Dafür opferte er drei Wochen Urlaub, zahlte für Nenngeld (8000 Mark), Versicherung und das Notwendigste an Ausrüstung 15 000 Mark, die er sich zusammenlieh, und akzeptiert, daß sein 12 000 Mark teures Motorrad hinterher nicht mehr die Hälfte wert ist.

Die Startnummer 26 auf der KTM 500 GS-Maschine gehört dem 52jährigen deutschen Geschäftsmann Herbert Schek. Vor drei Jahren war er in eine nicht abgedeckte Baugrube gerast und hatte sich fast alle Knochen gebrochen. 1983 stürzte er in der Tenere-Wüste und wurde einen Tag später gefunden. Im letzten Jahr kam er durch, gewann sogar die Amateurwertung. Diesmal ist der Familienvater wieder dabei. Eine plausible Erklärung für seinen Start fällt ihm nicht ein. „Diese Rallye", sagt er, „befällt dich wie ein Virus. Sosehr du dich bemühst, du kriegst ihn nicht los . . ."

Der französische Unternehmer und gaullistische Abgeordnete Jean Claude Jemaillex, der mit einem Mitsubishi-Allrad unterwegs ist, erklärt seine Teilnahme mit „einem unkontrollierbaren Drang, sich selbst zu beweisen, daß man noch nicht zum alten Eisen gehört". Vernunftsmäßig könne man dieses ganze Theater nicht erfassen. Im letzten Jahr kam das Ende am vierten Tag (von 21). Den Gedanken, sein Leben aufs Spiel zu setzen, müsse man hassen wie den Krieg. Doch viele Männer, glaubt er, haben im tiefsten Herzensgrund auch den Krieg geliebt, eine Lust, die sie vernunftsmäßig als verabscheuungswürdig betrachten. Der französische Mercedes-Händler Georges Groine aus Annecy hat die letztjährige Fahrt gut überstanden. Der 50jährige, der schon zweimal die Lkw-Wertung gewann, hat den Film- und Fernsehstar Chantal Nobel als Navigatorin verpflichtet. Ein Reklamegag. Groine baut seine Werbung fürs Geschäft auf den Rallye-Einsatz aus und glaubt, daß sich damit alle Kosten und Bemühungen amortisieren.

Werbung für Marken, Produkte oder für sich selbst ist ein Motiv für viele. Schauspieler, Fernsehstars starteten in die Sahara ebenso wie Frankreichs Fußballidol Raimond Copa, Prinz Albert von Monaco oder Schwester Caroline. Sie alle werden gewiß die ersten Tage nicht überstehen. Dafür hat der Veranstalter Schikanen am Rande der Wüste eingerichtet. Dabei sollen die schwächeren Teams aussortiert werden, die dann nach Algier zurückhumpeln. Wenn es richtig gefährlich wird, ist das Feld auf die Hälfte zusammengeschrumpft, sind die meisten Paradiesvögel nicht mehr dabei.

Ein Pariser Hotelier versuchte sein Glück im letzten Jahr mit einem teuren Lastwagen, der ganz auf Luxus getrimmt war: bequeme Schlafkoje, schwarze Bettwäsche. Einen riesigen Container mit Champagner ließ er verladen. In der Nähe von Wanglar donnerte er gegen einen Felsbrocken. Der Lastwagen war nicht mehr zu gebrauchen, der Champagner versikkerteim Sand.



Fahrtest in der gnadenlosen Wüste

Für einige wenige gibt es ausgesprochen vernünftige Motive, das Abenteuer in Afrika anzugehen. Roland Kußmaul zählt dazu. Der Ingenieur arbeitet seit 15 Jahren im Fahrzeug-Versuch des Sportwagenherstellers Porsche. Bei der Rallye ist Kußmaul in einer Person Fahrer, Mechaniker und Einsatzleiter. Der Streß ist vorprogrammiert. Dennoch spart er sich eine Menge Mühe für die Zukunft.

Der 911 Carrera mit Allradantrieb soll im Laufe des Jahres für den Sportbetrieb produziert werden. Im geradezu brutalen Wettbewerbseinsatz auf unmöglichen Routen durch Mali, Niger und Mauretanien gibt es zusätzliche Testergebnisse, die bei „normalen" Erprobungsfahrten kaum erreicht werden. Kußmauls Wüstenexpedition, komplett von einem Zigaretten-Sponsor finanziert, dient dem Produkt.

„Sondermüll auf Schiene transportieren“

XING-HU KUO, Stuttgart

Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Mehrheitsfraktion im Stuttgarter Landtag, Rudolf Decker (50), sieht bei aller Anerkennung der Bemühungen der Regierung von Lothar Späth in diesem Bereich noch erhebliche Defizite. In einem WELT-Gespräch verwies der Bauingenieur aus Schwäbisch Hall auf das gravierende Problem des Sondermülls auch in Baden-Württemberg. Er sei „nicht der Meinung, daß alles getan wurde, was notwendig gewesen wäre“. Hier müsse an die „Altlasten“ erinnert werden, die unter Dutzenden von Deponien noch schlummerten.

Decker forderte die Landesregierung auf, einen „lückenlosen Verlaufsnachweis“ aller gefährlichen Substanzen herbeizuführen, „Buch zu führen“ über die Frage, woher giftige *Substanzen gekommen sind*, wie sie verarbeitet oder beseitigt wurden und wo sie eventuell verblieben sind.

Decker kritisierte, daß die Transportvorschriften „nicht ausreichend“ seien. Bis vor kurzem gab es in diesem Bereich „abenteuerliche Transporteure“. Decker fordert die Landesregierung auf, solche Transporte nur noch durch Fachleute durchführen zu lassen. Hier sei eine „Lizenzierung“ vonnöten. Deshalb solle die Landesregierung in dieser Frage im Bundesrat initiativ werden.

Nach Auffassung des Umweltexperten sei vor allem die Schiene das sicherste Transportsystem für gefährliche Substanzen: „Wir haben mehr Glück gehabt als Verstand“, so Decker, daß bisher nicht mehr auf den Transporten auf den Autostraßen passiert sei.

An die Adresse von Bund und Ländern richtete Decker den dringenden Appell, sich des Lkw-Verkehrs anzunehmen, der erheblich zur Luftverschmutzung beitrage. Unter Hinweis auf neueste Erkenntnisse der Stuttgarter Regierung, nach denen die „Brummis“ 31 Prozent der Emissionen im Straßenverkehr verursachen, forderte Decker, daß auch Lkws umweltfreundlicher ausgerüstet werden. Dabei teilt der CDU-Umweltsprecher „nicht die Auffassung der Landesregierung, daß eine spürbare Stickoxidminderung“ bei Dieselmotoren für Nutzfahrzeuge „nur evolutionär in kleinen Schritten“ möglich sei. Vielmehr erinnerte Dekker an das Beispiel der Entgiftung der Pkw-Abgase. Hier habe die Automobilindustrie „nach langer Hinhaltetaktik“ plötzlich „fast über Nacht abgasarme Autos mit Katalysator für fast jedes Fabrikat und Modell“ anbieten können.

„Wir haben wohl alle einen Blackout gehabt“

Ehemaliger G+J-Chef über die „Hitler-Tagebücher“

UWE BAHNSEN, Hamburg

Mit Dr. Manfred Fischer (51), dem früheren Vorstandsvorsitzenden des Verlagshauses Gruner + Jahr, hat gestern im Betrugsprozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher der Top-Manager als Zeuge ausgesagt, der durch sechs- und siebenstellige Zahlungsanweisungen das als Jahrhundert-Sensation geplante Projekt der Illustrierten „Stern“ in Gang gebracht hat.

Der damalige G+J-Chef schilderte, wie er am 27. Januar 1981 von dem Reporter Gerd Heidemann und dessen Ressortleiter Thomas Walde über das Projekt informiert wurde. Die ganze Sache habe für ihn „ein hohes Maß an Plausibilität gehabt“, wenngleich bei ihm nicht alle Zweifel an der Echtheit des Materials ausgeräumt gewesen seien. Er habe sogleich „sehr *nachdrücklich*“ darauf gedrängt, den damaligen „Stern“-Herausgeber Henri Nannen einzuschalten, doch Heidemann und Walde hätten das strikt abgelehnt. Der Vortrag der beiden Journalisten, die das volle Vertrauen des Hauses genossen hätten, habe in folgenden Feststellungen bestanden: „Erstens, es gibt Hitler-Tagebücher; zweitens, sie sind echt; drittens, wir können sie haben.“ *Daher habe er die sofortige* Auszahlung von 200 000 Mark genehmigt, die Heidemann nach seinen Angaben sofort benötigte, um das Vorhaben in Gang zu bringen.

Bis zum 30. Juni 1981 sollten nach der Absprache, die an jenem Tag getroffen wurde, von Heidemann 27 Tagebücher für rund 85 000 Mark pro Stück beschafft werden. Er selbst, so Fischer weiter, habe gehofft, daß bis *zur Jahresmitte* alle Bände vorliegen würden, da er am 1. Juli 1981 den Vorstandsvorsitz der G+J-Hauptaktionärin Bertelsmann übernehmen sollte. Fischer räumte ein, daß die von ihm getroffene Entscheidung, an der die Chefredaktion des „Stern“ und der Herausgeber Nannen nicht beteiligt waren, „ungewöhnlich“ gewesen sei, aber „es war ja auch ein ungewöhnliches Projekt“. Daß Heidemann am Abend des 27. Januar 1981 mit den zuvor bei einer Bankfiliale am Flughafen abgehobenen 200 000 Mark Verlagsgeldern nach Stuttgart flog, hat Fischer seiner Aussage zufolge „überhaupt nicht gewußt – ich dachte eher, er sei damit nach Berlin geflogen“. Der Staatsanwalt wollte daraufhin von dem Zeugen folgende Frage beantwortet haben: „Heidemann kam von dieser Reise zurück, das Geld kam nicht zurück – was dachten Sie, wo es geblieben war?“ Dr. Fischer: „Ich ging davon aus, das Geld sei hinterlegt worden.“

Drei Wochen später, am 18. Februar 1981, war es dann soweit: Heidemann und Walde sowie die beiden Verlagsmanager Hensmann und Sorge erschienen bei dem Vortandsvorsitzenden Fischer und übergaben *ihm das erste Tagebuch; seine* „Echtheitsvermutung“ sei „beträchtlich“ gestiegen, versicherte der Zeuge dazu. Fischer hat nach dem Skandal beschrieben, welche Empfindungen ihn damals erfüllten: „Es ist geradezu ein sinnliches Erlebnis, so ein Ding in der Hand zu haben ... Diese Gewißheit – das Tagebuch hat der geschrieben – und jetzt halte ich es in der Hand! Wir alle haben wahrscheinlich *einen Blackout gehabt* ...“

Gewalttätige Rechtsextremisten

dpa, Bonn

Mehr als ein Drittel der Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland ist gewalttätig. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie des Bundesjustizministeriums, bei der 903 rechtskräftig abgeurteilte Fälle mit 579 Tätern zwischen 1978 und 1982 untersucht wurden. Bei 405 dieser Täter wurde ein rechtsextremistischer Hintergrund eindeutig festgestellt. Davon haben 33 Prozent Gewalttaten verübt, 6,2 Prozent verfolgten mit ihren Taten terroristische Ziele. Mehr als die Hälfte der Verurteilten erwiesen sich als Agitations- und Propagandatäter. Die überwiegende Zahl der Täter war zur Tatzeit zwischen 16 und 30 Jahre alt.

1984 hohe Schäden durch Kriminalität

rtr, Berlin

Die Zahl der von der Polizei erfaßten Straftaten in der Bundesrepublik hat 1984 nach Schätzungen des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) wieder bei weit über vier Millionen gelegen. Obwohl die Kriminalität nicht mehr so stark wie in früheren Jahren zugenommen habe, gäben die durch sie verursachten immer größeren volkswirtschaftlichen Schäden Anlaß zur Besorgnis. BDK-Vorsitzender Ingo Herrmann warf der Bundesregierung und den Länderregierungen vor, die Verbrechensvorbeugung vernachlässigt zu haben. Für Vorbeugungsprogramme ständen seit 1975 unverändert nur 1,5 Millionen Mark im Jahr zur Verfügung.

Barschel will Zusammenarbeit von Mittelstand und Forschung fördern

Von UWE BAHNSEN

Als der schleswig-holsteinische Regierungschef Uwe Barschel vor gut zwei Jahren sein Amt von Gerhard Stoltenberg übernahm, stand er naturgemäß in dem langen Schatten des zum „Landesvater“ gewordenen Vorgängers. Symptomatisch dafür war damals, im Oktober 1982, eine Szene am Rande des CDU-Landesparteitages in der Ekkernförder Stadthalle: Auf einer Pressekonferenz begann ein Journalist seine Frage mit den Worten „Herr Ministerpäsident ...“. Barschel fühlte sich erst angesprochen, als sein neben ihm sitzender Amtsvorgänger Stoltenberg sich mit der trocken-ironischen Feststellung vernehmen ließ: „Ministerpräsident sind jetzt Sie, Herr Barschel!“

Aus dem Schatten Gerhard Stoltenbergs ist Uwe Barschel längst herausgetreten – er hat als Regierungschef seinen eigenen Stil gefunden und kann sich auf eine Leistungsbilanz berufen, deren Grundlagen seit seinem Amtsantritt gelegt wurden. Die Ausübung der Macht und die damit verbundene Verantwortung haben zugleich seinen Sinn für die Realitäten, für das politisch Durchsetzbare, erkennbar geschärft. Schleswig-Holstein, nach dem Kriege lange das „Armenhaus“ der Bundesrepublik, lebt auch heute mit spezifischen Hypotheken. Barschel: „Wir müssen wegen unserer geographischen Lage und unserer Geschiche immer wieder Probleme lösen, die andere gar nicht kennen. Wir haben keine eigenen Rohstoffe, liegen fernab von den großen Märkten. Wir müssen die schwere Last des Küstenschutzes tragen und werden durch die deutsche Teilung vor besondere Aufgaben gestellt.“

Die Beziehungen zum Nachbarland Hamburg haben durch die Rahmenvereinbarung vom Mai 1984 eine neue, konstruktive Basis bekommen – unbeschadet des parteipolitischen Gegensatzes zwischen beiden Landesregierungen. Auch das Verhältnis zur dänischen Minderheit hat sich seit dem Amtsantritt Barschels weiter entspannt: Die dänischen Privatschulen erhielten nach und nach mehr Zuschüsse und werden ab 1985 mit den öffentlichen Schulen des Landes finanziell gleichgestellt sein. Im Gegenzug hat die dänische Regierung der deutschen Minderheit in Nordschleswig die Eröffnung eines eigenen Sekretariats in Kopenhagen ermöglicht, dessen Kosten vom dänischen Staat getragen werden. Diese Politik hat auch in gesamtstaatlicher Hinsicht ihre Früchte getragen: Als Bundeskanzler Helmut Kohl sich Ende Sepember zu einem offiziellen Besuch in Kopenhagen aufhielt, bewertete der Gastgeber, Ministerpräsident Poul Schlüter, die Beziehungen zwischen beiden Ländern als „noch nie so gut wie jetzt“.

Ebenso wie der Nachbar Hamburg muß Schleswig-Holstein auch 1985 seinen Haushalt durch ein rigoroses Sparprogramm weiter konsolidieren. Einschränkungen bei den Personalkosten, bei den Sach- und Fachausgaben und bei den Subventionen (sie werden 1985 um fast 47 Millionen Mark geringer sein als im Vorjahr) sollen dem Land mehr finanziellen Handlungsspielraum für eine aktive Politik verschaffen. Die Erfolge blieben nicht aus: In den Etats 1984 und 1985 ging die staatliche Neuverschuldung um insgesamt 430 Millionen

Landesbericht Schleswig-Holstein

Mark zurück. Wie notwendig gleichwohl die entschlossene Fortsetzung des Sparkurses ist, zeigt eine Zahl: Mehr als elf Prozent des Haushalts 1985 von rund 9,3 Milliarden Mark werden für Zinsen ausgegeben.

Zu den Bereichen, für die das Land Mittel „freisparen“ will, gehört vor allem der Umweltschutz, der in Schleswig-Holstein schon vergleichsweise früh als politische Aufgabe definiert war. Das ist sicherlich einer der Hauptgründe für die mageren 3,6 Prozent, mit denen die Grünen *im März 1983 den Einzug* in das Kieler Parlament klar verfehlten. Zur Zeit sind im nördlichsten Bundesland 112 Naturschutz- und 266 Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen. Ihre Pflege, dazu die breit gefächerten Naturschutzmaßnahmen – von der Wiederherstellung von Hochmooren bis zum Artenschutz für bestandsbedrohte Tiere und Pflanzen – werden in den nächsten Jahren *steigende Aufwendungen* verlangen.

Große Sorgen bereiten die auch in Schleswig-Holstein zunehmenden Waldschäden. Der Gesamtanteil der befallenen Bestände hat sich von zwölf Prozent 1983 auf 27 Prozent im auslaufenden Jahr erhöht, also mehr als verdoppelt. Mit Durchforstungen, Düngungen und der Förderung von Mischwald hofft die Landesregierung den Trend zunächst wenigstens aufhalten zu können; ob das gelingt, ist freilich ungewiß. Weitere Belastungen für den Landeshaushalt in derzeit noch nicht exakt bezifferbarer Höhe werden sich aus den nicht mehr aufschiebbaren Küstenschutzmaßnahmen zur Sicherung der Insel Sylt ergeben. Auch wenn der Bund den Löwenanteil trägt – das wird teuer für die Kieler Staatskasse.

Energisch ausbauen will die Landesregierung das wissenschaftliche und technologische Potential Schleswig-Holsteins. Dabei soll auch der Austausch zwischen mittelständischen Betrieben und Forschungsstätten verstärkt werden. Das Ziel ist nach den Worten Barschels die Beschleunigung von Innovationsprozessen und Strukturverbesserungen. Vorbereitet werden ein Institut für angewandte Informationstechnik in Kiel, ein Institut für anwendungsnahe Technikentwicklung in Wedel bei Hamburg sowie ein Technik- und Gründerzentrum in Flensburg. Das Forschungsinstitut der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt (GKSS) in Geesthacht wird zu einem Institut für Umwelttechnik erweitert. In Kiel möchte die Landesregierung ein Institut für marine Geowissenschaften *zur Erforschung* des Meeresbodens einrichten. Abgerundet werden diese Bemühungen durch die bevorstehende Gründung einer Norddeutschen Privatuniversität mit Sitzen in Flensburg und Neumünster.

Das Kabinett des Dr. Barschel kann zur knappen Hälfte der Legislaturperiode eine positive Bilanz vorlegen, die freilich durch die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit überschattet wird. Im November lag die Arbeitslosenquote im nördlichsten Bundesland bei 10,8 Prozent. Barschels gleichwohl optimistisches Resumee: „Bei der Bewältigung unserer Probleme sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Es ist uns gelungen, im Gegensatz zu früheren Jahren ohne Zeitverzögerung Anschluß an den allgemeinen wirtschaftlichen Aufwärtstrend zu finden. Bei der großen Zahl der Arbeitslosen, die uns Sorgen macht, tröstet uns nicht, daß wir im norddeutschen Vergleich noch am günstigsten liegen. Die Randlage Schleswig-Holsteins ist zugleich unser großes Kapital; denn wir haben rechtzeitig unsere natürlichen Lebensgrundlagen gepflegt und geschont. So schwer es im Einzelfall auch sein mag: Unsere Zukunft muß in der Versöhnung der wirtschaftlichen Interessen mit den Rechten der Natur liegen.“

Bekennerbriefe zu drei Anschlägen eingegangen

dpa, Düsseldorf/Münster

Zu den Bombenanschlägen auf eine Bürobaracke des Abschirmdienstes der amerikanischen Armee am 30. Dezember in Düsseldorf und auf das türkische Generalkonsulat am 25. Dezember in Münster sind am Mittwoch Bekennerschreiben aufgetaucht. Beide Briefe, die mit der Post in den Büros der Deutschen Presse-Agentur (dpa) eingetroffen waren, verlangen zwar eine „Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF“, lassen aber keine Gruppierung als Absender erkennen. Der Düsseldorfer Brief trug, soweit erkennbar, den Poststempel vom 2. Januar, der von Münster war am 27. Dezember in Warendorf aufgegeben worden. Während das aus Westfalen kommende Schreiben aus Kopien von Zeitungsausschnitten über die in verschiedenen Strafanstalten einsitzenden verurteilten Terroristen bestand, enthält der *Düsseldorfer Brief nur wenige* Sätze über die Häftlinge. Dieser drei Schreibmaschinenseiten lange Text befaßt sich in oft unzusammenhängenden, fast wirren Sätzen vor allem mit dem Kampf gegen einen angeblich weltweiten Imperialismus und gegen die Außenpolitik der Vereinigten Staaten sowie dem Guerrilla-Krieg in Mittelamerika. Ein weiteres Bekennerschreiben zum Anschlag auf eine Dependance der Französischen Botschaft in Bonn am Silvestermorgen ist dem Bonner „General-Anzeiger“ gestern zugegangen. Wie die Zeitung mitteilte, heißt es darin, „unser Angriff zielt auf eine der Nahtstellen zwischen NATO-Militärs und Rüstungsindustrie“. Eine klare Autorenschaft gehe auch aus diesem Brief nicht hervor.

Christian Klar wurde verlegt

dpa, Stuttgart

Der mutmaßliche Rädelsführer der „Roten Armee Fraktion“ (RAF), Christian Klar, der sich seit dem 4. Dezember in einem Hungerstreik befindet, ist von der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim in das Gefängniskrankenhaus *Hohenasperg* (Kreis Ludwigsburg) verlegt worden. Wie das Stuttgarter Justizministerium mitteilte, handelte es sich bei der bereits am Wochenende vorgenommenen Verlegung um eine „rein vorsorgliche Maßnahme“. Für den Gesundheitszustand des Angeklagten bestehe „kein besonderer Anlaß zur Sorge“. Bundesweit verweigern seit Anfang Dezember etwa 30 inhaftierte *mutmaßliche Mitglieder der RAF* jegliche Nahrung. Mit ihrer Aktion wollen sie eine Zusammenlegung in größere Gruppen erreichen.

Umweltprobenbank als Frühwarnsystem

rtr, Bonn

Das Bundesinnenministerium will die Umweltvorsorge auf eine breitere Basis stellen und durch eine Umweltprobenbank ein ökologisches Frühwarnsystem schaffen. In einer Mitteilung des Ministeriums hieß es gestern, für solche Einrichtungen bei der Kernforschungsanlage Jülich und der Universität Münster werde die Bundesregierung jährlich 4,5 Millionen Mark bereitstellen. Innenminister Zimmermann erklärte dazu, die Probenbank solle ein systematisches Ermittlungs- und Prognoseinstrument für die Gesamtbelastung und Entwicklung der Umwelt in der Bundesrepublik werden.

Bisher seien Umweltrisiken erst erkannt worden, wenn die Schäden bereits eingetreten seien, heißt es in der Erklärung weiter. Gerade die stark zunehmenden Waldschäden *hätten gezeigt, daß die bisherigen* wissenschaftlichen Prognoseinstrumente nicht geeignet seien, als Frühwarnsystem zu dienen. Mit der Probenbank werde eine wesentliche Lücke geschlossen, um neben der vorhandenen Überwachung von Luft und Wasser eine ständige ökologische Beobachtung einzuführen.

Hitlers Terror traf jeden dritten Priester

Von SUSANNE PLÜCK

Mehr als ein Drittel der deutschen katholischen Priester hat in den Jahren 1933 bis 1945 aus politischen Gründen Zwangsmaßnahmen des Nazi-Regimes zu spüren bekommen. 8021 Geistliche mußten sich damals Verhören unterziehen, wurden beruflich diskriminiert oder ausgewiesen, erhielten Geld- und Freiheitsstrafen, starben im KZ oder wurden hingerichtet. Das belegt die Studie „Priester unter Hitlers Terror“, die auf Initiative der Deutschen Bischofskonferenz von den Diözesanarchiven und der Kommission für Zeitgeschichte jetzt vorgelegt worden ist.

Während die bisherige Kirchenkampf-Forschung vor allem die Ebene der Staats- bzw. Partei- und Kirchenführung betraf, macht es die vorliegende Dokumentation zum ersten Mal möglich, die Realität des Kirchenkampfes an der vielberufenen Basis nachzuzeichnen – flächendekkend für das gesamte Deutsche Reich (in den Grenzen vom 31. Dezember 1937) und für einen ganzen Berufsstand. Sie bietet eine quantifizierende Zusammenstellung der den Geistlichen zur Last gelegten Vergehen, der gegen sie ergriffenen Maßnahmen und der strafenden NS-Instanzen.

Die auf Umfragen basierende Untersuchung veranschaulicht, daß selbst harmlose Kleinigkeiten mit drakonischen Strafen geahndet werden konnten. So wurde beispielsweise der Hildesheimer Diözesanpriester Joseph Müller wegen eines politischen Witzes denunziert, vom Volksgerichtshof wegen Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilt und am 11. September 1944 hingerichtet.

Das macht deutlich, wie hoch die totalitären Machthaber die Widerstandskraft der Kirche einschätzten. Anhand der knappen Einzelfallschilderungen und deren tabellarischer Auswertung wird evident, daß – nach dem Verständnis der Nazi-Behörden wie der Betroffenen – „Widerstand“ nicht nur politisch-militärischer Widerstand im engeren Sinne war, wie etwa die Verschwörung der Männer des 20. Juli.

Gegen die „schwarze Brut“

Wie sehr Hitler die katholische Kirche fürchtete, die sich seinem auf Erfassung der gesamten menschlichen Existenz, auf Gleichschaltung aller geistig-weltanschaulichen Kräfte gerichteten Herrschaftsanspruch widersetzte, zeigen seine Wutausbrüche im engsten Kreis, in denen er gegen die „schwarze Brut“ und die „Verräter aus der Schwarzen Internationale“ schäumte.

Bereits seit dem 26. Juli 1935 waren alle Gestapo(leit)stellen zur monatlichen Berichterstattung über Maßregelungen katholischer und evangelischer Geistlicher verpflichtet. Der Klerus war ständig Objekt von Bespitzelung. Die „Fieberkurve“ der NS-Maßnahmen gegen katholische Priester in den zwölf Jahren des Dritten Reiches zeigt eine deutliche Abhängigkeit von der gesamtpolitischen Großwetterlage. Nach den ersten Devisen- und Sittlichkeitsprozessen gegen Ordensangehörige seit 1935 brachen z. B. die Angriffe mit den Olympischen Spielen in Berlin schlagartig ab.

Hitlers abwartende Haltung änderte sich jedoch nach der Verlesung der päpstlichen Enzyklika „Mit brennender Sorge“ am 21. März 1937 schlagartig: „Die Pfaffen“, so notierte Goebbels damals ingrimmig in sein Tagebuch, werden „unsere Strenge, Härte und Unerbittlichkeit kennenlernen“. In der Tat folgte die Wiederaufnahme der Sittlichkeitsprozesse, begleitet von einer beispiellosen Verleumdungskampagne und massiven Eingriffen in die kirchlichen Wirkungsmöglichkeiten.

Es bedurfte nicht einmal politischer Exponierung, um sich den Unmut der Nationalsozialisten zuzuziehen: 51,4 Prozent der „Vergehen“ ereigneten sich bei Ausübung der alltäglichen Seelsorgearbeit: während der Predigt im Gottesdienst, bei der Seelsorge und im Schulunterricht. Auch der Anteil eigentlich politischer Vergehen – Regimekritik, politische Unzuverlässigkeit und staatsfeindliches Verhalten – ist mit 34,5 Prozent auffallend hoch, ein Zeichen, wie sehr die Nationalsozialisten den Kampf gegen die Kirche zu politisieren bemüht waren.

Auch erheiternde Fälle

Fast die Hälfte der gegen Priester ergriffenen Maßnahmen (49,7 Prozent) machten Ermittlungsmaßnahmen, Verhöre und Verwarnungen aus. Gerichtsverfahren, Geld- und Freiheitsstrafen sowie Terroraktionen sind 30,9 Prozent, beruflichen Diskriminierungen, Schulverboten und Ausweisungen weitere 16,6 Prozent zuzurechnen. Dabei sind erheiternde Fälle vorgekommen: Pfarrer Karl Henn aus Wiltingen an der Mosel beispielsweise wurde zur Herausgabe eines Teils seiner Mosternte verurteilt. Oder – bei allem Zynismus – auch nicht zu bestreitende Komik: So wurden dem Zisterzienserpater Sigismund (Eduard) Jakob wegen verbotener Ausländerseelsorge u. a. vier Wochen Dienstleistung in einem Wehrmachtsbordell zudiktiert.

Mit Kriegsbeginn nahm jedoch die Nervosität der NS-Behörden spürbar zu: die Zahl der KZ-Einweisungen, bis dahin eine seltene Ausnahme, nahm sprunghaft zu. Insgesamt 418 Priester sind ins KZ gebracht worden, gut ein Viertel (110) starb dort. Weitere 59 wurden *hingerichtet*, ermordet oder starben in Kerkerhaft.

Die vorgelegten Werte sind jedoch nur Mindestzahlen. Der Prozentsatz an ermittelten Fällen liegt um so höher, je besser die Quellenlage für die betreffende Diözese ist – das reicht von 6,6 Prozent im Generalvikariat Branitz (Oberschlesien) bis zu 80,8 im Bistum Eichstätt. Es ist daher wahrscheinlich, daß sich bei größerer Vollständigkeit der Unterlagen auch in den schlechter dokumentierten Bistümern bzw. bei intensiver Auswertung aller zusätzlich verfügbaren staatlichen und kirchlichen Quellen sowie der vorhandenen Literatur, die im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nicht möglich war, noch weit höhere Zahlen ergäben.

Urteile über Kassenbeiträge

AP, Kassel

Über die Festsetzung von Krankenkassenbeiträgen hat das Bundessozialgericht in Kassel zwei Grundsatzentscheidungen gefällt. Bei der Berechnung des Krankenkassenbeitrags von freiwillig versicherten, selbständig tätigen Personen ist vom letzten Steuerbescheid auszugehen. Spätere Erkenntnisse über die Erhöhung oder Verringerung des Einkommens dürfen nicht rückwirkend, sondern nur für die Zukunft berücksichtigt werden. Bei der Berechnung des Verdienstes können einkommensmildernde Abschreibungen für die Abnutzung, die Vermietung oder Verpachtung eines Gewerbebetriebs berechnet werden, die den Krankenkassenbeitrag entsprechend verringern (AZ: 12 RK 70/82).

Im Ruhestand lebende Beamte, die als Rentner eine Ersatzkasse, in die sie als Angestellte eingetreten sind, bevor sie ins Beamtenverhältnis übernommen wurden, angehören, haben von ihren Ruhestandsbezügen aus dem Beamtenverhältnis Krankenkassenbeiträge zu entrichten. Die Grundsätze des Berufsbeamtentums werden dadurch nach der ausdrücklichen Feststellung des Gerichts nicht verletzt (AZ: 12 RK 11/84).

Genesung Börners dauert länger

Nea. Wiesbaden

Die ersatzlos ausgefallene Neujahrsansprache des hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner über den Rundfunk machte es auch der breiten Öffentlichkeit deutlich: Börners Genesung wird länger dauern als erwartet. Zwar ist der Regierungschef inzwischen wieder zu Hause in Kassel. Aber er hat offenbar noch eine intensive Nachbehandlung nötig, die ihn voraussichtlich bis Ende Januar von seinem Amtssitz in Wiesbaden fernhalten wird.

In der Staatskanzlei wird versichert, daß es sich nicht um einen Herzinfarkt gehandelt habe. Eine Veranlagung zum Bluthochdruck habe zusammen mit einer verschleppten Grippe bei dem schwergewichtigen SPD-Politiker lediglich zu einer kritischen Situation des Kreislaufs geführt, die auf der Intensivstation der Bonner Klinik rasch behoben werden konnte. In der hessischen Landeshauptstadt gilt es jedoch als ziemlich sicher, daß für diese Krise auch die persönliche Enttäuschung Börners über das Scheitern der rot-grünen Zusammenarbeit mitverantwortlich gewesen ist.

Die für den 9., 10. und 11. Januar geplanten Gespräche zwischen der SPD einerseits und den Oppositionsparteien CDU, FDP und Grüne andererseits über Möglichkeiten einer Einigung über den Landeshaushalt 1985 werden nun ohne den Ministerpräsidenten und SPD-Landesvorsitzenden stattfinden. Für die SPD werden die beiden Bezirksvorsitzenden Hans Krollmann (Hessen Nord, zugleich stellvertretender Regierungschef) und Willi Görlach (Hessen Süd), der Fraktionsvorsitzende Ernst Welteke und Landesgeschäftsführer Paul Leo Giani am Verhandlungstisch sitzen. Mit spektakulären Ergebnissen wird zwei Monate vor der hessischen Kommunalwahl sowieso nicht gerechnet, obwohl das erste Gespräch zwischen Börner und dem CDU-Landesvorsitzenden, Oberbürgermeister Walter Wallmann, eine gewisse Klimaverbesserung zwischen den beiden großen Parteien signalisiert hatte.

Von der Möglichkeit, die in den Programmzeitschriften angekündigte traditionelle Neujahrsansprache im Hessischen Rundfunk durch Börners Stellvertreter Krollmann halten zu lassen, wurde abgesehen – offenbar in der Sorge, dies könnte als Zeichen einer Wachablösung mißverstanden werden. Börner bearbeite zu Hause bereits wieder Akten und diktiere Briefe, an seiner Rückkehr ins Amt bestehe kein Zweifel, heißt es.

„Solidarität" im Untergrund gibt nicht auf

JGG. Köln

Das „Provisorische Koordinationskomitee" der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität" sieht keine Veranlassung, seine Tätigkeit einzustellen, obwohl sich namhafte Funktionäre noch im Dezember 1984 den Behörden gestellt hatten. Das Pariser Informationsbüro der „Solidarität" veröffentlichte jetzt eine entsprechende Umfrage unter Gewerkschaftern, die von der Amnestie Warschaus Gebrauch machten. Sie sprachen sich einheitlich für den Fortbestand des „Provisorischen Koordinationskomitee" unter Zbigniew Bujak sowie für die Fortsetzung der illegalen Tätigkeit aus. Für viele andere erklärte das ehemalige Mitglied der „Landeskommission", der Arbeiter Andrzej Slowik, daß das „Komitee" die Arbeit der verbotenen Landeskommission fortsetze. „Gegenwärtig gibt es überhaupt keinen Anlaß, daß der Untergrund sich den Behörden stellt." Sollte sich das Koordinationskomitee stellen, würde dies „den Tod der Gewerkschaft bedeuten ..., die Auflösung der ‚Solidarność'-Strukturen". Dann würden diejenigen, die dennoch weitermachten, nicht mehr als „Solidarität"-Funktionäre betrachtet, sondern als reine politische Oppositionelle behandelt werden. Slowik: Er könne daher nur dringend seinen Gewerkschaftskollegen im Untergrund raten: Macht weiter! Immerhin sei die „Solidarność" in der Konspiration älter als die in der Legalität!

Ähnlich äußerte sich das einstige Mitglied der Landeskommission, Jerzy Kropiwnicki. „Der Untergrund ist ein Faustpfand, das man nicht zum Geschenk machen darf." Kropiwnicki, der erst Ende 1984 freikam, äußerte die Befürchtung, daß Polen immer mehr in die sowjetische Rüstungspolitik einbezogen werde. Folglich werde im Lande die Unruhe zunehmen. Dann, so der Gewerkschafter, würden sich eines Tages die Sowjets selber die Frage stellen: „Wer hat größere Chancen, das Volk zu überzeugen: Jaruzelski oder Walesa?" Die „Solidarność" müsse sich auf diese Situation vorbereiten. Insofern sei das Streben von Walesa und der Kirche nach einer „nationalen Verständigung", folgerichtig. Kropiwnicki: Man könnte den Behörden die Selbstauflösung der „Solidarność" zum Preis einer nationalen Verständigung anbieten.

Schneller Brüter – ein Muster ohne Wert?

Zukunft des Sieben-Milliarden-Projekts weiter ungewiß

WILM HERLYN, Kalkar

Die Beamten der nordrhein-westfälischen Ministerien für Arbeit und für Wirtschaft werden sich Mitte Januar durch einen Wust von Papieren durcharbeiten müssen. Ehe die Minister Friedhelm Farthmann und Reimut Jochimsen im Frühjahr über die Zukunft des Schnellen Brüters in Kalkar entscheiden, werden die Beiträge von 1400 Gegnern und Befürwortern eines dreitägigen Hearings ausgewertet. Unken rufen jetzt schon, der fast sieben Milliarden teure Brüter werde ein Muster ohne Wert, wenn er Ende dieses Jahres nach mehr als zwölf Jahren Bauzeit endlich fertiggestellt sei. Und die Landesregierung hielt in ihrem gerade veröffentlichten Energiebericht fest, für die „Weiterführung der Schnellbrut-Strategie ist auf absehbare Zeit kein Bedarf erkennbar". Jochimsen begründete diese Auffassung mit der „entspannten Versorgungslage" auf dem Uranmarkt und den enttäuschten Erwartungen, mit einem plutoniumerzeugenden Schnellen Brüter zu außerordentlich niedrigen Kosten Strom produzieren zu können.

Dagegen erklärte das Bundesministerium für Forschung und Technologie in Bonn auf Anfrage: „Wir halten es für wünschenswert, daß der Reaktor in Betrieb geht." Die Praxis sei notwendig, damit eine neue Technologie erprobt werden könne. Auch das RWE, zusammen mit Energieversorgungsunternehmen aus Belgien, Holland und Großbritannien an der Schnellen-Brüter-Kernkraftwerks-Gesellschaft beteiligt, hielt jahrelang an dieser These fest. Darum erstaunte um so mehr, daß jetzt der SBK-Vorsitzende Professor August W. Eitz erklärte, die Kraftwerksbetreiber wollten aus wirtschaftlichen Gründen auf den Brütereffekt verzichten, weil dessen Machbarkeit inzwischen von den Franzosen und anderen schon bewiesen worden sei. Statt dessen wollen die Betreiber den Reaktorkern mit mehr Plutonium ausstatten, um aus Wirtschaftlichkeitsgründen mehr Strom zu erzeugen.

Die staatliche französische Elektrizitätsgesellschaft erklärte ebenfalls ihren vorläufigen Verzicht auf die Brütertechnik, da der Strom um das Anderthalbfache teurer sei als der aus herkömmlichen Leichtwasserreaktoren. So bleibe der 6,6 Milliarden Mark teure Super-Phenix I, der gegenwärtig in Creys-Malville in französisch-deutsch-italienischer Gemeinschaftsproduktion gebaut wird und der in einem Jahr in Betrieb gehen soll, ein Prototyp und werde kein Serientyp.

Der „SNR 300" am linken Ufer des Rheins bei Stromkilometer 842 soll einmal 300 Megawatt Strom abgeben und gleichzeitig mehr Plutonium erzeugen, als er dazu verbraucht.

Wenn die Betreibergesellschaft jetzt aber auf den Brütereffekt verzichtet, der bislang als technische Innovation gefeiert und entsprechend gefördert wurde, bedeutet hochgiftiges Plutonium in derselben Kernummantelung ein wesentlich höheres Sicherheitsrisiko, wenden die Gegner des Schnellen Brüters ein. Sie führen auch an, daß der Reaktortank, der ursprünglich für eine kleinere Menge Plutonium gedacht war, seit Jahren auf der Baustelle liege und korrodiert sei. Er müsse also abgeschliffen werden und sei dann noch dünnwandiger als vorher.

Durch die geplante Änderung werde der Reaktor statt 840 dann 1180 Kilogramm Spaltstoff enthalten. Durch die 205 Brennstäbe – anstatt 166 – sei eine höhere Reaktorleistung mit größerer Materialbeanspruchung gegeben. Dadurch erhöhe sich aber auch die Wahrscheinlichkeit des Eintritts einer atomaren Explosion mit sofort 1000 und später weiteren 100 000 Toten.

Die Düsseldorfer Landesregierung legte Wert auf die Feststellung, sie sei finanziell an dem Super-Bau nicht beteiligt. In der Tat zahlt der Bund 3,16 Milliarden Mark und noch einmal 572 Millionen aus der Investitionszulage. Belgien und Holland beteiligen sich mit je 470 Millionen



Forschungsminister Heinz Riesenhuber FOTO: J. H. DARCHINGER

Mark, die Brütergesellschaft ist mit 265 Millionen Mark dabei, die Elektrizitätswirtschaft mit 1,18 Milliarden Mark, und 300 Millionen Mark zahlt die Herstellerfirma. Die restlichen 100 Millionen Mark sind durch ein Darlehen gedeckt.

Wasser auf die Mühlen der Kalkar-Gegner war dazu ein Zwischenfall am 22. November, der erst knapp drei Wochen später in der Öffentlichkeit bekannt wurde. Aus einem Ablaßbehälter entwich Natriumgas und entzündete sich. Dabei gerieten auf dem Dach des Brüters 50 bis 150 Kilogramm Natrium in Brand. Arbeitsminister Farthmann, für die Reaktor-Aufsicht zuständig, ergriff die Flucht nach vorn und erklärte, nachdem die Grünen Journalisten von dem Brand unterrichteten, er sei von der Betreibergesellschaft nicht richtig informiert worden. Er nannte die Informationspolitik der Gesellschaft „katastrophal und nicht akzeptabel".

Inzwischen stellte sich aber durch Unterlagen des Bundesforschungsministeriums in Bonn heraus, daß Farthmann sehr wohl und rechtzeitig unterrichtet worden ist und daß die Unternehmensleitung unmittelbar nach Ausbruch des Brandes alle Genehmigungsbehörden informiert hatte. Auch dpa hatte am Tage darauf eine Erklärung erhalten, in der es hieß, daß Natrium in Verbindung mit Wasser geraten sei und eine einhundert Quadratmeter große Bitumen-Schweißbahn in Brand gesetzt habe.

Friedhelm Farthmann soll nun vor dem Forschungsausschuß des Bundestages zu dem Vorgang gehört werden. Dabei soll auch die Informationspolitik des Ministers zur Sprache kommen. Die Ladung beschloß die Ausschußmehrheit von CDU/CSU und FDP.

Mit einem Kreuzzug will Ortega die „Contras" in die Knie zwingen

Guerrillataktik gegen materielle Überlegenheit der Sandinisten / Keine US-Hilfe mehr?

WERNER THOMAS, Miami

Das alte Jahr ist zu Ende gegangen, ohne daß die „Contras" ihr Ziel erreichen konnten: sie wollten in Managua einmarschiert sein. Noch immer regieren die sandinistischen Comandantes Nicaragua. Jetzt sagt der Rebellenführer Adolfo Calero: „Das neue Jahr wird entscheidend sein." Ähnlich urteilt Junta-Chef Daniel Ortega, der am 10. Januar das Präsidentenamt übernimmt.

Der blutige Konflikt zwischen Sandinisten und Antisandinisten, der bereits 10 000 Todesopfer gefordert hat, 1984 allein 7000, befindet sich nach Ansicht vieler Beobachter in einer Patt-Situation. Ähnlich wie in El Salvador, gelang bisher keiner Seite ein entscheidender Durchbruch. Javier Carrion, der sandinistische Kommandeur der dritten Militärzone, sprach von einem „Verschleißkrieg".

Die sandinistische Volksarmee (EPS), die 110 000 Soldaten, Reservisten und Milizen mobilisiert, gewinnt mit ihrer größeren Feuerkraft und den logistischen Vorteilen (Hubschrauber) konventionelle Materialschlachten. Die „Contras", die nach Schätzungen 6000 bis 12 000 Mann umfassen, haben die kostspieligen Versuche einer Territorialkontrolle wieder aufgegeben und kehrten zur Guerrilla-Strategie zurück.

Sabotage-Aktionen

Mit kleineren Kampfverbänden, etwa 300 Partisanen, nach prominenten Gegnern der Comandantes wie der scheidenden amerikanischen UN-Botschafterin Jeanne Kirkpatrick benannt, durchstreifen sie die unwegsamen Berggegenden des Nordens und greifen nur dann an, wenn sie den Überraschungseffekt nützen können. Enrique Bucardo, ein EPS-Leutnant, bestätigt dem Feind „eine recht gute Taktik".

In den letzten Monaten konzentrierten sich die „Contras" auf wirtschaftliche Sabotage-Aktionen, eines der kontroversesten Kapitel ihres Krieges. Allein seit September vergangenen Jahres wurden mehr als zwanzig Farmen zerstört. Diplomatische Beobachter in Managua glauben, daß die Sandinisten diesmal ernste Schwierigkeiten bei der Baumwoll- und Kaffee-Ernte haben. Die beiden landwirtschaftlichen Produkte sind die wichtigsten Devisenbringer der Nation.

In diesem drei Jahre alten Konflikt war die Stimmung der Bevölkerung kein entscheidender Faktor, anders als 1978 und 1979, wo die Somoza-Diktatur einen Volksaufstand erlebte. Der sandinistische Sicherheitsapparat neutralisiert fast alle Dissidenten. Dennoch konnte die offizielle Propaganda, die die Rebellen als „Bestien", „CIA-Söldner" und Somoza-Anhänger schmäht, nicht verhindern, daß in den ländlichen Gebieten viele junge Burschen in die Berge gehen und sich der Konterrevolution anschließen.

In diesem Jahr wollen die Sandinisten ihre Stärke demonstrieren. Verteidigungsminister Humberto Ortega kündigte einen „Kreuzzug" gegen die „Contras" an. Sein Bruder Daniel erklärte in seiner Neujahrsansprache, daß seine Regierung mehr als 40 Prozent der Haushaltsausgaben (Gesamtvolumen 280 Millionen Dollar) für die Verteidigung bereitstelle. In den letzten Dezember-Tagen haben sechs sowjetische Schiffe Waffen gebracht. Rebellenführer Calero fürchtet besonders die in Afghanistan erprobten sowjetischen Kampfhubschrauber Mi-24, die hier jetzt zum ersten Mal eingesetzt werden sollen: „Sie können uns innerhalb weniger Wochen aufreiben." Calero appellierte an die amerikanische Regierung, moderne Luftabwehrwaffen zur Verfügung zu stellen.

Das Schicksal der „Contras" wird am Ende von den Entscheidungen in Washington abhängen. Die „Demokratischen Streitkräfte Nicaraguas" (FDN), die dominierende Organisation, die Adolfo Calero kommandiert, waren bis zum Juni 1983 vom US-Geheimdienst CIA mit etwa 80 Millionen Dollar unterstützt worden. Dann stornierte der Kongreß weitere Mittel. In den nächsten Wochen soll auf dem Kapitol über eine Wiederaufnahme der Hilfe beraten werden. Die Chancen stehen schlecht. Selbst der Republikaner David Durenberger, der neue Vorsitzende des Senats-Geheimdienstausschusses, möchte keine CIA-Aktionen mehr gegen Nicaragua finanzieren. Er plädiert für offene militärische Schritte wie eine Waffenblockade, „wenn diese notwendig sein sollten".

Private Spenden

Auch innerhalb der Reagan-Regierung existieren Meinungsverschiedenheiten. Außenminister George Shultz und seine State-Department-Strategen setzen im Gegensatz zur Pentagon- und CIA-Führung noch immer auf eine diplomatische Lösung des Nicaragua-Konfliktes.

Schon sieht sich Calero angesichts der bevorstehdnen Kongreßabstimmungen einer „Hetzkampagne" ausgesetzt, hinter der er die Sandinisten und ihre amerikanischen Freunde vermutet. Linke Menschenrechtsverbände der USA schildern die „Contras" plötzlich als Mörder, Plünderer und Notzuchtverbrecher.

Seit die CIA-Hilfe eingestellt wurde, halten sich die „Contras" mit privaten Spenden über Wasser, 500 000 bis eine Million Dollar monatlich. Antikommunistische Organisationen helfen. Huber Matos (66), einst ein Comandante Fidel Castros, der wegen seiner Kritik an dem marxistischen Kurs der Revolution 20 Jahre im Gefängnis saß, rekrutierte in Florida eine Kampfbrigade von zunächst 50 Mann. „Dies ist auch unser Krieg", sagte er, „weil diese Leute gegen Castro und die Sowjets kämpfen." (SAD)

Verhinderte Churchill 1954 den Atomkrieg?

SAD, London

Londoner Kabinettspapiere aus dem Jahre 1954, die jetzt nach der üblichen Sperrfrist von 30 Jahren freigegeben wurden, scheinen darauf hinzudeuten, daß der damals schon 80jährige britische Premierminister Winston Churchill den Einsatz von Atombomben verhinderte. Diesen Papieren zufolge war die Welt 1954 an den Rand eines Atomkriegs geraten, weil Washington in Südostasien den bedrängten Franzosen mit Kernwaffen helfen wollte. Frankreich hatte damals in Vietnam mit dem Fall der Festung Dien Bien Phu eine schwere Niederlage hinnehmen müssen. Für den Fall, daß Peking auf seiten Ho Chi Minhs in den Krieg eintreten und Frankreich eine vernichtende Niederlage erleiden könnte, bereiteten die Strategen in Washington angeblich einen Atomschlag gegen China vor. In den britischen Kabinettspapieren kann man heute lesen, was die US-Militärs damals dachten: „Um einen maximalen und dauerhaften Effekt zu erzielen, sollten von Anfang an nukleare und konventionelle Waffen eingesetzt werden."

Churchill aber habe notiert: „Das englische Volk würde sich nicht so einfach von Vorgängen beeindrucken lassen, die sich in einem fernen Dschungel Südostasiens abspielen. Aber es weiß, daß es einen mächtigen amerikanischen Stützpunkt in East Anglia (England) gibt und daß ein Krieg mit China den chinesisch-russischen Pakt zur Wirksamkeit bringen würde, was dann zu einem Angriff mit Wasserstoffbomben auf unsere (britischen) Inseln führen kann." Churchill sei auch zu dem Schluß gekommen, die USA würden bei einem nuklearen Schlagabtausch am wenigsten zu leiden haben. Darin habe er die Gefahr gesehen, daß Washington am schnellsten zum Einsatz von Atomwaffen bereit sein könnte. Aus Sorge um diese Entwicklung habe Churchill sogar, ohne sein eigenes Kabinett zu informieren, Kontakt mit Stalins Nachfolger Malenkow aufgenommen.

Kopten-Papst darf wieder predigen

Nach drei Jahren Verbannung / Die Versöhnungsgeste Mubaraks galt als überfällig

PETER M. RANKE, Athen

Zustimmung und Freude unter den acht Millionen christlichen Kopten in Ägypten hat die Entscheidung von Präsident Mubarak ausgelöst, den „Papas" (Papst) der Kopten, Schenuda III (61), wieder in sein Amt einzusetzen. Schenuda ist aus seinem Verbannungsort, einem Wüstenkloster, bereits nach Kairo gefahren und will in der koptischen Weihnachtsmesse vom 6. auf den 7. Januar in der Markus-Kathedrale vor Zehntausenden von Christen predigen.

Die Versöhnungsgeste Mubaraks gegenüber den Kopten, die die älteste und größte christlich-orthodoxe Kirche in Nahost und Afrika bilden, war nach Meinung politischer Beobachter überfällig. Denn die Amtsenthebung und Verbannung von Schenuda am 5. September 1981 durch den damaligen Präsidenten Sadat wegen „Aufhetzung zum Religionshaß" hatte keine rechtlichen Grundlagen.

Mubarak hatte nach der Ermordung Sadats die Verbannung des Papstes in das Wüstenkloster „Anba Bischoi" in Hausarrest umgewandelt. Schenuda war erlaubt, Besucher zu empfangen und andere Klöster im Wadi Natrun 120 Kilometer von Kairo zu besuchen; auch seine Weihnachtsbotschaft durfte letztes Jahr in den ägyptischen Kirchen verlesen werden.

Aber die Kritik der Kopten, bei denen Schenuda als Reformpapst und volksnaher Prediger sehr beliebt ist, an der Haltung ihres Präsidenten verstummte nicht. Vor allem die Kopten in Amerika wollten die US-Regierung immer wieder gegen Mubarak beeinflussen. Als der Präsident im letzten Herbst über 250 moslemische Aufrührer freiließ, die nach dem Sadat-Mord die Stadt Assiut gestürmt und 87 Polizisten und Passanten ermordet hatten, war dieser einseitige Gnadenakt gegenüber Moslems von den Kopten scharf verurteilt worden.

Mubarak hat jetzt für einen politischen und religiösen Ausgleich gesorgt, da er sicher ist, daß ihm fanatische Moslems nicht mehr gefährlich werden können. Hierzu hat seine betont arabische Politik beigetragen. Von den Kopten (von griechisch „Aigyptos") droht dem Regime in Kairo ohnehin keine Gefahr, da die christlichen Ägypter als staatstreu gelten und hohe Beamte – wie Staatsminister Butros Ghali – und hohe Offiziere in der Generalität stellen.

Die Amtsenthebung von Schenuda III. wurde von den Kopten niemals akzeptiert. Denn der „Papas" wird von einem Bischofs-Gremium unter göttlicher Eingebung gewählt und ist daher nicht absetzbar. Daß Schenuda jetzt wieder an seine früheren Aktivitäten anknüpfen kann, wird von den Kopten erhofft, ist aber aus innenpolitischen Gründen nicht sicher. Schenuda ist der Schöpfer der Sonntagsschulen mit religiöser und allgemeiner Erziehung, die von den moslemischen Staatsschulen heftig bekämpft werden.

Schenuda hat noch in der Verbannung gegenüber dem islamischen Staat Ägypten und der Politik Mubaraks ein wichtiges Zugeständnis gemacht: Er verbot koptischen Priestern Pilgerreisen nach Jerusalem auch zur Osterzeit, obgleich er das Friedenswerk Sadats mit Israel anerkannt und gewürdigt hatte. Von Kopten in Kairo wird dazu erklärt, Schenuda wolle dem Staat keinen Vorwand liefern, die Kopten als „Verräter" an der arabischen Politik zu bezeichnen und den Moslems Vorwände für neuen Religionszwist zu liefern.

In Schenuda III. hat die koptische Kirche nicht nur den 117. Nachfolger des Heiligen Markus, sondern einen eminent politischen Papst mit guten Beziehungen zu anderen christlichen Kirchen. (SAD)

Rote Khmer haben Angriffe verstärkt

rtr, Bangkok

Die Widerstandskämpfer der Roten Khmer haben nach eigenen Angaben ihre Angriffe gegen die vietnamesischen Truppen in Kambodscha verstärkt. Ein Sprecher der Roten Khmer teilte gestern mit, mit den Angriffen sollten die Kämpfer der Nationalen Befreiungsfront des Khmer-Volkes (KPNLF), die dem ehemaligen Premierminister Son Sann unterstehen, entlastet werden. Vietnamesische Truppen hatten im November eine Offensive gegen die KPNLF-Lager an der Grenze zu Thailand begonnen. Von seiten der KPNLF wurde gestern mitgeteilt, seit dem Angriff und der teilweisen Eroberung des Lagers Nong Samet seien mehr als 500 Vietnamesen getötet worden. die eigenen Verluste lägen bei mehr als 40 Toten und 260 Verwundeten. Mehrere vietnamesische Verbände seien dabei beobachtet worden, wie sie sich aus dem Lager zurückzogen.

Westliche Diplomaten und thailändische Offiziere erklärten, sie seien nicht sicher, ob die Vietnamesen bereits mit dem Rückzug begonnen hätten oder diesen nur vorbereiteten. Die Roten Khmer, die KPLNF und die Truppen des ehemaligen Staatsoberhauptes Prinz Norodom Sihanouk sind formell in einem Bündnis zusammengeschlossen. Doch ist die Zusammenarbeit zwischen den Gruppen wegen ideologischer Differenzen nur gering.

Tito-Mitkämpfer fordert freien Austausch der Gedanken

Nikolis beklagt die Krise zwischen Partei und Intelligenz Jugoslawiens / Vertrauen in die Führung erschüttert / Sorge über die Wirtschaft

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Frage, wie es mit Jugoslawien in der Ära nach Tito weitergehen und wie das Land aus seiner schweren wirtschaftlichen Krise herausfinden soll, wird neuerdings auch unter alten jugoslawischen Kommunisten diskutiert.

Einer der prominentesten alten Kämpfer, der Arzt Gojko Nikolis, Generaloberst a. D. der jugoslawischen Volksarmee, während des Zweiten Weltkrieges oberster Generalarzt und Chef des Sanitätswesens bei Titos Partisanen, hielt neulich auf der Jahresversammlung der jugoslawischen Spanien-Kämpfer ein aufsehenerregendes Referat. Nikolis, der in Spanien unter anderem als Bataillonsarzt beim Bataillon „Ernst Thälmann" eingesetzt war, erklärte über die heutige Lage Jugoslawiens folgendes (Auszüge aus seinem Referat):

„Die politische Krise Jugoslawiens ist tief und allumfassend. Sie äußert sich auf allen Ebenen und in allen Strukturen. Sie manifestiert sich in erster Linie im Fehlen der Einheit innerhalb des Bundes der Kommunisten, sogar innerhalb der höchsten Gremien. Die Meinungsverschiedenheiten unter den politischen Führern erinnern mich an die Streitereien der bürgerlichen Parteien vor dem Kriege. Das aber bedeutet ein leichtfertiges Spiel mit dem Schicksal des Landes. Das Vertrauen der Parteimitglieder in die Führungsgremien ist erschüttert, weil die Gremien das eine sagen und etwas ganz anderes tun.

Ein besonderes Phänomen, das die Einheit und Aktionsfähigkeit der Partei betrifft, stellt die permanente Krise in den Beziehungen zwischen den Gremien der Partei und der Intelligenz dar. Der Monolithismus des Denkens, der um jeden Preis verlangt wird, ist die beste Methode, um jedes Denken zu ersticken. Die Bürokratie ist nicht imstande zu begreifen, daß die Intelligenz keinerlei Macht anstrebt. Die Bürokratie kann sich nicht vorstellen, daß Menschen für irgendeinen anderen Wert als für die Macht kämpfen können.

Der dritte Ausdruck der politischen Krise besteht in der Trennung der Arbeiterklasse von ihrer Avantgarde. Was ist die Arbeiterklasse heute in Jugoslawien? Zerstückelt nach Teilrepubliken, Nationen, Religionen, Gemeinden und noch kleineren Strukturen, ist sie nicht imstande, als Klasse aufzutreten.

Ungeeignete Botschafter

In der Kaderpolitik herrscht der republikanische, regionale und Gruppen-Proporz. Deshalb herrscht in unserem Staatsapparat die Mittelmäßigkeit. Deshalb haben wir unfähige Beamte in der Verwaltung. Deshalb hörten wir unlängst von maßgeblicher Seite, daß 30 Prozent unserer Botschafter für ihre Funktion ungeeignet sind.

Da ist der Begriff ‚Opposition'. Jeder Gedanke, der sich der Dummheit entgegenstellt – etwa dem sinnlosen Verprassen gesellschaftlichen Eigentums, der Verschwendung, den Fehlinvestitionen, dem Chauvinismus, ferner jeder Gedanke, der sich gegen die etatistische Gewalt wendet, der sich für die Menschenwürde einsetzt –, verdient von sozialistischen Prinzipien aus Anerkennung.

Die Opposition ist das universale Gesetz der materiellen Welt. Nach der Dialektik hat alles sein Gegenteil und muß es haben. Nur in unserem System erhält die Opposition das finstere Attribut der ‚Feindseligkeit gegen die sozialistische Ordnung'.

Opposition bedeutet nicht unbedingt Zusammenschluß in einer besonderen Organisation, einer neuen Partei und keine dazu noch verschwörerische Institution, sondern die Möglichkeit des freien Austausches unterschiedlicher und gegensätzlicher Gedanken. Deren Träger sind selbstbewußte und selbständige, sozialistisch orientierte Individuen. Wir müssen sie anhören und gutwillig verstehen. Es ist paradox, daß wir mit ausländischen ideologisch-politischen Vertretern, mit Kaufleuten und Bankiers zum Beispiel, am grünen Tisch im Geiste ‚gegenseitigen Verstehens' sprechen, während mit den eigenen Landsleuten entweder gar nicht oder nur mit Schaum vor dem Munde gesprochen wird. Was mich persönlich betrifft, so bin ich als Kommunist in offener Opposition gegen alles, was dumm und was ein Produkt größenwahnsinniger Ambitionen ist.

Ich stehe in Opposition gegen etatistische Gewalt, gegen das Foltern von Menschen, um von ihnen Geständnisse zu erpressen, gegen konstruierte Gerichtsverfahren, gegen Nationalismus und Separatismus, gegen alle Tendenzen einer Verbindung der Kommunistischen Partei mit dem Staatsapparat – einer Verbindung, in der die staatsbürokratischen Kräfte eine immer größere Rolle erhalten.

Die Opposition, wie ich sie verstehe, nicht zu akzeptieren, bedeutet wissenschaftliches Denken steril zu machen, bedeutet Rückschlag im materiellen Bereich und bei den gesellschaftlichen Beziehungen.

Zum Feind verfremdet

Was unsere wirklichen Feinde betrifft, so habe ich keine Illusionen darüber, daß es sie nicht geben sollte. Mich besorgt aber mehr unsere hartnäckige Art, mit der wir im Inneren künstlich Feinde fabrizieren – und zwar aus Leuten, die ihrem Lande mit ganzer Seele ergeben sind.

Wer bringt die Bürger auf den Gedanken des ‚politischen Pluralismus'? Gerade jene, die keinerlei alternatives Denken innerhalb der sozialistischen Plattform zulassen. Eine gesunde Alternative zum politischen Pluralismus ist ein gesunder Bund der Kommunisten, der von allen monopolistischen und Gruppen-Diktaten befreit ist – eine Partei als wirklich demokratische Organisation, auf der Grundlage der freien Auseinandersetzung der Ideen, im Geiste eines demokratischen Zentralismus, der wahrhaft demokratisch und nicht nur zentralistisch ist.

Die sogenannten ‚Dissidenten' und ‚Oppositionellen' werden heute beschuldigt, ‚böswillig die entstandenen Schwierigkeiten auszunutzen'. Also sind jene schuldig, die kritisch auf die Ursachen der Krise hinweisen – und nicht jene, die uns in diese Krise geführt haben! Alles das erinnert an die Fabel vom Wolf und vom Lamm oder an unseren volkstümlichen Ausruf: ‚Haltet den Dieb!' Alles das dient dazu, dem Volk Sand in die Augen zu streuen. Es ist geradezu lächerlich, wenn die Dissidenten beschuldigt werden, sie wollten sich hervortun und sich der Gesellschaft aufdrängen – während die Ankläger in diesem Fall gerade jene sind, die unermüdlich immer dasselbe reden – und seit Jahren bereits nicht mehr vom Bildschirm und aus den Zeitungsspalten verschwinden.

Wir sind Zeugen, wie sich der etatistische Druck auf den Menschen immer mehr verstärkt. Ich glaube, es ist eine schlechte Regierung, welche die Kontrolle über den Menschen verstärkt und die Kontrolle über die Dinge aus den Händen verliert.

Das Vertrauen des Volkes in die politische Weisheit unserer Führung ist erschüttert. Ohne dieses Vertrauen aber kann man nichts zu Gunsten des Selbstverwaltungs-Sozialismus erreichen. Unabdingbar ist eine radikale Säuberung der Partei von allen fremden Elementen ... Erst nach Erfüllung aller dieser Vorbedingungen kann man mit der konkreten Lösung der ökonomischen und politischen Probleme fortfahren."

„Prawda" bestätigt den Tod Chan Sis

rtr, Moskau

Das sowjetische Parteiorgan „Prawda" hat gestern den Tod des kambodschanischen Ministerpräsidenten Chan Si bestätigt, ohne zu erwähnen, wann und wo Chan starb. Asiatische Diplomaten in Moskau hatten am Freitag mitgeteilt, Chan sei in einem sowjetischen Krankenhaus an Herzversagen gestorben. Von vietnamesischer Seite war am Dienstag berichtet worden, Chans Tod sei am 31. Dezember eingetreten. Die „Prawda" lobte, Chan habe sich um die „Verteidigungsfähigkeit Kambodschas" verdient gemacht.

Die Stadt Ischewsk heißt jetzt Ustinow

rtr, Moskau

In der Sowjetunion ist die Stadt Ischewsk nach dem am 20. Dezember 1984 verstorbenen Verteidigungsminister Marschall Dimitrij Ustinow benannt worden, meldete gestern die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass. Ischewsk liegt rund tausend Kilometer östlich von Moskau. Den Namen Ustinow hätten außerdem ein Kriegsschiff, eine Militäreinheit und eine Fabrik erhalten. In Moskau und anderen Städten der Sowjetunion sollten auch mehrere Straßen nach dem Marschall benannt werden.

Gefahr erkannt – Gefahr gebannt

Hohe Investitionen in der Bundesrepublik vergrößern die Sicherheit von Chemieanlagen

DIETER THIERBACH, Bonn

Intensiver denn je wird in den Industriestaaten derzeit um eine Versöhnung zwischen Mensch und Technik gerungen. Ereignisse wie Seveso oder Three Miles Island haben schlagartig die Einstellung des Menschen zur modernen Technologie, speziell zur Chemie, verändert. Das Gasunglück in Bophal hat die Einstellung zur modernen Technik erneut negativ beeinflußt.

Aus Schaden klug geworden, führten einzelne Länder nach dem Seveso-Ereignis eine Überprüfung der Sicherheit ausgewählter Anlagen durch. Dabei kam zutage, daß sich die Maßstäbe bei der Überprüfung und die untersuchten Stofflisten von Land zu Land in einem nicht unerheblichen Maß unterschieden. Fest steht eines: Die Industrie braucht wirtschaftliche Anlagen mit hoher Verfügbarkeit. Diese wiederum läßt sich nur mit sicheren Anlagen erreichen, die den Beschäftigten noch dazu sichere Arbeitsplätze bieten sollen.

Die Betriebe sollen zudem sparsam sein, Rohstoffe und Energien optimal einsetzen und – nach dem Willen der Betreiber – möglichst überhaupt nicht ausfallen. Alles in allem belasten nur solche Anlagen in geringstmöglichem Maße die Umwelt.

Schlüssel ist die Sicherheitstechnik, nicht als zusätzlich aufgepfropfter Ballast verstanden, sondern wesentlicher Bestandteil jeder vernünftigen Anlage. Das gilt sowohl für die Bauphase als auch für ihren Betrieb. Bundes-Immissionsschutzgesetz und Störfallverordnung stehen für einige Auflagen, die den Betreiber genehmigungsbedürftiger Anlagen in der Bundesrepublik unmittelbar per Gesetz verpflichten, die Anlage zu errichten und zu betreiben, daß insbesondere Gefahren für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden können.

In Chemieanlagen müssen Stoffe meist unter besonderen Druck- und Temperaturverhältnissen gehandhabt werden. Sie sind oft giftig, ätzend, brennbar, explosiv, radioaktiv und – last, not least – äußerst reaktionsfreudig.

So wie es noch vor Jahrzehnten, in den Kinderschuhen der Großchemie, in Hinterhöfen still vor sich hinbrodelte, ist Produktion heute nicht mehr möglich: Die aufgrund ständiger Erfahrung einschätzbar gewordenen Gefahren stellen Anlagenbauer und -betreiber immer wieder vor neue Aufgaben. „Gefahr erkannt – Gefahr gebannt" gilt für die Sicherheit von Atomkraftwerken und Erdölraffinerien, für Kohleveredelungsanlagen, bei der Herstellung von Unkrautvertilgungs- und Schädlingsbekämpfungsmitteln.

Betriebe zur Produktion von Halogenen und Schwefelverbindungen, phosphor- und stickstoffhaltigen Düngemitteln, Acetylen und deren Kunststoff-Folgeprodukten. Fabriken zur Herstellung von Kunstharzen und synthetischem Kautschuk arbeiten auf diesem hohen Niveau. Heute ist es zur Selbstverständlichkeit geworden, schon am grünen Tisch durchzuspielen, wie man einen ungewollten Temperatur-Anstieg im Chemie-Reaktor begegnet, was zu tun ist, wenn Behälter mit toxischen Stoffen korrodieren oder Mischer für staubförmige Güter lokale Erhitzungen durch Reibung erfahren: Gegenmaßnahmen liegen fest, sind oft erprobt.



Was darf dieser Aufwand letztendlich kosten? Wieviel Geld für das Erreichen der relativen Sicherheit ausgegeben werden kann, hängt von den Maßstäben ab, die der Gesetzgeber entwickelt. Der Techniker kann und muß aufgrund seiner Erfahrung die Kosten nennen, die entstehen, wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Schadens oder einer Gefahr verändert werden soll; das ist sein Beitrag.

Wenn höchste Anforderungen gestellt werden müssen, kann ein Prüfungsaufwand durchaus das Dreifache des Aufwandes für die Herstellung betragen. Zwangsläufig ergibt sich ein interdiszipinäres Zusammenspiel von Anlagenbau, Elektronik und Werkstoffwissenschaften, um z.B. ferngesteuerte Anlagenüberwachungen zu konzipieren.

Aus unserer Grafik ist ersichtlich, daß das Arbeitsunfallrisiko gegenüber dem Verkehrs- und Freizeit-Unfallrisiko bei weitem das kleinste ist. Am Gesamtunfallrisko ist der Arbeitsunfall sogar mit nur etwa 15 % beteiligt. Das typische Chemie-Risiko für einen in der Chemie Beschäftigten macht im mittleren Lebensalter nur ein Prozent des ohnehin schon zu tragenden Risikos aus. Durch einen typischen Chemieunfall (Explosion, Verätzung, Vergiftung) sein Leben zu verlieren, liegt in der gleichen Größenordnung wie das Risiko, durch Ertrinken zu Tode zu kommen.

Berücksichtigt man die Tatsache, daß die meisten Unfälle, gerade in der chemischen Industrie, lokal eng begrenzt sind und daß die Auswirkungen von Unglücken stets exponentiell mit der Entfernung abnehmen, so wird man davon ausgehen können, daß Bewohner der Umwelt von Chemiewerken im Mittel um Größenordnungen sicherer sind als Beschäftigte in einem Chemiewerk.

Wie man sieht, ist schon in unmittelbarer Nachbarschaft eines Chemiewerkes das industriebedingte Hintergrundrisiko gegenüber den anderen Risiken des täglichen Lebens kaum feststellbar.

Ein Unterlaufen der vom Gesetzgeber verlangten Sicherheitsinvestitionen – wie im indischen Bophal geschehen – ist bei uns ausgeschlossen. *Eine Umweltkatastrophe mit* Tausenden von Toten und Verletzten ist nach Ansicht von Experten durch Mehrfachabsicherung der Anlagen nicht möglich. Zieht man einschlägige Statistiken zu Rate, weist die Bundesrepublik – bei einem Anstieg der Investitionen für Sicherheitseinrichtungen in den letzten Jahren – einen kontinuierlichen Abfall der tödlich verlaufenden Unfälle auf.



Dieter Thierbach
FOTO: HÖFT

Mit Technik und Umwelt befreundet

Am Arbeitsplatz, im Privatleben, nicht zuletzt in der Freizeit wird den Bürgern wachsendes Verständnis für die Technik und deren naturwissenschaftliche Zusammenhänge abverlangt. Wissenschaft indes muß kein Buch mit sieben Siegeln bleiben. Zukunftsthemen auch dem Laien verständlich und transparent zu machen, war schon immer das Ziel der WELT-Berichterstattung: Nicht professoral-theoretische Wissenschaftlichkeit, sondern Darstellung praxisbezogener Thematiken mit ihren naturwissenschaftlich-technischen Grundlagen.

Die WELT erkennt an der Reaktion ihrer Leser, wie stark das Interesse an Zukunftsthemen geworden ist. Redaktion und Verlag haben sich deshalb entschlossen, dem gestiegenen Informationsbedürfnis nachzukommen, das Angebot zu erweitern und unter der Rubrik „Umwelt – Forschung – Technik" zu konzentrieren. Medizin, Mikroelektronik und Gentechnologie, um nur einige Beispiele zu nennen, werden hier ihren Platz finden.

Dem Sektor „Umwelt" kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Umfragen zeigen: Die Bürger sehen nicht nur Gefahren; sie sind auch bereit, dagegen anzukämpfen.

Alarmmeldungen dienen selten der *Information. Unser Ziel ist die* aktuelle Hintergrundinformation. So wollen wir zeigen, wie Unternehmen und Branchen spezifische Umweltprobleme technisch und wirtschaftlich lösen – oder auch nicht. Ziel dabei ist, Erfolge herauszustellen und zu verdeutlichen, wie durch Umwelttechniken neue Arbeitsplätze entstehen.

Ein Blick ins Innere des Herzens

Japanische Mediziner entwickeln neuartiges Glasfaser-Endoskop zur Gefäßdiagnose

JOCHEN AUMILLER, **München**

Wer im Herzen noch etwas Romantisches und Sentimentales sieht, ist sicher kein Kardiologe. Für die Herzspezialisten geht es um einen Hochleistungs-Pumpmuskel, der zahlreichen Störfaktoren ausgesetzt ist. Und die Verpflanzung einer totalen Herzprothese auf den Menschen hat überdeutlich *demonstriert*, daß offenbar mechanische Probleme im Vordergrund stehen: das Herz als Verschleißorgan, das letztlich ersetzbar ist, entweder durch ein anderes biologisches Spenderherz oder aber durch eine Kunststoffprothese.

Die Kardiologie ist immer stärker zu einer technischen Disziplin geworden. Eine völlig neue Betrachtungsmethode wurde kürzlich von einem japanischen Team vorgestellt. Ähnlich wie man den Magen mit einem Endoskop heute von innen betrachten kann, wird man vermutlich schon in wenigen Jahren auch die Koronargefäße mit einem miniaturisierten Glasfaserkatheter inspizieren können.

K. Inoue, Tokio, stellte den Prototyp eines solchen Angioskops vor. Das Gerät hat einen Durchmesser von unter 5 mm und eine Länge von 160 cm. An der Spitze befindet sich eine Xenon-Lampe. Wenn das Gerät sich in einem Blutgefäß befindet, wird erst einmal eine physiologische Salzlösung gespritzt, um das Blut an der Gerätespitze zu verdrängen und die Sicht auf die Gefäßwände freizugeben. Man kann Gefäßaufzweigungen, Gefäßschäden und auch Thromben erkennen. Es ist durchaus vorstellbar, daß die Endoskopie für die *Diagnose* von *arterioskierotischen* Veränderungen, Thromben und Herzklappenfehlern eingesetzt wird. Darüber hinaus könnte mit ihr der Erfolg therapeutischer Maßnahmen überprüft werden.

Als Therapie des akuten Infarktes setzt sich immer mehr die sogenannte Thrombolyse durch. Dabei wird mit *speziellen Enzymen* versucht, die Blutgerinnsel, die das Koronargefäß verlegen, wieder aufzulösen. Am häufigsten eingesetzt wird dazu die Streptokinase, die entweder direkt in die Koronargefäße oder aber intravenös gespritzt wird. Zwar läßt sich häufig nachweisen, daß die Gerinnsel regelrecht wegschmelzen und damit das Blut wieder ungehindert durch die Koronarien fließen kann.

Der heikle Punkt besteht jedoch in der Langzeitprognose. Bleiben die Gefäße tatsächlich offen, oder gehen sie schon bald wieder zu – das ist die entscheidende Frage, die derzeit mit aufwendigen kontrollierten Studien geprüft wird.

Inzwischen kombinieren bereits einige Kardiologen die Thrombolyse und die Dilatation. Mit an der Spitze dieser aggressiveren Infarkttherapie ist die Mainzer Gruppe um W. Meyer. Aber auch dieses Kombinationsverfahren muß erst nachweisen, daß es besser ist als konventionelle Techniken.

Auf dem Gebiet der Thrombolyse zeichnet sich ein entscheidender Fortschritt ab. Während die bisher eingesetzten Enzyme das Gerinnungssystem als Ganzes beeinflussen, ist inzwischen eine spezielle, vom Körper selbst produzierte Substanz isoliert worden, die ausschließlich am Thrombus angreift und die Gerinnungskaskade ansonsten intakt läßt. Es handelt sich um den Plasminogen-Aktivator, der inzwischen bereits gentechnologisch produziert wird und der in ersten klinischen Prüfungen seine Tauglichkeit bewiesen hat. In der Bundesrepublik hat sich die Firma Thomae, Biberach, die Lizenz für den Plasminogen-Aktivator gesichert und erste klinische Prüfungen eingeleitet.

Ein Kapitel „Kardiologische Futurologie" ist bislang noch die Idee, mit Laser-Angioskopen die arteriosklerotischen Schutthalden in den Gefäßwänden der Koronarien zu beseitigen. Die ersten Erfolge im Tierversuch freilich sind schon verblüffend. Es ist inzwischen gelungen, die Laser so zu miniaturisieren, daß sie in die Koronarien eingeführt werden können.

Das Laserlicht verdampft nicht nur die Kalkablagerungen, sondern schweißt auch Löcher in die Gefäßwand. Mit diesem Hauptrisiko müssen die Forscher noch fertig werden. Man setzt hierbei *auf sogenannte* gepulste Laser. Der Hauptvorteil des Lasers soll in seiner Einsatzbreite liegen. Besonders schlimme Verengungen sind seine Spezialität.

Es existieren auch tierexperimentelle Hinweise, daß der arteriosklerotische Prozeß nach dem Laser-Einsatz, zumindest in dem behandelten Areal, nicht weiter angeheizt, sondern eher verlangsamt wird. Man schätzt, daß diese Laser-Technik in drei bis vier Jahren Einzug in die Klinik halten wird.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Neue Algenart entdeckt

Washington (DW.) – Amerikanische Wissenschaftler haben im Atlantik eine bisher unbekannte Algenform in einer Wassertiefe gefunden, in der nach wissenschaftlichen Erkenntnissen pflanzliches Leben bisher für unmöglich gehalten wurde. Mark M. Littler, Leiter der biologischen Abteilung am naturhistorischen *Museum in Washington, ent*deckte die rote Algenart vor den Bahamas in einer Tiefe von 270 Meter. Bislang war man davon ausgegangen, daß sich pflanzliches Leben nur bis zu einer Wassertiefe von etwa 200 Metern entwickeln kann. Nur bis in diese Tiefe dringt jenes eine Prozent des Sonnenlichts durch, das als Voraussetzung für die Photosynthese – den *Lebensprozeß der Pflanzen* – gilt. Die neu entdeckte Alge kommt jedoch mit nur 0,0005 Prozent des Lichtes aus. Die Botaniker glauben, daß ihre Entdeckung neue Erkenntnisse über die Lebensvorgänge im Wasser ermöglicht.

Laser für Nachbehandlung

Wiesbaden (DW.) – Die Augenklinik der Universität Gießen erhält jetzt einen sogenanntnen NEODYN-*YAG-Laser zur Nachbehandlung* von Star-Operationen. Seit Jahren beschäftigt sich die Gießener Augenklinik mit der Mikrochirurgie des vorderen Augenabschnitts. Komplikationen treten häufig nach der Kunstlinsenimplantation bei Star-Operationen auf. Früher war ein chirurgischer Eingriff unumgänglich. Heute dagegen durchtrennt der Laserstrahl ohne Öffnen des Augapfels die Membran beim Nachstar. Er transportiert eine extrem hohe Energie im Bruchteil einer Sekunde in den vorderen Augenabschnitt, ohne die Netzhaut zu gefährden.

Schädliche Auftaumittel

Berlin (dpa/rtr) – Vor angeblich umweltfreundlichen Auftaumitteln, die oftmals auch die Bezeichnung „öko" im Namen führen, hat das Umwelt*bundesamt gewarnt. Die Berliner* Behörde wies darauf hin, daß diesen Werbeaussagen zufolge solche Streumittel salzfrei, ökologisch unbedenklich und genauso wirksam wie Streusalz seien. In Wirklichkeit werde mit diesen chemischen Auftaumitteln der Umwelt ein Bärendienst geleistet. Denn nur abstumpfendes Streugut wie Sand, Kies, Splitt oder Granulat, sei umweltfreundlich.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Friedensvertrag notwendig

„Wie endgültig ist die Oder-Neiße-Linie?": WELT vom 24. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

für den ausgezeichneten Artikel von Bernt Conrad zur Oder-Neiße-Linie meinen herzlichen Dank! Es gibt ja nicht mehr viele Zeitungen in Deutschland, die in einer solch sach*lich-fundierten* Weise darüber berichten können. Vielleicht darf ich zu einzelnen Aspekten noch einige Anmerkungen anfügen:

1. Die Übergabe der deutschen Ostgebiete im März 1945 durch Stalin an Polen stellt einen klaren Bruch der Beschlüsse von Jalta dar. Gerade weil sich die Alliierten über den Umfang der deutschen „Kompensation" an Polen nicht einigen konnten, blieb diese Frage im abschließenden Kommuniqué offen. Stalin schuf hierbei vertragswidrig vollendete Tatsachen.

2. Der Griff nach Königsberg und dem nördlichen Ostpreußen ist ein Akt reiner sowjetischer Eroberungslust! Konnte Stalin bei der Einverleibung Ostpolens, Bessarabiens und der baltischen Staaten noch darauf verweisen, daß diese Gebiete vor 1914 zu Rußland gehört hätten, stach dieses Argument im Falle Ostpreußens überhaupt nicht – das gleiche gilt natürlich auch für die Karpatho-Ukraine wie für die Nordbukowina. Daß dies alles im klaren Widerspruch zum Annexionsverzicht der Atlantik-Charta stand, die doch der Hitlerischen Eroberungspolitik gewissermaßen ein Kontrastprogramm entgegenstellen sollte, störte 1943 in Teheran weder die Verfasser der Charta noch die beigetretene Sowjetunion.

3. Die Oder-Neiße-Linie nahm und nimmt im Ost-West-Konflikt eine seismographische Funktion ein: Zu Zeiten, in denen sich die Anti-Hitler-Koalition über die Zerschlagung und Zerstückelung Deutschlands einig war, spielte diese Frage in der interalliierten Politik keine besondere Rolle. Als jedoch der machtpolitische Gegensatz zwischen den USA und der UdSSR offenkundig wurde, *änderte sich entsprechend auch die* amerikanische Politik: Sie stellte gemäß den Potsdamer Beschlüssen die Vorläufigkeit dieser Grenzziehung heraus. Schließlich wollte man jetzt die Deutschen auf seiner Seite wissen!

4. Die formelle und materielle Vorläufigkeit der Oder-Neiße-Linie hat Bernt Conrad in seinem Artikel zu Recht hervorgehoben. Alle diesbezüglichen internationalen Verträge – wie die Ostverträge oder die KSZE-Akte – lassen die alliierten Siegerrechte des Potsdamer Abkommens unberührt. Aber zu diesen Rechten gehört auch die Pflicht zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland, der die Grenzen dieses Deutschlands erst festlegen wird.

5. Auch für politische Entwicklungen gilt das „Alles fließt" der alten Griechen. Die machtpolitischen Grenzlinien von 1945 werden nicht die letzten sein, die Europa erleben wird. Hoffentlich werden es dann solche sein, die von allen betroffenen Völkern als gerecht empfunden werden. Solange es aber in Moskau und Warschau Politiker gibt, die fremdes Land behalten oder fremde Ländereien noch dazuerobern möchten, dürfte wohl ein wahrer Ausgleich und echter Friede schwer erreichbar sein.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. S. Pelz,
Großhansdorf

„Nächstenhilfe ignoriert"

„Leserbrief: Vom Kriegsende": WELT vom 19. Dezember

Ende des Krieges fuhr ich auf Boot „M 611" der 2. Minensuchflottille. Wir lagen Anfang Mai 1945 im Hafen von Sonderburg. Am 4. Mai 1945 meuterte ein Teil der Besatzung des Minensuchbootes *„M 612" der 2. M/S Flottil*le.

Das Boot lief von Sonderburg aus und sollte Verwundete aus Kurland abholen. Ein Teil der Besatzung setzte die Offiziere fest und beabsichtigte, Kurs auf Kiel zu nehmen, um sich den Engländern zu ergeben. Boot „M 612" wurde von einem Schnellboot zur Rückfahrt nach Sonderburg gezwungen. 11 Mann der Besatzung wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Unsere Besatzung war sehr betroffen. Aber was wäre geschehen, wenn solche Ausnahmefälle Schule gemacht und die Kriegsmarine versagt hätte?

In diesen dramatischen Wochen wurden durch die Seeleute der deutschen Kriegs- und Handelsmarine Hunderttausende, darunter sehr viele Verwundete und sehr schwer verwundete Kinder gerettet. Die Marineangehörigen sind nie dafür gefeiert worden.

Bedauerlich, daß auch Herr Siegfried Lenz in seinem Buch und Fernsehfilm diesen Dienst der Nächstenhilfe völlig ignoriert. Kürzlich las ich in einem Lexikon, Herr Lenz sei Ende des Krieges als Angehöriger der Kriegsmarine in Dänemark desertiert, als die Rettungsaktion auf vollen Touren lief.

Mit freundlichen Grüßen
G. Schlaegel,
Bad Neuenahr

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Keine Kontrolle

„In den Rathäusern an Rhein und Ruhr": WELT vom 27. Dezember

Was von Ministerpräsident Rau und den Beteuerungen, nicht mit den Grünen zusammenzugehen, zu halten ist, zeigt, daß er das rot-grüne Bündnis beim Landschaftsverband Rheinland (übrigens das halbe Land NRW) nicht verhindert hat und daß er dazu schweigt, obwohl er brüskiert wurde.

Vordergründig sieht es da nach Postenschacher für den landesweit unbekannten linken Genossen Jürgen Wilhelm und eine politikkundige Grüne aus. Wichtig ist aber, daß die SPD den Grünen einen Sitz in den Ausschüssen als Zünglein an der Waage verschafft und sich offenbar grüne Vorstellungen zu eigen gemacht hat. Dr. Wilhelm sprach, es werde „gewisse Akzentuierungen" im Straßenbau usw. geben, also nicht nur Verzögerungen.

Zu diesem rot-grünen Bündnis konnte es nur kommen, weil die Mitglieder der Landschaftsversammlung von den Kommunalparlamenten gewählt werden, also nicht vom Bürger. Ein *Wahlprogramm für die Fraktio*nen der Landschaftsversammlung besteht nicht. Politisch kontrolliert sie kein Gremium der Parteien, der Bürger schon gar nicht. Sitzungen werden nicht in der Presse bekanntgegeben. Aber Milliarden werden ausgegeben. So können Absprachen getroffen werden, ohne daß dies dem Willen der Wähler entspricht oder von den Parteigremien im Rheinland gebilligt wird.

Diese Art Demokratie sollte schleunigst geändert werden. Ministerpräsident Rau muß Stellung nehmen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. H. Koerth,
Bergisch Gladbach

Schon wieder

„Mörder Popieluszkos glaubten an Geheimbefehl von ganz oben": WELT vom 28. Dezember

Sehr geehrte Redaktion,

genau das ist der Tatbestand in dieser Herrschaft der gebietsbegrenzten und deswegen der Macht ausweglos ausgelieferten Bürokratie, daß sich der Täter, ob als physischer Mörder oder als psychischer Rufmörder auf den Befehl von ganz oben beruft. Die Menschen werden zu willigen und billigen Werkzeugen des bürokratischen Systems, das Orwell in seinem *Buch „1984" genauer beschrieben* hat. Hier im Falle des Priesters Popieluszko hat es seine Wirklichkeit erreicht. Wir bilden uns alle ein, daß wir das Jahr 1984 gut über die Runden brachten. Die Zeitungen sind voll des Lobes und posaunen aus, daß ja alles nicht so schlimm sei, wie Orwell es beschrieben habe.

Ich bin der Meinung, daß an diesem Fall deutlich genug geworden ist, welche Station des bürokratischen Mordens der Andersdenkenden wir ereicht haben, nicht nur in der östlichen Welt, sondern auch in der westlichen, denn was dort der physische Mord ist, das ist bei uns der psychische Rufmord, den wir täglich erleben können, wenn wir die Zeitungen aufmerksam lesen. Wer anders denkt und anders ist oder sich anders als dem bürokratischen Weltbild eingepaßt äußert oder lebt, der ist schon verdächtig und dem Argwohn der räumlichen und geistigen Nachbarn ausgesetzt, die alle zusammen gewissermaßen auf „Befehl von oben" darüber wachen, daß jeder eingepaßt bleibt in dieses mehr und mehr der kaltherzigen und alles vereinheitlichenden Bürokratie anheimfallende Gemeinwesen und daß es nicht durch Andersdenkende fraglich gemacht wird, die hierzulande leider nicht Dissidenten werden können, sondern den Neid und die Mißgunst ertragen müssen. Sie werden gezüchtet von einer die soziale Gleichheit auf ihre *im Winde des kapitalistischen Wohl*standes wehenden Fahnen schreibende Politik.

Bürokratische Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse und soziale Gleichheit haben einen starken Bund geschlossen und vernichten alles, was anders ist, als sie es sich zur Erhaltung ihrer Macht vorstellen und mit unser aller Geld täglich und stündlich in riesenhafter Gigantik planen. Sie planen das eiserne Gehäuse, in dem wir und unsere Kinder dereinst leben werden wie die altägyptischen Fellachen, wie es Max Weber sagte.

„Befehl von ganz oben!" – Erinnert das nicht fatal an die Jahre meiner Jugend? – „Befehl von ganz oben!" – ist das das Schicksal meiner Kinder, die die Chance haben, entweder Henker oder Märtyrer zu werden? – Und das Bemerkenswerteste ist, daß derjenige, auf den sich die Mörder berufen, von alledem nichts wußte. Das hat doch ungeheuer viele Parallelen zu dem, was wir heute über die Vergangenheit hören und von dem wir unseren Kindern täglich sagen, daß es nicht wiederkommen darf. Dabei steht es bereits in unser aller Herzen. Von dort kann es, wenn wir nicht Obacht geben, sehr bald losbrechen, denn auch der Haß, das Unrecht und die Lüge gehen durch das Herz.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. H. Steincke,
Michelbach/Bilz

Unzutreffend

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir beziehen uns auf Ihren Artikel unter der Überschrift „Clearing-Banken/Zwei Ebenen im Girosystem – Monopol wird aufgehoben" in der Ausgabe DIE WELT vom 14. Dezember 1984, in dem Sie u. a. schreiben „so werden zum einen die ausländischen Institute Citibank und Standard Chartered Bank über ihre Londoner Niederlassungen zu den ersten offiziell zugelassenen britischen Clearing-Banken in ausländischem Besitz".

Diese Angabe ist, soweit es unser *Haus betrifft, unzutreffend.* Es handelt sich lediglich bei der Citibank um eine ausländische Bank, während die Standard Chartered Bank ihren Sitz in London hat und immer hatte und eine britische Bank ist.

Mit freundlichen Grüßen
Werner Neumann, Geschäftsleiter
Hamburg 1

Wort des Tages

„Bedenkt nur: Wäre die Eigenliebe der Menschen auf die Hälfte herabgesetzt, die Liebe zu den Menschen auf das Doppelte erhöht – es würde dies eine so große Umwälzung aller menschlichen Dinge und dadurch auch des ganzen gesellschaftlichen Beieinanderlebens bedeuten, wie keine Revolution sie jemals erreicht hat oder erreichen wird."

Giovanni Papini; ital. Schriftsteller (1881–1956)

Personalien

GEBURTSTAG

Der geschäftsführende Gesellschafter des Berliner Walter de Gruyter Verlags, **Kurt-Georg Cram**, feierte gestern seinen 65. Geburtstag. Der Enkel des Verlagsgründers **Walter de Gruyter** studierte unter anderem in seiner Geburtsstadt Berlin, in Göttingen und in New York und trat 1963 in die Geschäftsleitung des Unternehmens ein. Der gelernte Buchhändler und promovierte *Historiker* war vor *allem* für die Internationalisierung des Programms und die Expansion des Verlages in den USA verantwortlich. Von 1965 bis 1968 gehörte Cram dem Vorstand des Börsenvereins für den Deutschen Buchhandel zu Frankfurt am Main an.

MILITÄR

Am 1. April 1985 wird der neue Befehlshaber im Wehrbereich V in Stuttgart Brigadegeneral **Frank Schild**, bisher Abteilungsleiter Planung im Hauptquartier Alliierte Streitkräfte Europa Mitte (AFCENT) im niederländischen Brunssum. Der bisherige Befehlshaber Generalmajor **Ruprecht von Butler** tritt dann in den Ruhestand. Auf Schilds Posten wird Brigadegeneral Dr. **Dietrich Genschel**, Stabsabteilungsleiter im Führungsstab der Streitkräfte des Bundesverteidigungsministeriums in Bonn, versetzt. Ihm folgt Oberst **Werner von Scheven**, Kommandeur der Panzerbrigade 15 in Koblenz. Sein Nachfolger wird Oberst i. G. **Eckhard Stuart**, Organisationsstabsoffizier im Internationalen Militärstab (IMS) in Brüssel. Generalmajor **Walter Hoffmann**, Stellvertretender der Kommandierender General des III. Korps in Koblenz, tritt am 31. März 1985 in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Brigadegeneral Dr. **Michael Schwab**, Stellvertretender Kommandeur der 2. Panzergrenadierdivision in Kassel. Für ihn kommt Oberst i. G. Dr. **Othmar Hackl**, Amtschef des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg. Sein Nachfolger dort wird Oberst Dr. **Günter Roth**, Kommandeur der Luftlandebrigade 27 in Lippstadt. Ihm folgt Oberstleutnant i. G. **Ernst Richstein**, Referent des Führungsstabes des Heeres in Bonn.

AUSZEICHNUNGEN

Der Zoologe Professor **Hubert Markl** von der Universität Konstanz ist der erste Träger des mit 25 000 Mark dotierten Preises für deutsche Wissenschaftssprache, den das bayerische Kultusministerium als Karl-Voßler-Preis verleiht. Die Auszeichnung soll dem gebürtigen Regensburger im Februar in der bayerischen Akademie der Schönen Künste überreicht werden. Der Preis wird künftig im Zwei-Jahres-Abstand wissenschaftliche Leistungen von literarischem Rang anerkennen. Die Jury würdigte Markl als einen Meister der wissenschaftlichen Prosa, der in deutscher und englischer Sprache geschrieben hat. Der Zoologe sei ein „Virtuose des Analogiedenkens", der geschickt Grundfragen der Biologie am Denkmodell der freien Wirtschaft mit ihrem „unnatürlichen" Gegenmodell der Planwirtschaft erläutere und sich als Naturwissenschaftler in seiner Forschung und ihrer Vermittlung im Kulturbewußtsein gezeigt habe. Der Preis ist nach dem 1949 in München verstorbenen Romanisten **Karl Voßler** benannt.

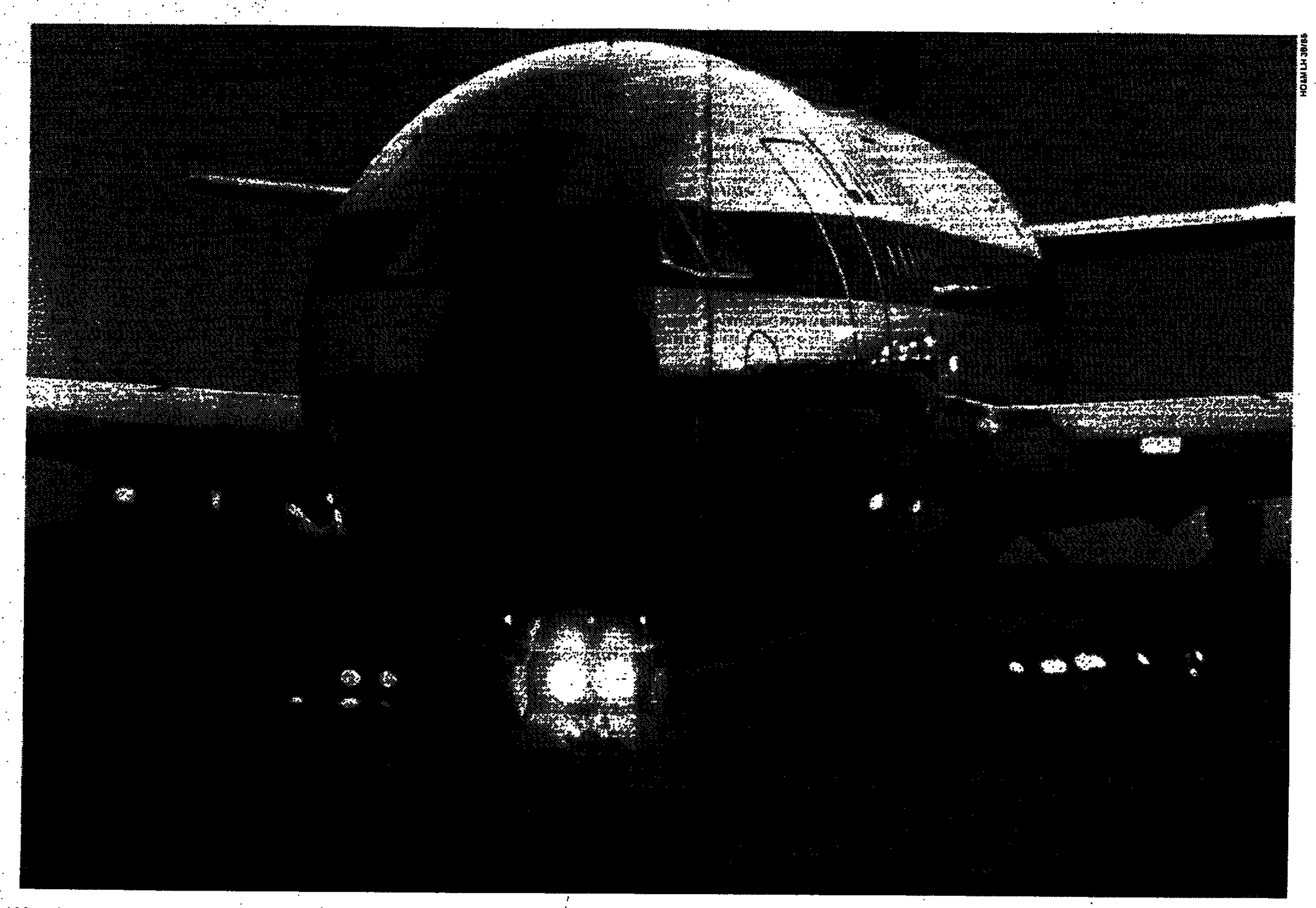
*

Professor Dr. **Heinz Rölleke** erhält am Freitag aus Anlaß des 200. Geburtstags der Gebrüder **Jacob** und **Wilhelm Grimm** den Kulturpreis des Landes Hessen. Rölleke, der an der Bergischen Universität und Gesamthochschule Wuppertal im Fachbereich Sprach- und Literaturwissenschaften deutsche Philologie und Volkskunde lehrt, ist heute unter den Germanisten der maßgebliche Forscher für die Grimmschen Märchen.

*

Die höchste Auszeichnung der Stadt Osnabrück, die Justus-Möser-Medaille, erhielt der Unternehmer **Wilhelm Karmann**. Karmann, der maßgeblich an der Entwicklung des ersten Volkswagen-Cabriolets mitwirkte, ist Vorsitzender der Geschäftsführung der Wilhelm-Karmann-GmbH mit rund 5900 Mitarbeitern. 1971 gründete der 70jährige eine Stiftung, aus deren Mitteln unter anderem der Aufbau einer Sammlung technischer Geräte im Kulturgeschichtlichen Museum der Stadt finanziert und der Bau eines Südamerika-Hauses im Osnabrücker Zoo ermöglicht wurden. Die Justus-Möser-Medaille, benannt nach dem Osnabrücker Staatsmann, Geschichtsschreiber und Juristen **Justus Möser** (1720–1794) ist seit 1944 an 24 Persönlichkeiten und Institutionen vergeben worden, darunter der Schriftsteller **Erich Maria Remarque**, der frühere Bundespräsident **Theodor Heuss** und die karitative Einrichtung „Terre des Hommes".

Fürs Tagesgeschäft.



Morgens hin, abends zurück. Für einen Geschäftsreisenden muß ein optimaler Flugplan so aufgebaut sein, daß er seine Geschäfte bequem an einem Tag erledigen kann. Darauf hat sich Lufthansa eingestellt: Alle Ziele in Deutschland und viele in ganz Europa können Sie vormittags erreichen und abends wieder zu Hause sein. Dadurch verlieren Sie erstens keine Zeit durch Übernachtungen und haben zweitens mehr von Ihrer Familie. Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.



Weinberger hat sich durchgesetzt

● Fortsetzung von Seite 1

herstellen". Getrennte Gespräche hätten nach amerikanischer Auffassung aber den Vorteil, eine Wiederaufnahme der START- und INF-Verhandlungen in einer anderen als der bisherigen Form zu ermöglichen, was den Sowjets Gesichtsverlust ersparen würde.

Das Weiße Haus hat in den letzten Tagen noch einmal bekräftigt, daß man mit einem hohen Maß an Flexibilität und Geduld in den Genfer Dialog gehe. Zugleich jedoch hat es mit Nachdruck alle zu hohen Erwartungen, die an diese Gespräche geknüpft werden könnten, abgekühlt. Ein hoher Beamter des Weißen Hauses erklärte: „Wir stehen erst am Anfang eines langen, mühsamen und komplizierten Prozesses. Die von uns angestrebte Neuorientierung der Nuklearstrategie setzt auf beiden Seiten lange Denkprozesse voraus."

Der bisherige Chef-Unterhändler bei den INF-Verhandlungen, Paul Nitze, bestätigte am Neujahrstag einen Bericht der „Washington Post", daß er nicht die Absicht habe, als amerikanischer Chef-Unterhändler von nuklearen Abrüstungsverhandlungen zu fungieren, die aus dem bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Dialog in Genf resultieren könnten. Eine Begründung dafür gab er nicht. In einigen Spekulationen werden familiäre Probleme des 77jährigen Nitze angegeben, der als einer der erfahrensten amerikanischen Abrüstungsexperten gilt.

Das Bemerkenswerte an dieser Mitteilung ist, daß Nitze von einer Position zurücktritt, mit der er offiziell noch nicht betraut worden ist. Präsident Reagan hatte ihn vor 14 Tagen lediglich zum „Spezialberater" von Außenminister Shultz in nuklearen Abrüstungsfragen ernannt. Nitze ist offensichtlich bereit, diese Funktion auch nach dem Genfer Dialog weiter auszuüben.

rtr, Moskau

Nach Ansicht der Sowjetunion bereitet die US-Regierung die amerikanische Öffentlichkeit jetzt schon auf ein negatives Ergebnis der Genfer Gespräche zwischen Shultz und Gromyko vor. Wie der Kommentator Jurij Kornilow von der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass gestern schrieb, wiederholt die US-Regierung immer wieder, sie sei nicht bereit, die Pläne für ein im Weltraum stationiertes Raketenabwehrsystem fallenzulassen.

Tankerkrieg im Golf geht auch 1985 weiter

Seit 1983 wurden mehr als 40 Schiffe getroffen

PETER M. RANKE, Athen

Zum Jahresende verkündete eine Rundfunkmeldung aus Bagdad, daß die irakische Luftwaffe ein „großes Seeziel" südlich der iranischen Insel Kharg getroffen habe. Ob es sich dabei um einen Tanker handelte, blieb bisher unklar. Sicher ist jedoch, daß der gegenseitige Tanker-Krieg gegen die Ölexporte Irans und auch Iraks im neuen Jahr mit Sicherheit weitergehen wird.

Erst in der vergangenen Woche hatten iranische Kampfflugzeuge mit Raketen den spanischen Supertanker „Aragon" angegriffen, der sich auf dem Weg zu den saudischen Verladepiers von Ras Tanura befand. Es gab Schäden, aber keine Verluste. Zuvor war der indische Tanker „Kanchenjunga" bombardiert worden, wahrscheinlich wieder durch iranische „Phantoms". Die „Kanchenjunga" befand sich jedenfalls in arabischen Gewässern.

Der Tanker-Krieg, durch den bisher mehr als 40 Schiffe im Golf getroffen worden sind, wurde im Frühjahr 1983 von Irak begonnen, nachdem Frankreich an Bagdad Exocet-Flugkörper und Super-Etendard-Kampfbomber geliefert hatte. Diese Exocet-Flugkörper, die von Argentinien vor den Falklandinseln eingesetzt wurden und mit denen auch deutsche Schnellboote und Zerstörer ausgerüstet sind, erwiesen sich als wirksamer als die iranischen Luftangriffe gegen Tanker. Die Iraner setzen veraltete amerikanische Luft-Schiff-Raketen ein und bemühten sich in Nordkorea um moderne Waffensysteme.

Ölversorgung gesichert

Angesichts der Ölschwemme auf den Weltmärkten hat der Tanker-Krieg im Golf die westliche Versorgung nicht beeinträchtigt. Fachleute rechnen nicht damit, daß dies in Zukunft anders sein wird. Die iranische Ölverschiffungsinsel Kharg wird zur Zeit kaum angelaufen, Japaner und Asiaten können sich aus anderen Quellen eindecken. Allerdings können sich die allgemeinen Frachtraten vom Golf nach Europa verteuern, nachdem Ägypten die Suezkanal-Gebühren zwischen 3,5 und 3,7 Prozent erhöht hat und die Versicherungsprämien für die Tankerschiffahrt im Golf auf das Dreifache des Vormonats gestiegen sind.

Der gegenseitige Tanker-Krieg trifft Iran härter als Irak, das den Ölexport über den Golf schon 1980 einstellen mußte, weil die Verladepiers von Fao zerbombt wurden. Irak hat statt dessen sein Pipeline-System verbessert, so daß jetzt täglich bis zu 1,2 Millionen Barrel Rohöl über die Türkei geliefert werden können. Eine Pipeline von den südirakischen Feldern durch Saudi-Arabien zum Roten Meer ist im Bau. Außerdem wird irakisches Rohöl mit Tankwagen zum jordanischen Hafen Akaba gebracht.

Teherans neue Pipeline

Wegen der weitgehenden Abschnürung der Ölinsel Kharg ist der iranische Ölexport jetzt auf unter eine Million Barrel am Tag gesunken, damit auch die Deviseneinnahmen. Teheran will deshalb eine Pipeline zur weit *entfernten Ölinsel Lavan nahe* der Straße von Hormuz bauen. Zur Sicherung von Kharg hat die iranische Kriegsmarine Pontons mit fünf Meter hohen Stahlwänden verankert, die den Exocet-Flugkörpern eine Schiffswand vortäuschen. Wieviele der angeblich getroffenen „Seeziele" nicht Tanker waren, sondern diese Pontons, ist ein wohl gehütetes Geheimnis des Mullah-Regimes. Außerdem wurde die Liegezeit der Tanker an den Piers und Verladebojen in Kharg auf sechs bis acht Stunden verkürzt.

Zwar schaden Irak und Iran einander wirtschaftlich durch den Tanker-Krieg, aber da es selten Totalverluste von Tankern und nur gelegentlich Verluste unter den Mannschaften gibt, nimmt die internationale Tankerschiffahrt den Tanker-Krieg eher resignierend hin. Tanker-Frachtraum gibt es genug, und die Konkurrenz ist groß. Militärische Beobachter weisen darauf hin, daß selbst die Exocet-Flugkörper allein keinen Supertanker versenken, sondern höchstens in Brand setzen können. U-Boote oder Minen seien eine weit größere Gefahr.

Warnungen und Ermahnungen des arabischen Golfrats an Teheran wie an Bagdad zeigten offenbar keine Wirkung, denn das militärische Gewicht der sechs arabischen Golfrat-Staaten ist noch zu gering. Kuwait und Saudi-Arabien sollen Irak mit einer Verringerung oder Einstellung der finanziellen Unterstützung gedroht haben, wenn die Angriffe gegen Tanker nicht aufhören. Iran soll sogar Finanzhilfe von den Saudis bekommen, wenn es seinerseits auf Tanker-Angriffe verzichtet. (SAD)

Clarks Rücktritt ein Verlust für Reagan

FRITZ WIRTH, Washington

Innenminister William Clark, einer der engsten Vertrauten Präsident Reagans, hat zum Jahresbeginn überraschend seinen Rücktritt angekündigt. Der Jurist, der seit 18 Jahren zum inneren politischen Zirkel um Reagan gehört, will sich aus der Politik zurückziehen und sich ganz seiner Farm in Kalifornien widmen.

Als Begründung gab Clark an, daß er seine Aufgabe im Innenministerium weitgehend als abgeschlossen betrachte. Diese Erklärung hat in politischen Kreisen Washingtons nicht ganz überzeugt, denn Clark hat das Innenministerium erst vor 15 Monaten übernommen. Er informierte Präsident Reagan über seinen Beschluß während des Jahreswechsels in Reagans Urlaubsdomizil in Palm Springs.

Clark will noch zwei Monate im Amt bleiben, bis ein Nachfolger für ihn ernannt worden ist. Als mögliche Kandidaten werden Energieminister Donald Hodel und Senator Paul Laxalt aus Nevada genannt. Laxalt ist ein enger persönlicher Freund Reagans und hat sich als Wahlkampfleiter der letzten Wahl Verdienste erworben.

Clark hatte in den vergangenen Jahren in Washington den Ruf eines politischen „Troubleshooters", der häufig selbst zum Anlaß des Ärgers wurde. Obwohl er keine außenpolitischen Erfahrungen besaß, wurde er 1981 zum stellvertretenden Außenminister ernannt. Seine Hauptaufgabe in diesem Amt war es, die oft stürmischen Beziehungen zwischen dem damaligen Außenminister Alexander Haig und den außenpolitischen Beratern des Präsidenten im Weißen Haus zu entschärfen.

Vor genau drei Jahren wurde Clark zum Sicherheitsberater des Präsidenten ernannt. Er beeinflußte in dieser Rolle in starkem Maße die Südamerikapolitik des Präsidenten und stieß damit vor allem auf den Widerstand des gegenwärtigen Außenministers Shultz. Stets hatte er ein gutes Verhältnis zu Verteidigungsminister Weinberger.

Selbst seine Kritiker stimmen jedoch darin überein, daß er in seinem Amt als Innenminister ein fähiger und kompetenter Adminstrator war. Sein Abgang ist für Präsident Reagan und besonders für den Kern konservativer Politiker innerhalb der Adminstration ein Verlust.

Staatskontrolleur in Israel deckt Finanzskandal auf

Bankmanipulationen brachten Kleinsparer um ihr Geld

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Ein Bericht des Staatskontrolleurs hat die internen Zusammenhänge einer Finanzmanipulation aufgedeckt, die im Oktober vorigen Jahres etwa eine halbe Million israelischer Kleinsparer um ihr Geld brachte. Ihr Verlust wird auf 2,5 Milliarden Dollar geschätzt. Der Staatskasse dürfte ein zusätzlicher Schaden in nahezu gleicher Höhe entstehen.

Es handelt sich hierbei nicht um eine Korruption, denn keiner hat sich dadurch illegal bereichert. Es war eine Sache von Leichtsinn und mangelnder Voraussicht. Auch ist es kein Politikum im hergebrachten Sinn, denn die beiden großen Parteien sind in gleicher Weise involviert.

Das ganze begann, so fand der Staatskontrolleur heraus, vor ungefähr zehn Jahren, als die Banken, mit Zustimmung der Zentralbank, den Handel mit ihren eigenen Aktien zu „regulieren" begannen. Das meint, sie lenkten den Markt so, daß ihre Aktien stets eine attraktive Anlage blieben.

Im Verlaufe der Jahre jedoch wurde aus dieser „Regulierung", die der Staatskontrolleur als unbedenklich betrachtet, eine „Manipulation", die er streng verurteilt. Es gab zwar von Zeit zu Zeit Baissen, aber im allgemeinen galt für die Bankaktien eine andauernde Hausse. Manche stiegen auf das Zehnfache ihres Nennwertes. Die zu erwartende Dividende verlor ihre Bedeutung. Aktien wurden nach dem zu erwartenden Kursanstieg gehandelt. Und da Börsengewinne von nichtberuflichen Anlegern steuerfrei waren, spekulierten Tausende und gewannen oder verloren über Nacht ihr Vermögen.

Spekulant freigesprochen

Ein Mathematiklehrer, der eineinhalb Millionen Dollar an der Börse verdient hatte, wurde vor zwei Monaten von der Anklage der Steuerhinterziehung freigesprochen, weil er beweisen konnte, daß er kein beruflicher Jobber war.

Dies hätte noch Jahre weitergehen können, doch in der zweiten Hälfte 1983 gab es zunehmend Gerüchte über eine bevorstehende Großabwertung des Shekels. Anleger verkauften ihre Bankaktien, um zum Dollar zu flüchten. Es gab einen Run, und die Banken sahen sich gezwungen, ihre eigenen Aktien zurückzukaufen, um deren Kurs zu halten – bis ihnen der Atem ausging, nachdem sie rund eine halbe Milliarde Dollar verausgabt hatten.

Sie stoppten die „Regulierung" ihrer Aktien, die sofort um 15 Prozent und dann um weitere 20 Prozent fielen. Die Regierung mußte eingreifen, weil dies sonst eine Konkurswelle von ungeahnten Ausmaßen ausgelöst hätte und bot den Aktionären an, ihre Aktien in mittelfristige Schuldverschreibungen umzuwandeln.

Dies hat den Staat bereits 600 Millionen Dollar gekostet und wird noch einmal ungefähr 1,9 Milliarden kosten, eine schwer tragbare Belastung für das ohnehin kränkelnde Land.

Kein Schuldspruch

Der lang erwartete Bericht des Staatskontrolleurs hat nun viele neue Einzelheiten über die Entwicklung der Misere aufgedeckt, mehr aber nicht. Er fällte keinen Schuldspruch, denn dies müsse einer regelrechten Untersuchungskommission überlassen werden. Er stellte jedoch fest, daß jede der beteiligten Instanzen noch rechtzeitig hätte einschreiten können, dies aber unterließ: das Finanzministerium, die Zentralbank, das Bankeninspektorat, die Wertpapieraufsichtsbehörde und schließlich die Banken selbst.

Am ehesten könnte die Hauptschuld, obwohl dies der Bericht nur indirekt sagt, dem ehemaligen Finanzminister Yoram Aridor angelastet werden. Er amtierte von Ende 1980 bis zum Krach und führte eine mißverstandene Methode zur Inflationsbekämpfung ein, indem er den Dollar künstlich verbilligte, massive Subventionen gewährte und die Dollarreserven gefährlich reduzierte. Als ihm die Mittel zum weiteren Halten des Dollar ausgingen, kam es zum Krach.

Premierminister Peres hat nun einen Ministerausschuß beauftragt, vorzuschlagen, ob eine Untersuchungskommission eingesetzt werden solle. Er hat bereits öffentlich erklärt, er glaube, es bestehe kein anderer Ausweg. Es liegt zwar nahe, daß eine Kommission nur Einzelheiten ans Licht bringen und nicht viel Neues ermitteln kann, aber die Ansicht herrscht vor, daß eine Kommission zur Beruhigung der empörten öffentlichen Meinung unerläßlich ist. (SAD)

12-Meilen-Zone der „DDR" überrascht Bonn

PETER PHILIPPS, Bonn

Ohne vorherige Absprache mit den am stärksten Betroffenen – Bundesrepublik Deutschland und Dänemark – hat die „DDR" mit Wirkung vom 1. Januar an ihre Territorialgewässer in der Ostsee von bisher drei auf nun bis zu zwölf Seemeilen ausgedehnt. Allerdings sei, wie es in der amtlichen Nachrichtenagentur ADN hieß, in einigen Küstenabschnitten „unter Berücksichtigung der besonderen geographischen Verhältnisse und der Belange der internationalen Schiffahrt" eine geringere Breite festgelegt worden.

Die von diesem Schritt überraschte Bundesregierung will erst einmal den offiziellen Text des Gesetzes abwarten. Jedenfalls werden keine für die Handelsschiffahrt tiefgreifenden Folgen erwartet. Denn selbst wenn in *Zukunft Handelsschiffe die neue*, völkerrechtlich zulässige Zwölf-Meilen-Zone durchfahren müssen, besteht immer für sie die völkerrechtliche Garantie auf „freie Durchfahrt". Da das „DDR"-Außenministerium gestern auch der Bonner Ständigen Vertretung in Ost-Berlin versichert hat, daß der von der deutsch-deutschen Grenzkommission vereinbarte Grenzverlauf in der Lübecker Bucht nicht tangiert werde, sieht man in Bonn in der einseitigen Maßnahme jedenfalls „kein innerdeutsches Problem". Vielmehr wird vermutet, daß sich die Ausdehnung der Territorialgewässer – der wohl bald auch die Festlegung der Wirtschaftszonen auf der Ostsee folgen werde – einpassen lasse in eine neue „Nadelstichpolitik der Sowjetunion":

Offensichtlich wolle Moskau gemeinsam mit seinen verbündeten Ostsee-Anrainern versuchen, durch derartige Maßnahmen einseitig die UNO-Seerechtskonvention gegen die ablehnenden Amerikaner durchzusetzen. Auch die Bundesregierung hatte sich ja nach langem Ringen der US-Haltung angeschlossen und die UNO-Konvention nicht unterschrieben, allerdings den Verzicht auf ein Veto angekündigt, wenn die EG dem Vertrag beitreten werde.

Ganz ohne deutschlandpolitische Problematik ist allerdings der „DDR"-Schritt nicht: In Zukunft gelten innerhalb von zwölf, nicht mehr nur von drei Seemeilen alle „DDR"-Gesetze. Das bedeutet, wie es in Bonn sarkastisch formuliert wurde, daß in Zukunft Flüchtlinge sogar zwölf Meilen über die Ostsee schwimmen müßten, ehe sie in Freiheit seien.

NACHRICHTEN

Volkswagen verzichtet

Hannover (sid) – Das Werksteam von Volkswagen Motorsport verzichtet auf eine Teilnahme an der Rallye Monte Carlo (26. Januar – 2. Februar). Da der neue VW-Vertragsfahrer Joschi Kleint erst kurz vor Weihnachten verpflichtet wurde, bleibt keine Zeit mehr zum Training für die Rallye, die erst seit dem 28. Dezember 1984 gesichert ist.

Ski-Programm gesichert

München (sid) – Schneefälle im Alpenraum haben die Durchführung des alpinen Ski-Weltcup-Programms in den ersten Tagen des neuen Jahres gesichert. Mit dem Herren-Slalom in Bad Wiessee findet morgen das erste der insgesamt sechs vorgesehenen Weltcuprennen in Deutschland statt. Die Damen fahren morgen in Maribor ebenfalls einen Slalom.

Wewering Champion

Düsseldorf (sid) – Heinz Wewering führt auch in diesem Jahr im Trabrennsport die Championatswertung sowohl als Fahrer als auch als Trainer an. Der Recklinghäuser gewann 1984 im Sulky 485 Rennen im Inland und fünf im Ausland. Sein Weltrekord aus dem Jahre 1983 steht bei 707 Siegen. Als Trainer kam er auf 569 Erfolge.

Kampf abgesagt

Stuttgart (sid) – Die Box-Europameisterschaft im Super-Weltergewicht zwischen Titelverteidiger Georg Steinherr (München) und dem Spanier Emilio Sole am 16. Januar in Stuttgart ist abgesagt worden. Steinherr konnte sich mit dem Veranstalter Karl Lodermair nicht über die finanziellen Bedingungen einigen.

Käthe Dassler gestorben

Herzogenaurach (sid) – *Im Alter* von 67 Jahren ist in der Silvesternacht in der Erlanger Universitätsklinik Käthe Dassler an Herzversagen gestorben. Die Senior-Chefin der Sportartikel-Firma „adidas" hatte wegen Unwohlseins ihren Urlaub in Kärnten abgebrochen und sich in das Krankenhaus begeben.

ZAHLEN

TENNIS

Doppel-Weltmeisterschaft in London, erster Tag, Gruppenspiele: Fibak/Mayer (Polen/USA) – Smid/Slozil (CSSR) 6:3, 6:4, 6:3, Flach/Seguso (USA) – Edmondson/Stewart (Australien/USA) 6:4, 6:2, 6:1.

Einladungsturnier in Las Vegas, Gruppenspiele: Lendl (CSSR) – Gerulaitis (USA) 6:4, 6:4, Vilas (Argentinien) – Noah (Frankreich) 5:7, 7:6, 6:4.

SKISPRINGEN / Die Misere im deutschen Team

Bundestrainer Roscher kritisiert: Geld genug, aber es fehlt an Mumm

dpa, Garmisch-Partenkirchen

Am Geld und der Zahl der Schanzen in Deutschland kann es nicht liegen. Rund 100 000 Mark hat der Deutsche Skiverband (DSV) für seine Springer-Mannschaft im Weltmeisterschaftswinter 1985 eingeplant. Als Soll für die WM in Seefeld hat der DSV je einen Platz unter den ersten acht und einen unter den ersten 20 auf der Normal- und Großschanze sowie den achten Platz im Mannschaftswettbewerb festgelegt. Doch nach dem Debakel beim Neujahrsspringen in Garmisch-Partenkirchen mit dem schlechtesten Ergebnis eines DSV-Teams seit Bestehen der deutsch-österreichischen Vierschanzentournee ist im „Haus des Ski" in Planegg bei München guter Rat teuer.

Bundestrainer Ewald Roscher (57) sucht die Schuld bei seinen Springern: „Meiner Mannschaft fehlt es an Kampfgeist und Mut. Bei einigen vermisse ich die richtige Einstellung zum Hochleistungssport. Mein Team war in Garmisch wie eine Fußball-Elf, die auf einem ungeliebten Platz einfach nicht gewinnen kann." Ein Beispiel: Thomas Klauser war in Oberstdorf als Elfter bester deutscher Springer, in Garmisch qualifizierte er sich nicht mal für den zweiten Durchgang der besten 50. Begründung: „Die Schanze liegt mir nicht."

Doch Roscher macht es sich zu leicht. Der Baden-Badener war schon einmal von 1960 bis 1968 DSV-Trainer und hatte als „zu weich" damals seinen Stuhl räumen müssen. Danach feierte er in der Schweiz mit dem „Vogelmenschen" Walter Steiner Triumphe, hatte aber mit dem Nachwuchs auch keinen Erfolg. Bei seiner Rückkehr auf den DSV-Trainerstuhl 1979 motivierte Roscher das desolate DSV-Springerteam zu einem kurzen Höhenflug. Doch das deutsche Springerwunder von 1981 war nur von kurzer Dauer – die Talfahrt begann erneut. Immer wieder aufgegebene Aufbaupläne mit Olympia- und WM-Zielen heischten nach Erfüllung. Der siebte Olympia-Rang des Oberstdorfers Andreas Bauer in Sarajevo war ein kleiner Lichtblick – mehr nicht.

Ewald Roscher und mit ihm die DSV-Verantwortlichen rätseln über die scheinbar unerklärliche Misere der Springer, die alljährlich ein Training absolvieren wie die gesamte Weltklasse – aber dennoch immer zehn Meter hinterherhüpfen. Dabei gilt das deutsche Team im Idealalter zwischen 20 und 22 Jahren bereits als Kader für die Olympischen Winterspiele 1988 in Calgary. Offensichtlich hat sich Roschers Einfluß auf die Mannschaft abgenützt.

Der Bundestrainer Ewald Roscher gilt als internationale Kapazität. Doch er ist ein vorsichtiger Typ, der auf die Entwicklungen im Spitzensport reagiert, statt selbst ideenreich neue Akzente zu setzen. Auch auf den ungeliebten Trend zu Leichtgewichten, für die die Olympiasieger Jens Weißflog und Matti Nykänen seit Jahren als Musterbeispiele gelten, kam die Reaktion zu spät. Kein Geheimnis ist auch, daß Ewald Roscher später die Talentsuche auf breiter Ebene in Deutschland für den DSV aufbauen möchte. Ein Trainerwechsel vor der Weltmeisterschaft 1985 kam nicht in Frage. Der ehemalige österreichische Cheftrainer Max Golser, der sich als neuer Mann angeboten hätte, beflügelt derzeit die deutschen Kombinierer, die nach Seefeld mit echten Medaillenchancen reisen.

Nach Innsbruck zum dritten Wettbewerb der 33. deutsch-österreichischen Vierschanzentournee fuhr nach einer Krisensitzung auch DSV-Sportdirektor Helmut Weinbuch mit. Er versucht, in das aufgestörte Springer-Team Ruhe zu bringen. Die DSV-Springer haben bisher keinem Trainer Glück gebracht, weder Ewald Roscher noch seinen Vorgängern Helmut Kurz und Günther Göllner.

Während bei den deutschen Springern drei Wochen vor der Weltmeisterschaft das Stimmungsbarometer auf den Tiefpunkt gesunken ist, hat Olympiasieger Jens Weißflog mit seinem Sieg in Garmisch-Partenkirchen der Konkurrenz aus Finnland, Österreich und Norwegen deutlich gemacht, daß der Weg über beide Goldmedaillen in Seefeld nur über ihn führt. Das gilt auch für seinen großen Rivalen Matti Nykänen, der nach seiner Knieoperation im Sommer noch nicht die Dynamik der Jahre vorher wiedergefunden hat.

Für die Österreicher folgte nach vier Übersee-Weltcupsiegen von Andreas Felder und dem Oberstdorfer Erfolg von Ernst Vettori der Neujahrs-Kater: Ihre neuen Stars Vettori und Felder landeten auf Platz zehn und elf.

STAND ● PUNKT / *Zola Budd und ein Versteckspiel in Zürich*

Gestern ist sie von Zürich nach London geflogen, um mit dem englischen Leichtathletik-Verband für Frauen zu verhandeln. Zola Budd, die 18jährige südafrikanische Weltrekordläuferin mit britischem Paß, will die Weichen für ihre sportliche Zukunft stellen. In Zürich ist sie einige Tage bei Freunden gewesen und hat nach halbjähriger Wettkampfpause den internationalen Silvesterlauf gewonnen. Die halbe Fleet Street war deshalb ins winterliche Zürich eingefallen, um Stories über die junge Südafrikanerin zu produzieren.

Zola Budd aber tauchte angesichts ihrer schlechten Erfahrungen mit englischen Journalisten auf keiner der anberaumten Pressekonferenzen auf. Während ihre Freunde den verdutzten Reportern sagten: „Wir geben Ihnen keine Chance, mit Zola zu sprechen", trainierte die so eifrig Gesuchte mit ihrer Freundin Cornelia Bürki, der Schweizer Weltklasse-Läuferin, irgendwo am Zürichsee. Die beiden waren dort stets sicher, keinen Fleet-Street-Journalisten anzutreffen – die warteten schließlich allesamt auf der Pressekonferenz. Solcherart Versteckspiel war wohl eingedenk dessen, was Zola Budd einst in London erlebte und was ihr womöglich in diesen Tagen in der englischen Hauptstadt wieder bevorsteht, notwendig. Schweizer Reporter wunderten sich schließlich über die stereotypen Fragen ihrer englischen Kollegen: „Wo, um alles in der Welt, wohnt dieser kleine südafrikanische Bastard in Zürich? Sag' es, wir bezahlen gut dafür."

Nun ist sie in die Stadt geflogen, die ihr ein Greuel ist, um mit dem englischen Frauen-Verband zu verhandeln. Der hat nämlich einen Brief vom englischen Herren-Verband erhalten, und darin steht die Forderung, die britische Staatsbürgerin Zola Budd habe sich gefälligst sechs Monate lang im Jahr in England aufzuhalten, wolle sie auch künftig die englischen Farben vertreten. Zola Budd möchte aber lieber in ihrer südafrikanischen Heimat leben und dennoch sportlichen Ruhm für England erlaufen. Ganz abgesehen davon , daß andere englische Sportler von Weltklasse – vom Zehnkampf-Olympiasieger Daley Thompson bis hin zum Diskuswerfer Richard Slaney, der die amerikanische Läuferin Mary Decker ehelichte – auch im Ausland leben.

Falls der Verband nicht einwilligt, wird Zola Budd wahrscheinlich ihren anderen Plan verwirklichen und in die Schweiz übersiedeln. Denn als Südafrikanerin müßte sie ihre internationale Läufer-Karriere beenden. Dabei hat sie als 18jährige Weltrekord-Inhaberin noch so viel vor: Europameisterin will sie werden, Weltmeisterin und auch Olympiasiegerin.

KLAUS BLUME

FUSSBALL / Mehr Komfort in den Stadien soll wieder Zuschauer locken

Klubs haben erkannt: Bundesliga-Kästen sind nicht mehr für die heutige Zeit gebaut

sid, Hamburg

Die Hinrunde der 22. Saison brachte der Fußball-Bundesliga die schlechteste Zuschauer-Bilanz nach 1972/73. Der Zuschauer, zwar ein gern gesehener, aber selten hofierter Gast, soll jetzt mit mehr Komfort wieder in die Fußball-Stadien gelockt werden. Die Devise für die nahe Zukunft: Dem Trend zum größeren Komfort soll Rechnung getragen werden.

Franz Böhmert, Präsident von Werder Bremen, glaubt: „Das Zuschauerverhalten hat sich eindeutig geändert. Darauf müssen wir reagieren." Die Präsidenten und Manager der Klubs sind sich längst einig darüber, daß nicht nur auf dem Spielfeld etwas geboten werden muß, sondern daß auch für Komfort im Stadion gesorgt sein muß.

Ulrich Schäfer, Geschäftsführer vom Meister VfB Stuttgart, hat sich darüber bereits Gedanken gemacht. Er sagt: „Unser Wunsch ist der Komfort, wie man ihn aus den amerikanischen Stadien kennt. Die Bundesliga-Kästen sind nicht mehr für die heutige Zeit gebaut."

Eine vom Deutschen Fußball-Bund (DFB) in Auftrag gegebene Analyse des Zuschauer-Verhaltens durch ein Nürnberger Institut für Meinungsforschung, die im März fertiggestellt sein soll, geht den Ursachen für den Zuschauer-Rückgang wissenschaftlich auf den Grund.

Günter Netzer, Manager des Hamburger SV, hat festgestellt: „Die Sitzplätze gehen immer sofort weg." Der Bremer Präsident Böhmert will in der letzten Zeit sogar beobachtet haben: „Es hat den Anschein, als würden die Leute weniger auf das Geld und mehr auf den Komfort achten." Sein Kollege Udo Sopp vom 1. FC Kaiserslautern klagt: „Wir sind hoffnungslos im Nachteil, weil wir nur 9400 Sitzplätze haben." Peter Röder, seit 1. Januar Geschäftsführer bei Eintracht Frankfurt, meint: „Die Leute suchen förmlich den Komfort."

Die Eintrittskarte im Frankfurter Waldstadion für den VIP-Sitzplatz kostet 750 Mark, 250 Mark müssen für Getränke und Speisen im VIP-Block entrichtet werden. Wer mit seinem Auto bis zu den Logen fahren möchte, zahlt dafür noch einmal bis zu 1000 Mark extra. Geschäftsführer Röder: „Von diesen Karten könnten wir das doppelte Kontingent verkaufen, wenn wir die Plätze dafür hätten." Deshalb wurden in Frankfurt und München die Presseplätze beschnitten.

In Hamburg existieren sogar bereits kühne Pläne. Das Volksparkstadion soll ganz überdacht und auf den Stehrängen sollen zusätzliche Sitzplätze installiert werden. Der Zuschauer säße damit das ganze Jahr über im Warmen. Ein Schweizer Architekten-Team wurde mit diesen Vorstellungen schon bei den Behörden der Hansestadt vorstellig.

„Zugig und kalt" – so lautet das gängige Urteil der Besucher des Gelsenkirchener Parkstadions. Der Nachfolger der legendären Glükkauf-Kampfbahn, der insgesamt 51 Millionen Mark kostete, wurde schon oft als Architekten-Streich bezeichnet. Besser wurde dagegen im nahen Bochum und Dortmund geplant. Das Ruhrstadion (Baukosten: 25 Millionen Mark) und das Westfalen-Stadion (32,5 Millionen Mark) gelten als Deutschlands schönste Fußball-Arenen.

Gegenübe: diesen einfachen, aber effektiven Fußball-Stadien verdiente sich in einer Verbaucher-Untersuchung vor einigen Jahren das Düsseldorfer Rheinstadion das beste Urteil. Von der Verkehrsanbindung über Sitzkomfort, Blick auf das Spielfeld bis zum Zustand der sanitären Anlagen wurde alles berücksichtigt.

Für 491 Millionen Mark wurden acht Stadien anläßlich der Weltmeisterschaft 1974 in Deutschland um- und neugebaut. Die Hoffnungen einiger Präsidenten ruhen nun auf der Vergabe der Europameisterschaft 1988 nach Deutschland. Erst dann kann wieder das notwendige Geld aus den öffentlichen Kassen fließen, um neuerliche Renovierungen vorzunehmen.

Bei allem Bemühen, durch Komfort in den Stadien den Zuschauer-Rückgang zu bremsen, sollte es immer noch die vordringlichste Aufgabe der Klubs sein, attraktiven Fußball zu bieten. Gute Leistungen und spannende Spiele sind immer noch das beste Mittel, die Stadien zu füllen. Und auch dies sollte nicht vergessen werden. Nur die wenigsten Besucher können es sich erlauben, gleich mehrere hundert Mark auszugeben, um ein Bundesligaspiel zu sehen.

PARIS–DAKAR

Streit nach einem Unfall

SAD, Paris

Um den ersten ernsthaften Unfall bei der Rallye Paris–Dakar, die am 1. Januar von Versailles aus startete, ist es zu einem Streit gekommen: Hielt der Fahrer Jean-Louis Schlesser, der drei Zuschauer umfuhr und verletzte, an oder nicht? Die französische Polizei behauptete, Schlesser sei weitergefahren, ohne anzuhalten. Schlesser: „Das stimmt nicht! Ich hielt an und fuhr erst weiter, als ich sicher war, daß den Verletzten nichts Schlimmes passiert war und sie versorgt wurden. Ich war durchaus bereit, die Ankunft von Notärzten abzuwarten, aber ein Feuerwehrmann, der Erste Hilfe leistete, versicherte mir, dies sei nicht notwendig, da die Verletzungen nicht allzu schlimm seien."

Dieser Feuerwehrmann hat sich inzwischen gemeldet und die Version von Schlesser bestätigt. Schlesser war mit seinem Lada auf einen Bürgersteig gefahren, als ein Pkw, der nichts mit der Rallye zu tun hatte, vor ihm bremste und ein Verkehrslicht auf Rot sprang. Augenzeuge Thierry Delpech, der Feuerwehrmann, berichtete: „Die Zuschauer waren recht aggressiv Schlesser gegenüber, sie warfen ihm vor, daß er auf den Bürgersteig gefahren sei, statt den Pkw vor ihm zu rammen. Der Fahrer des Pkw, der indirekt für den Unfall verantwortlich ist, verschwand allerdings, ohne daß jemand die Zeit gehabt hätte, die Nummer zu notieren."

Einer der Verletzten erlitt einen doppelten Oberschenkelbruch.

Nordische Mentalität

dos – Der rundliche Glatzkopf mit Brille, auf dessen ausgestreckter Hand ein Vogel gelandet ist, soll Vertrauen symbolisieren, der schulmeisterliche Typ, kreisezeichnend, steht für Präzision. Die beiden Skizzen gehören zu insgesamt neun Zeichnungen, mit denen die Norddeutsche Landesbank in Hannover seit einigen Wochen auf Kundenfang geht. Unter dem Slogan „Die Norddeutsche Art..." wirbt die Bank, variiert mit immer neuen Texten, natürlich zunächst für ihr ureigenes Geschäft. Darüber hinaus aber soll auf typisch norddeutsche Eigenschaften, die anderswo in Vergessenheit geraten sind, aufmerksam gemacht werden. Die Resonanz auf die ersten geschalteten Anzeigen, versichert das Institut, ist beachtlich.

Der Versuch der Nord/LB, auf „norddeutsche Stärken" – seien sie auch nur auf menschliche Charakteristika beschränkt – hinzuweisen, fügt sich ein in die Bemühungen des Landes Niedersachsen, die fortdauernde Diskussion um das Süd-Nord-Gefälle zu relativieren. Und dies auf sympathische Art. Die Besinnung auf die Herkunft hat nichts Anstößiges an sich; der „Norddeutschen Art", so wie sie dargestellt wird, droht beileibe nicht die Gefahr der Provinzialität.

Der Bank selbst steht der Wechsel der Werbelinie gut zu Gesicht. Die bisherige Kampagne hatte in starkem Maße auf die Leistungsfähigkeit im internationalen Geschäft abgestellt. Auf diesem Gebiet haben gerade Landesbanken, auch die Nord/LB, nicht gerade die besten Erfahrungen gemacht. Die jetzt herausgestellte Bodenständigkeit erklärt sich vielleicht auch damit.

Sünder-Jagd

J.Sch. (Paris) – Frankreichs administrative Mühlen mahlen langsam. So kann es beispielsweise sehr lange dauern, bis man seinen Strafzettel für falsches Parken bezahlen muß. Manchmal gerät der Vorfall auch ganz in Vergessenheit. Schwerer wiegt, daß in diesem Lande Zehntausende von Kraftfahrern überhaupt nicht haftpflichtversichert sind. Hier wie dort scheint es mit der französischen Informatik nicht zum besten bestellt zu sein. Um so größere Anstrengungen unternimmt die Regierung jetzt, um die zahlreichen Steuersünder besser zu erfassen. Nachdem sie bisher vor allem den „Reichen" auf die Spur kommen wollte, werden jetzt alle Franzosen steuerlich durchnumeriert. Durch diese Maßnahme will man nicht zuletzt dem Katz- und Mausspiel mit dem Wohnsitzwechsel einen Riegel vorschieben. Bisher vergingen oft mehrere Jahre, bis der „unbekannt Verzogene" von seinem neuen Finanzamt ausfindig gemacht wurde. Jetzt hängt sich die Steuer mit ihrem Zentralcomputer einfach an den der gesetzlichen Sozialversicherung an.

VEREINIGTE STAATEN / Konjunktur-Umfrage unter 1500 Topmanagern

In diesem Jahr wird sich das Wachstum wahrscheinlich halbieren

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA wird sich das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr mehr als halbieren, von 1500 Topmanagern rechnen nur noch fünf Prozent mit stärker steigenden Unternehmensgewinnen. Auf diesen Nenner lassen sich die neuesten Prognosen und Umfragen bringen, denen an der Wall Street eine hohe Treffsicherheit beigemessen wird. Außerdem stößt der Dienstleistungsbereich auf Kosten der verarbeitenden Industrie weiter nach vorn.

Nach einer Aufstellung des Handelsministeriums in Washington, die in Kürze als „U.S. Industrial Outlook" veröffentlicht wird, fallen von 209 Branchen innerhalb der Weiterverarbeitung 157 hinter das 1984er Ergebnis zurück, als sich die amerikanische Wirtschaft in großen Sprüngen von der Rezession 1981/82 erholte. Keinerlei Auslieferungsplus verzeichnen 32 Industriezweige.

Am günstigsten sind die Absatzaussichten für die Luft- und Raumfahrtindustrie, die von der kräftigen Ausweitung der Verteidigungsausgaben profitieren, und für die Metallindustrie. Sie hinkt stets hinter einem Kojunkturaufschwung her. Die Behörde nennt diese „Wachtumsführer", deren Ablieferungen, verglichen mit 1972/82, ebenfalls kräftig wachsen; die „High Tech"-Unternehmen dominieren das Feld: Halbleiter 37,4 (34,1), Computer 17 (19,2), Röntgengeräte und Röhren 15,4 (15,4). Bei Flugzeugen beträgt die Zunahme 21,1 (2,8), bei Aluminium 15,6 (2,2), bei Eisen und Stahl 13,6 (minus 4,3) und bei Kraftfahrzeugteilen 12,3 (minus vier) Prozent.

Folgt man dem US-Handelsministerium, dann setzt sich der stetige Wachstumstrend im Dienstleistungssektor, der 1960 begonnen hat, fort. Sein Anteil am amerikanischen Bruttosozialprodukt, das 1984 etwa 3750 Milliarden Dollar erreichte, macht bereits zwei Drittel aus. Alle 18 Dienstleistungsbranchen steigern ihre Umsätze 1985 und bis 1990. Am besten zu messen ist das Wachstum im Dienstleistungsbereich an der Beschäftigung. Wie steil die Zuwächse von 1981 bis 1984 ausgefallen sind, zeigen die Beispiele in der Tabelle.

Nach einer Umfrage des Conference Board in New York geht bei den Industriemanagern die Sorge um, daß der im November 1982 begonnene Konjunkturaufschwung „überaltert" ist. Seit dem Herbst sank der Vertrauensindex von 70 auf 57 Punkte. Diese Einschätzung durch die Praktiker deckt sich mit einer Voraussage von Standard & Poor's, wonach Amerikas Wertschöpfung in diesem Jahr real nur um zwei bis drei Prozent zunimmt, verglichen mit 6,7 Prozent 1984. Die Bank of America geht von 2,4 Prozent aus.

Eine Rezession ist zwar nicht in Sicht, aber die Expansion fällt in den nächsten Monaten sehr schwach aus und beschleunigt sich erst wieder im zweiten Halbjahr. Laut Standard & Poor's verschlechtert sich das Gewinnbild der US-Unternehmen 1985 erheblich. Wie schon kurz berichtet, verläuft die Kurve nach plus 25 Prozent im Vorjahr weitgehend flach.

Branche	Beschäftigung 1981	1984	Prozent
Datenverarbeitung	326 400	462 300	41,6
Personaldienste	605 800	821 700	35,6
Wertpapierhandel	208 300	277 900	33,4
Transportausrüstung	39 200	50 900	29,9
Radio-, TV- u. Musikläden	144 500	186 100	28,8
Lenkraketen, Raumfahrt	120 900	149 100	23,6
Elektronische Teile	554 400	680 200	22,7
Büromöbel	53 400	64 900	21,3
Rechtsberatung	521 500	631 300	21,1

AUSLANDSVERMÖGEN

USA könnte bald größter Nettoschuldner der Welt sein

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die USA, traditionell größter Nettogläubiger der Welt, werden in diesem Jahr zum Nettoschuldner und im Laufe der nächsten Jahre sogar zum größten Nettoschuldner der Welt, sofern sich die Leistungsbilanz nicht deutlich bessert. Bereits 1983 hat sich, wie die Deutsche Bank vorrechnet, das Nettoauslandsvermögen der USA, das 1982 mit rund 150 Mrd. Dollar seinen Höhepunkt erreicht hatte, um 44 Mrd. vermindert. Diese Entwicklung habe, so die Bank, eine gewisse Eigendynamik, da die an das Ausland zu zahlenden Zinsen und Dividenden stark zunehmen und die bis 1983 noch deutlich positive Kapitalertragsbilanz der USA nachhaltig verschlechtern werden.

Spiegelbildlich zur Entwicklung in den USA wird Japan sein Nettoauslandsvermögen 1984/85 verdreifachen. Die Verschlechterung der US-Position müsse allerdings im Zusammenhang mit der erfreulichen Verbesserung der außenwirtschaftlichen Lage vieler hochverschuldeter Entwicklungsländer gesehen werden, betont die Deutsche Bank.

Nach Berechnungen des Instituts hatte Großbritannien Ende 1983 mit 55,6 Mrd. Pfund (rd. 80 Mrd. Dollar) die zweithöchste Nettoposition unter den vier großen Industrieländern. Auf Platz drei folgte Japan mit 37,3 Mrd. Dollar und auf Platz vier die Bundesrepublik mit 83,4 Mrd. DM (rd. 31 Mrd. Dollar). Seit Ende 1973 wies Großbritannien wegen der beträchtlichen Leistungsbilanzüberschüsse im Zusammenhang mit der steigenden Ölförderung und den höheren Ölpreisen den stärksten Anstieg des Nettovermögens (um gut 50 Mrd. Pfund) auf.

Die Auslandsaktiva und Auslandspassiva der vier Länder haben sich von 1973 bis 1983 mehr als vervierfacht, während der Export „nur" um das nominale Sozialprodukt um rund 150 Prozent stieg. Die gesamten Auslandsaktiva der vier Länder machten mehr als zwei Billionen Dollar aus. Am stärksten war das Wachstum in Großbritannien, wo sie sich in den letzten drei Jahren auf fast 700 Mrd. Dollar verdoppelt haben und damit nicht mehr viel niedriger als die der USA (888 Mrd. Dollar) waren. Die Auslandsaktiva entsprachen in der Bundesrepublik (rd. 233 Mrd. DM) Ende 1983 fast zwei Fünftel des Bruttosozialprodukts, in den USA und Japan nur rund 25 Prozent, in Großbritannien allerdings mehr als 100 Prozent, was mit der großen Bedeutung Londons für das internationale Kreditgeschäft zusammenhängt.

In allen vier Ländern entfällt ein besonders großer Teil der Auslandsaktiva und -passiva auf die Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken. In London machten deren Aktiva 482 Mrd. Dollar aus, verglichen mit 430 Mrd. der Banken in den USA, 101 Mrd. in Japan und 62 Mrd. in der Bundesrepublik. Deutsche und japanische Banken lassen jedoch viel über Auslandsstützpunkte laufen.

Ausgewogene Politik

Von REINER GATERMANN, Helsinki

Die einen nennen es das „nordeuropäische Wunder", andere das „Goldland" und seine Bewohner die „Japaner Nordeuropas". Die Rede ist von Finnland. Dieses Land mit „seinem besonderen Verhältnis zur Sowjetunion" hat – auch wirtschaftspolitisch – über Jahrzehnte ein Schattendasein geführt, wurde mitunter von seinen nordischen Nachbarn und anderen westlichen Handelspartnern ob seiner handelspolitischen Bindung an den Osten – zu ungefähr 70 Prozent ist man von sowjetischen Gas- und Öllieferungen abhängig und der Güteraustausch muß ausgeglichen sein – bemitleidet und als der „ärmere Bruder" betrachtet.

Daß Finnland heute mit den eingangs aufgeführten Zitaten bedacht wird, hat teilweise seinen Ursprung in der ersten Ölkrise 1973. Damals erwies sich sich die enge energiewirtschaftliche und handelspolitische Bindung an die Sowjetunion als sehr vorteilhaft. Der Ölpreis kletterte zwar um das Vierfache, entsprechend mußte aber Moskau Kompensationskäufe in Finnland tätigen. Der Anteil des Ostens am finnischen Export schwankt zwischen 15 und 25 Prozent. Derzeit ist er auf etwa 20 Prozent zurückgegangen; stattdessen läuft der Westexport auf Hochtouren, die Ausfuhren in die EFTA lagen in den ersten elf Monaten dieses Jahres um 25 Prozent über dem Vorjahresniveau, für die EG waren es 23 und für die USA 143 Prozent.

Dies ist nicht der einzige Grund, warum Finnland heute volkswirtschaftlich so stark dasteht: Sein Bruttosozialprodukt wuchs in den vergangenen fünf Jahren zum Beispiel doppelt so schnell wie in Schweden, 1984 wird man mit seinen gut vier Prozent wahrscheinlich nur von Japan und den USA übertroffen und die Prognosen für 1985 deuten darauf hin, daß man sich gemeinsam mit Japan (beide vier Prozent) an die Spitze der OECD-Länder legen wird.

Und beim Pro-Kopf-Anteil am Bruttosozialprodukt haben die Finnen inzwischen sowohl die Briten als auch die Franzosen überholt; machen sie so weiter, dürften sie in ein paar Jahren die Schweden erreicht haben. In ihrer Finanz- und Sozialpolitik ließen sie sich vor allem nicht von der Euphorie über das Wirtschaftswachstum, das Reichwerden, im gleichen Maße mitreißen wie zum Beispiel die Schweden und Dänen. Ihrer Mentalität entsprechend dachten die Finnen länger nach und faßten keine voreiligen Beschlüsse. Sie verzichten eher auf sozial wünschenswerte Reformen oder auf nicht unbedingt erforderliche Unternehmensinvestitionen, anstatt dafür Auslandskapital aufzunehmen.

Dies zahlt sich heute aus. Finnlands Außenkapitaldienst hält sich in vertretbaren Grenzen, während er in Schweden und Dänemark zur schweren Belastung wurde. Hinzu kommt, daß sich Vater Staat nie dazu verleiten ließ, zur Arbeitsplatzerhaltung jeden Preis zu zahlen. Waren die Banken nicht mehr bereit zu helfen, gab es auch für die Regierung im Normalfall keinen Anlaß, als Lückenbüßer mit Risikokapital einzuspringen. Diese Grundeinstellung und der Stabilisierungseffekt des längerfristig geplanten Osthandels hatten positive Auswirkungen auf die industrielle Entwicklung Finnlands.

Trotz schwacher Eigenkapitaldekke bewahrte man sich zudem ein starkes Innovationsvermögen. Finnlands Schiffbau und Waldindustrie überstanden unbeschadet die internationalen Krisen ihrer Branchen. Parallel dazu wurde eine wettbewerbsfähige Metallindustrie aufgebaut, die dafür sorgte, daß der Exportanteil der traditionellen Walderzeugnisse wie Papier und Zellstoff von 80 auf 40 Prozent zurückging. Neuerdings kennzeichnen zwei weitere Aspekte die finnische Wirtschaft: ihr Eindringen in die Elektronik, Nokia ist inzwischen Nordeuropas größter Hersteller von Mikrodatoren, und die Internationalisierung der Industrie.

Früher war es die Regel, daß schwedische Unternehmen Produktionsstätten aus Kostengründen nach Finnland verlegten, heute ist es meistens so, daß finnische Firmen schwedische Mitbewerber aufkaufen, 1983 kam es zu 55 derartigen Übernahmen. Darüber hinaus gingen die größten finnischen Gesellschaften, neben Nokia in erster Linie Wärtsilä und Kone, an die ausländischen Börsen. Die Regierung bereitet zudem ein Gesetz vor, wonach der ausländische Kapitalanteil an finnischen Aktiengesellschaften von bisher 20 auf 40 Prozent aufgestockt werden kann.

AUF EIN WORT

» Die Wirtschaftspolitik bleibt aufgerufen, mit mehr Nachdruck und Entschlußkraft daranzugehen, die Subventionen abzubauen, unnötige Ge- und Verbote des Staates zu beseitigen und die Staatstätigkeit zurückzudrängen, um der Privatinitiative mehr Raum zu lassen. In der Steuerpolitik und dem Umweltschutz sollte sich die Bundesregierung nicht von einem Kurs abbringen lassen, der die Leistungsbereitschaft und -fähigkeit der Bürger und Unternehmen im Auge behält. «

Hans Günter Borgmann, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Münster. FOTO: SCHWEIZER

FINANZMÄRKTE

Dollar auf neuem Hoch – Aktien fester, Renten flauer

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mit einem neuen Dollarrekordkurs begann das neue Jahr an den internationalen Devisenmärkten. Der amtliche Kurs zog in Frankfurt von 3,1480 auf 3,1727 DM an, den höchsten Stand seit Ende Januar 1973, und nach der Börse legte der Dollar zeitweilig noch gut einen Pfennig zu. Interventionen der Bundesbank waren nicht zu beobachten.

Händler erklären die Dollarhausse damit, daß der Markt auf Charts fixiert sei, die deutliche Kaufsignale geben, und das an einem Markt, an dem die Banken nach der längeren bilanzstichtagsbedingten Zurückhaltung nun wieder neue Aktivitäten entfalten können. Auf einen neuen Tiefstkurs von 1,14 Dollar fiel das Pfund wegen der Ölpreisschwäche und des Geredes über die Midland Bank, die bei der Crocker Bank in den USA neue Verluste (215 Mill. Dollar) erleidet.

An der Aktienbörse war die Tendenz erwartungsgemäß freundlich. Der WELT-Index stieg um 7/8 Prozent von 162,80 auf einen neuen Höchststand von 164,20 Punkten. Das Geschäft konzentrierte sich auf marktbreite Standardwerte wie Siemens, RWE, Veba, Farbennachfolger, Schering, Daimler, VW und Mannesmann, die ein bis zwei Prozent gewannen.

Die Nachfrage stammte vor allem von Spezialfonds, und zwar besonders von neu aufgelegten, in denen die zum Jahresbeginn reichlich an den Markt fließende Liquidität institutioneller Investoren angelegt wurde. Enttäuschend begann das Rentengeschäft mit abbröckelnden Kursen und einem Renditeanstieg auf 6,99 (6,96) Prozent.

BAUSPARKASSEN

Rahmenbedingungen haben sich deutlich gebessert

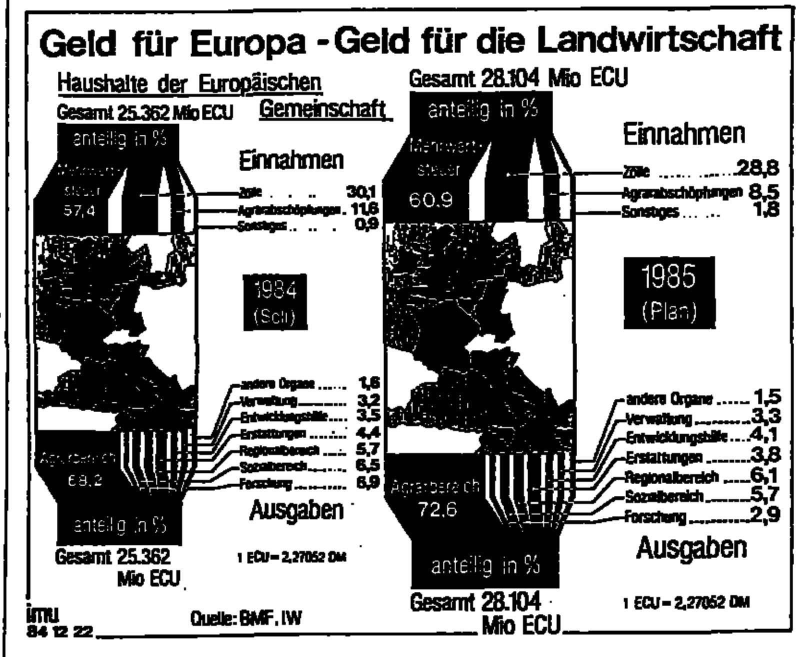
dpa/VWD, Bonn

Zuversichtlich sehen die Bausparkassen in das neue Jahr, nachdem sich die Rahmenbedingungen für ihre Tätigkeit in den vergangenen zwölf Monaten deutlich gebessert haben. Als Ereignis von besonderer Schubkraft wird in der Branche die Kürzung der vertraglichen Festlegungsfrist von zehn auf sieben Jahre gewertet, die im Rahmen des Steuerbereinigungsgesetzes erfolgte. Von der Neuregelung erhofft man sich eine wachsende Bereitschaft von Jugendlichen, Bausparverträge abzuschließen, nachdem das psychologische Hemmnis des zweistelligen Bindungszeitraums beseitigt ist.

Positiv wird sich aus der Sicht von Bausparexperten aber auch auswirken, daß nach Überwindung der Hochzinsphase am Kapitalmarkt Baugelder heute bereits wieder zu einem Effektivzinssatz von unter acht Prozent erhältlich sind. Auch haben sich die Preise für Bauleistungen inzwischen stabilisiert.

Für die Bausparkassen bestehen gute Aussichten, das Geschäftsergebnis 1984 im jetzt beginnenden neuen Jahr zu übertreffen. Nach ersten Hochrechnungen werden die Institute für 1984 rund 2,5 Millionen neue Verträge mit einer Bausparsumme von 75,1 Mrd. Mark verbuchen können. Gegenüber dem Vorjahr wären das Wachstumsraten von vier Prozent beziehungsweise einem Prozent. Damit würde der Bestand auf 24,3 Millionen Verträge (plus ein Prozent) mit einer Bausparsumme von 832 Mrd. Mark (plus 0,5 Prozent) steigen. In der Branche geht man davon aus, daß die bereits eingeleitete Wende im Bausparprozeß sich in den kommenden Monaten fortsetzen wird.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL



Im Haushaltsjahr 1984 stand die Europäische Gemeinschaft vor der Zahlungsunfähigkeit. Sie konnte nur durch einen Nachtragshaushalt vor der Pleite bewahrt werden. Über zwei Drittel der Ausgaben flossen in den Agrarbereich, 1985 werden es schon fast drei Viertel aller Ausgaben sein. Dieser ständig wachsende Ausgabenblock hängt der Gemeinschaft wie ein Klotz am Bein und verhindert jeden Schritt in Richtung einer engeren Zusammenarbeit auf anderen Gebieten. QUELLE: IMU

Umsatz gestiegen

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Großhandelsunternehmen im Bundesgebiet haben im November 1984 rund 71 Mrd. DM umgesetzt. Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, sind das rund zwei Mrd. DM oder nominal zwei Prozent mehr als im November 1983. Infolge kaum gestiegener Großhandelspreise ergab sich auch real eine Umsatzsteigerung von zwei Prozent. Von Januar bis November wurden im Großhandel 39 Mrd. DM mehr umgesetzt. Dies entspricht einem Plus von real drei (nominal sechs) Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Vorsichtiger Optimismus

Rheda-Wiedenbrück (dpa/VWD) – In der deutschen Bekleidungsindustrie herrscht für 1985 „vorsichtiger Optimismus". Wie der Präsident des Bundesverbandes der Branche, Gerd Somberg, betonte, hätten die Unternehmen die positive Entwicklung des Jahres 1984 durch verstärkte Investitionsbereitschaft honoriert. Erneut hätten sich die Bestellungen aus dem Ausland als wichtige Konjunkturstütze erwiesen. Dringend geboten sei der weitere Ausbau der Exportmärkte.

Keine Verlängerung

Berlin (dpa/VWD) – Das Bundeskartellamt sieht keine kartellrechtliche Möglichkeit für eine weitere Verlängerung der Fernmeldekabelgemeinschaft (FMG) und der Starkstromkabelgemeinschaft (RGS). Die Fernmeldekabelgemeinschaft war 1966 und die Starkstromkabelgemeinschaft 1975 als Rationalisierungskartell zugelassen worden. Allerdings wurde, wie das Amt gestern mitteilte, der Fernmeldekabelgemeinschaft eine Auslauffrist bis Ende 1987 und der Starkstromkabelgemeinschaft bis September 1985 zugestanden.

DG-Bank-Genußscheine

Frankfurt (cd.) – Die DG Bank hat ihre Eigenkapitalbasis noch vor dem Bilanzstichtag 1984 durch die Begebung von 350 Mill. DM Genußscheinen um knapp ein Viertel erhöht. Damit trägt das Spitzeninstitut der genossenschaftlichen Bankengruppe der Novelle des Kreditwesengesetzte Rechnung, die die Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung der Kreditwirtschaft verschärft. Die Genußscheine werden von den DG-Anteilseignern – im wesentlichen den acht regionalen genossenschaftlichen Zentralbanken – gezeichnet; sie werden mit 170 Prozent der DG Bank-Dividende verzinst.

Gegen „Kongreßeuphorie"

Bonn (DW.) – Vor der in vielen Gemeinden immer noch anzutreffenden „Kongreßeuphorie" hat der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) gewarnt. Obwohl der Markt für Kongresse nur noch ganz beschränkt ausweitbar sei und bereits heute Kapazitätsfülle und Stagnation der Teilnehmerzahlen vorherrschten, würden in vielen Gemeinden weitere neue Kongreßzentren, Tagungszentren oder Mehrzweckhallen geplant oder bereits gebaut. Angesichts der vielen unausgelasteten Kongreßeinrichtungen wendet sich der DIHT dagegen, den weiteren Ausbau mit öffentlichen Mitteln zu fördern.

Neue Verordnung geplant

Bonn (HH.) – Voraussichtlich im April wird in der Bundesrepublik Deutschland eine neue Preisangabenverordnung in Kraft treten. Das Wirtschaftsministerium hat nach Beratungen mit Verbänden und Bundesländern den Entwurf fertiggestellt, der jetzt dem Bundesrat zugeleitet wird. Dessen Zustimmung ist erforderlich. Ziel der Verordnung ist, die Position des Verbrauchers dadurch zu stärken, daß ihm ein optimaler Preisvergleich garantiert wird.

Wochenausweis

	23.12.	15.12.	23.11.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	64,8	65,3	66,3
Kredite an Banken	48,7	48,9	48,9
Wertpapiere	4,3	4,4	4,7
Bargeldumlauf	112,9	111,2	104,1
Einl. v. Banken	44,2	46,1	40,9
Einlagen v. öffentl. Haushalten	4,9	3,2	6,7

WIRTSCHAFTSINSTITUTE

Nach schnellem Höchststand sinkt Kurs der US-Währung

H.-A. SIEBERT, Washington

Gewarnt durch kaum erfaßbare psychologische Marktfaktoren, die 1984 überkommene Theorien und ökonomische Gesetze über den Haufen warfen, haben sich Amerikas große Wirtschaftsinstitute mit ungewöhnlicher Vorsicht an die inzwischen traditionellen Dollar-Prognosen herangemacht. Das Ergebnis ist ein konfuses Bild mit ungewissem Ausgang. Die Wharton Econometric Forecasting geht davon aus, daß die US-Währung stärker wird, bevor ihr Kurswert sinkt. Zu einem ähnlichen Urteil kommt die ebenfalls angesehene Data Resources Inc.

Nach Whartons Modellrechnung erreicht der Dollar das 1985er „Jahreshoch" gegen Ende Januar, wenn er auf 3,18 Mark und 255 japanische Yen steigt. Danach wird er langsam auf sein derzeitiges Niveau zurückfallen. Gegenüber den wichtigsten Valuten verliert er bis zum Jahresende dann sieben Prozent. Data Resources rechnet Anfang Februar mit dem Dollar-Hoch. Gegenüber Ende Dezember wird das gewichtete Wertplus rund drei Prozent betragen. Danach soll der Dollar zwei Prozent verlieren.

Laut Morgan Guaranty Trust Co. hat die amerikanische Währung 1984, gewogen am Außenhandel, durchschnittlich elf Prozent gewonnen. Gegenüber der Mark machte die Zunahme 15,7, gegenüber dem Yen aber nur 8,7 Prozent aus. Damit wurde der Yen zur zweitstärksten Währung der Welt. Profitieren kann die Mark, so heißt es, von einem wirtschaftlichen Realwachstum, das drei Prozent übersteigt, sowie von einer weiterhin geringen Teuerungsrate. Gering werden die Chancen eingeschätzt, daß sich das Pfund Sterling erholt.

CHEMIEFASERN / Deutsche Hersteller mit Export-Erfolgen zufrieden

Nach Kapazitätsabbau gut ausgelastet

INGE ADHAM, Frankfurt

Die deutsche Chemiefaserindustrie ist mit der Entwicklung im vergangenen Jahr zufrieden. Denn auch 1984 zeigte sich nach dem bereits erfolgreichen Jahr 1983 „von einer positiven Seite", so die Industrievereinigung Chemiefaser (IVC), Frankfurt, in einem ersten Jahresüberblick. Den Umsatz der Branche veranschlagt die Vereinigung für dieses Jahr auf rund 5,8 Mrd. Mark, das sind acht Prozent mehr als im Jahr zuvor; die Lagerbestände der Branche bezeichnet der IVC-Vorsitzende Günter Metz (Hoechst AG) als normal.

Entscheidend für die Zufriedenheit der lange durch Überkapazitäten und schwache Nachfrage gedrückten Branche ist freilich die positive Folge des Kapazitätsabbaus der zurückliegenden Jahre: Die gekappten Kapazitäten waren im Zuge einer leichten Belebung der Textilkonjunktur sehr gut ausgelastet, mit den entsprechend positiven Auswirkungen auf die Ertragslage.

Geholfen haben dabei die Exporterfolge der deutschen Hersteller. In den ersten zehn Monaten (neuere Zahlen liegen noch nicht vor) wuchsen die Chemiefaserausfuhren um 8,4 Prozent auf 554 000 t, ihr Wert stieg sogar um 16 Prozent auf 3,63 Mrd. DM. Dies ist nicht primär Folge von Preiserhöhungen, sondern auch Ausdruck der gezielten Hinwendung zu anspruchsvolleren Fasern. Zwar gehen etwa 70 Prozent der Ausfuhren nach Westeuropa, aber die Ausfuhren in die USA haben sich dank der Dollarkursentwicklung verdoppelt und machen jetzt knapp fünf Prozent der Gesamtexporte aus. Importiert wurden in der gleichen Zeit 209 000 Tonnen (t) Chemiefasern (plus 12 Prozent) im Wert von 1,34 Milliarden Mark (plus 11 Prozent).

Von den gut 526 000 t Chemiefasern, die in der Bundesrepublik verarbeitet werden, gehen etwa 35 Prozent in Bekleidung, 27 Prozent entfallen auf technische Textilien, die in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung zunehmen und 38 Prozent werden in der Heim- und Haustextilienindustrie verarbeitet.

Dies ist eigentlich der einzige Bereich, in dem die Vereinigung derzeit Schattenseiten ausmacht. Denn als Folge der schlechten Baukonjunktur und vor allem auch des Streiks im Frühsommer fielen der Absatz an Teppichfasern deutlich zurück (in Westeuropa um rund fünf Prozent), ein Bereich, der immerhin 46 Prozent des gesamten Chemiefaserabsatzes in der Heim- und Haustextilienindustrie ausmacht. Gleichwohl werden die Aussichten für dieses Jahr positiv bewertet; in der zweiten Jahreshälfte wird aber ein etwas ruhigeres Geschäft erwartet.

PARISER BÖRSE

Bérégovoy plant weitere Reformen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Obwohl die voreilige Ankündigung des für Frankreich neuen Investmentpapiers der Depositenzertifikate die Pariser Börse vorübergehend in Panikstimmung versetzt hatte, will *Wirtschafts- und Finanzminister* Bérégovoy im neuen Jahr weitere große Reformen durchführen. Ihr Ziel, so erklärte der Minister zum Jahresende, besteht darin, Paris nach angelsächsi schem Vorbild zu einem großen internationalen Finanzplatz zu machen. Dessen Bedeutung war wegen der sozialistischen Verstaatlichungen stark zurückgegangen.

Außer dem Markt für Depositenzertifikate, der zwischen dem Geld- und dem Rentenmarkt geschaffen werden soll, ist ein neuer Terminmarkt für Obligationen vorgesehen. Darüber hinaus soll der Hypothekenmarkt zum „langfristigen Segment" des Geldmarktes erhoben werden. Das kurzfristige Segment wären danach die Depositenzertifikate, wenn man vom eigentlichen Geldmarkt absieht.

Zunächst aber wird das System der Börsencourtagen und -kommissionen reformiert; wahrscheinlich noch vor Mitte Januar. Die wichtigste Neuerung besteht hier in der Teilung der Kommissionen zwischen den Maklern, welche die Aufträge ausführen und den Maklern, wie Banken, welche die Kunden bringen. Dieses Projekt kommt den Wünschen der (verstaatlichten) Banken entgegen, die bisher nicht direkt am Börsengeschäft beteiligt waren.

Die Makler haben in Frankreich ein durch gesamtschuldnerische Haftung abgesichertes mit den Notaren vergleichbares Geschäftsprivileg.

National-Bank spürt Konjunkturaufwind

Der Aufwind der Konjunktur habe auch viele Unternehmen des Ruhrgebiets begünstigt. Die hier mit 25 Filialen arbeitende Essener National-Bank AG, einzige konzernfreie Regionalbank des Ruhrgebiets, konstatiert im ersten Rückblick auf 1984 verstärkte Investitionsbereitschaft ihrer Kunden auch wegen wachsender Kapazitätsauslastung. Das bescherte der Bank 1984 aus „recht lebhafter" Nachfrage gewerblicher und privater Kundschaft ein Wachstum ihrer Ausleihungen an diesen Kreis um 7,1 (2,5) Prozent auf 977 Mill. DM, wobei die Langfristkredite sogar um 12,9 Prozent auf 366 Mill. DM wuchsen.

Refinanzierungssorgen dafür wie für den Anstieg des gesamten Geschäftsvolumens um 3,1 Prozent auf 1,74 Mrd. DM habe man dank hoher Liquiditätspolster nicht gehabt. Wichtigste Finanzquelle blieben die gegenläufig zum bundesweiten Rückwärtstrend noch um 1,4 Prozent auf 705 Mill. DM gestiegenen Spareinlagen, dazu ein auf 30 (22) Mill. DM erhöhtes Volumen an Sparbriefen. Ihren 1400 Aktionären (22 Mill. DM Aktienkapital) deutet die Bank nach der 1983er Dividendenaufstockung auf 11 (10) DM an, daß ein „aktionärs*freundlicher" Satz auch für 1985 gesi*chert sei.

Großhandel: Druck auf die Erträge

DANKWARD L. SEITZ, München

Ohne großen Optimismus sieht der deutsche Groß- und Außenhandel dem Jahr 1985 entgegen, nachdem schon die letzten zwölf Monate „kei*nen Anlaß zu Begeisterung gegeben* haben". Nach Ansicht des Präsidenten des Bayerischen Groß- und Außenhandels, Walter Braun, müssen auch die künftigen Geschäftsaussichten erneut ungünstiger eingeschätzt werden. Aufgrund der Absatzschwäche im zweiten Halbjahr 1984 habe der Lagerdruck zugenommen und sich die Geschäftslage sowohl im Konsumgütergroßhandel, noch deutlicher aber im Produktionsverbindungshandel verschlechtert.

Insgesamt hätten die Unternehmen 1984 mit über 750 Milliarden Mark knapp drei Prozent nominal mehr umgesetzt. Die Verkaufspreise seien dabei gegenüber dem Vorjahr um nicht einmal ein Prozent gestiegen. Auch für die ersten Monate 1985 seien höhere Preise nicht durchzusetzen. Dies bedeute, so Braun, daß bei gestiegenen Kosten weiterhin ein starker Druck auf die Erträge bestehe. Ein Ausgleich über einen verstärkten Einsatz technischer Hilfsmittel sei den vielen mittelständischen Unternehmen wegen der schwachen Ertragslage und Eigenkapitaldecke kaum möglich.

Probleme bereiteten der Branche neben konjunkturellen Schwierigkeiten bei Lieferanten und Kunden in verstärktem Ausmaß auch Strukturveränderungen durch die sich wandelnden Technologien der Organisationsmittel. So müsse zum einen in einer noch nie gekannten Härte um jede Umsatz-Mark gekämpft werden. Zum anderen müßten neue Technologiesysteme eingesetzt werden, um den harten Wettbewerb in einem sich nur um wenige Prozentpunkte erweiternden Markt erfolgreich bestehen zu können.

ITALIEN / Industrieerzeugnisse mit kreativem Design erwirtschaften den größten Außenhandelsüberschuß

Führende Stellung an den Weltmärkten erobert

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Industrieerzeugnisse mit kreativen Design erwirtschaften im italienischen Außenhandel seit neuestem einen höheren Ausfuhrüberschuß als die metallverarbeitenden Industriezweige, die bisher an der Spitze standen. *In den ersten sieben Monaten* des Jahres 1984 betrug der Außenhandelsüberschuß in den sogenannten „kreativen" Bereichen (Mode, Möbel, Steinbearbeitung, Keramik, Lederwaren und Schmuck) nach einer Untersuchung des Marktforschungsinstituts Nomisma 9720 Mrd. Lire, während die metallverarbeitenden Bereiche nur auf 9485 Mrd. Lire kamen. Während des gesamten Jahres 1983 hatte das kreative „Made in Italy" erst 96 Prozent des Aktivsaldos in der Metallindustrie erreicht, 1979 rund 89 Prozent.

Ebenso gestiegen ist der Anteil der kreativen Bereiche an der Zahlung der italienischen Erdölrechnung. Während die Exporte der designintensiven Industrieerzeugnisse im Jahre 1979 erst 61 Prozent der Erdöleinfuhren deckten, betrug dieser Anteil im Jahre 1983 bereits 69 Prozent und 71 Prozent in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres.

Der anhaltende Siegeszug des italienischen Designs auf den Weltmärkten wird von Produktionsstrukturen getragen, die sich durch hohe Elastizität und durch die Fähigkeit auszeichnen, künstlerische Traditionen und handwerkliche Fertigungsweisen mit modernsten Technologien zu verbinden. Dazu kommt eine enge Verflechtung und Kooperation zwischen Halbzeugherstellern und Endverarbeitern und die territoriale Konzentration auf wenige Standorte.

Die italienische Weltmarktstellung in den Bereiche mit ausgeprägter Kreativität und fortschrittlichem Design kommt auf der Rohstoffseite darin zum Ausdruck, daß Italien der größte Weltimporteur von Rohhäuten und Gold ist, der stärkste europäische Importeur von Wolle, Baumwolle und Seide sowie einer der größten europäischen Importeure von Edelhölzern aus den Tropen. Rund 58 Prozent der gesamten italienischen Rohstoffeinfuhren (außer Energie) entfielen in den ersten sieben Monaten dieses Jahres auf die Importe der Industriezweige, die das kreative „Made in Italy" repräsentieren.

In den meisten hier berücksichtigten Produktionssparten nimmt Italien auf den Weltmärkten die führende Position ein, die sich dem Marktforschungsinstitut Nomisma zufolge seit 1981 durchweg entweder gefestigt hat oder zumindest unverändert geblieben ist. Von UN-Statistiken ausgehend, stand Italien nach Nomisma-Berechnungen im Jahre 1981 lediglich in der Herren- und Damenkonfektion nicht an erster Stelle, sondern wurde im ersten Fall von Hongkong und im zweiten von Hongkong und der Bundesrepublik Deutschland übertroffen. In allen übrigen Fällen nähmen die italienischen Erzeugnisse zum Teil mit großem Abstand den ersten Platz ein.

Am höchsten war der italienische Weltmarktanteil bei bearbeiteten Steinen und Marmor (61,7 Prozent vor Spanien mit sieben Prozent), bei Keramikfliesen (54,7 Prozent vor der Bundesrepublik mit 11,7 Prozent) und bei Schmuck (48,8 Prozent vor der Schweiz mit 12,1 Prozent und Westdeutschland mit 8,9 Prozent).

Ebenfalls sehr stark ist die Stellung Italiens bei Strickwaren (38,1 Prozent vor Hongkong mit 19,2 Prozent), bei Schuhen (33,9 Prozent vor Südkorea mit 11,9 Prozent), bei Möbeln (26,9 Prozent vor der Bundesrepublik mit 22,1 Prozent), bei Stühlen (26,2 Prozent vor Westdeutschland mit 14,9 Prozent) sowie bei Taschen und Reiseartikeln (22 Prozent vor Hongkong mit 16,8 Prozent).

In allen diesen Fällen haben italienische Mode und Stil nicht nur der Konkurrenz der Länder mit älteren Industrietraditionen widerstanden, sondern auch den niedrigeren Kosten und Preisen der Entwicklungs- und Schwellenländer. Gegenüber diesen Ländern zeigen sich die italienischen Kreativen unverändert optimistisch. Ausgesprochen hat dies der Mailänder Top-Stylist Gianfranco Ferrè, demzufolge die billigere Konkurrenz stets nur Basisprodukte auf den Markt bringen wird, während „wir die einzigen in der Welt sind, die mit Qualität und Diversifizierung schöpferisch umzugehen verstehen und daher den Abstand halten können".

RWI / Kritik an Halbheiten in der „Wende-Politik"

Wachstumsschwäche lauert

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit konstanter Bosheit, wie Politiker meinen könnten, doch auch mit dem wiederholt durch Fundiertes gerechtfertigten Anspruch auf „Freiheit der Wissenschaft" schreibt das Essener Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) der Bundesregierung im jüngsten Konjunkturbericht erneut Kritisches ins Stammbuch: Trotz Wirtschaftserholung sei die Wachstumsschwäche keineswegs überwunden und die Aussicht auf nennenswerten Abbau der Arbeitslosigkeit gering.

Die Gründe: Die angekündigte Wende in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik drohe in Halbheiten steckenzubleiben; die Gewerkschaften hätten die Hoffnungen auf eine beschäftigungsfördernde Lohnpolitik enttäuscht. Förderung erfahre die bundesdeutsche Wirtschaftsentwicklung derzeit nur von der DM-Schwäche zumal gegenüber dem Dollar (mit Exportauftrieb) sowie vom Streben der Unternehmen, nach Aufholen der 1984er Streikausfälle ihre Konkurrenzfähigkeit durch neue Technik zu sichern. Beides reiche nicht aus zur Überwindung von Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit. „Dazu ist die Zuversicht notwendig, daß es sich wieder lohnt, Risiken zu wagen und neue Arbeitsplätze zu schaffen."

Eben daran – meinen die RWI-Forscher – hapert es bislang. Sie begründen diese Diagnose vor allem damit, daß die Inlandsnachfrage bisher nur wenig Belebung zeige. „Offenbar haben die Politiker den Vorschuß an Vertrauen in eine wachstumsgerechte Wirtschaftspolitik verspielt." Indiz in diese Richtung ist für das RWI auch, daß die Konsumenten seit dem 3. Quartal offenbar auf „Nachholsparen" zu Lasten des flauen privaten Verbrauchs umschwenkten.

Vorest „wenig Grund" sieht das Wirtschaftsforschungsinstitut alledem für die Hoffnung, daß die Wirtschaft nach Überwindung von Rezession und Stagnation zu einem „angemessenen Wachstumspfad" zurückfindet, der erst jenseits von drei Prozent jährlicher Plusrate auch Nennenswertes für den Abbau der Arbeitslosigkeit bringen könnte.

JUGOSLAWIEN / OECD-Bericht zur Wirtschaftslage insgesamt eher optimistisch

Inflation gefährdet die Sanierung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die von der Regierung in Belgrad seit 1981 verfolgte Stabilisierungspolitik zeigt inzwischen verschiedene „ermutigende" Ergebnisse, stellt die OECD in ihrem Bericht zur Wirtschaftslage Jugoslawiens fest. Insbesondere wurde der Staatshaushalt ins Gleichgewicht gebracht und die Leistungsbilanz des *mit der OECD* assoziierten Landes weist zunehmende Überschüsse auf. Dagegen hat sich die Inflation weiter beschleunigt.

Nach 32 Prozent 1982 und 40 Prozent 1983 erreichte die Teuerungsrate 1984 etwa 55 Prozent. Wenn diese Superinflation nicht überwunden wird, hat Jugoslawien wenig Chancen, seine grundsätzlichen Wirtschaftsprobleme zu lösen, heißt es in dem Bericht. Die von Belgrad bis 1990 angestrebte Inflationsvermind*erung auf 10 Prozent werde ohne fun*damentale Reformen schwer zu erreichen sein. Allgemein seien weitere Fortschritte der jugoslawischen Planwirtschaft auf dem Wege zur Marktwirtschaft notwendig.

Zunächst gelte es, die antizipative Indexierung der Löhne und der Zinsen mit den Preisen zu überwinden, meinen die OECD-Experten. Mittelfristig käme es darauf an, die Konkurrenzverhältnisse in Jugoslawien zu verbessern. Bis heute würde aus unverständlichen Gründen das Antimonopolgesetz von 1974 noch nicht angewandt.

Um dem Wirtschaftssystem größere Effizienz und Flexibilität zu verlei*hen, sind laut OECD neue „radikale"* Reformen auch im administrativen Bereich erforderlich. Die disparaten Interessen der verschiedenen jugoslawischen Republiken und Provinzen müßten überwunden werden.

Von dem Inflationsproblem abgesehen, werden die weiteren Wirtschaftsaussichten Jugoslawiens in dem OECD-Bericht eher optimistisch beurteilt. Dank eines weiteren Anstiegs der Exporte könnte für 1985 mit einer Zunahme des Bruttosozial*produkts um 3,5 Prozent (nach 2,5* Prozent 1984) gerechnet werden, und die hohe Arbeitslosenquote von zur Zeit 10 Prozent könnte sich deshalb etwas zurückbilden. Zum ersten Mal seit vier Jahren sei auch ein leichter Anstieg des privaten Verbrauchs sowie der produktiven Investition zu erwarten.

Nachdem sich der Überschuß der jugoslawischen Leistungsbilanz von 0,3 Mrd. Dollar 1983 auf 0,85 Mrd. Dollar 1984 erhöht hatte, erstrebt Belgrad für 1985 ein Plus von 1,25 Mrd. Dollar, was die OECD nicht für ausgeschlossen hält, „falls die jugoslawischen Einfuhrkontrollen etwas rigoroser gehandhabt werden." Zwar *dürften* die Gastarbeiterüberweisungen zurückgehen, jedoch würden außer dem Warenexport auch die Einnahmen aus dem Tourismus steigen.

Andererseits benötigt Jugoslawien 3,5 Mrd. Dollar zur Verzinsung und Amortisierung seiner gewaltigen Auslandsschulden, die mit 19 Mrd. Dollar etwa die Hälfte des Bruttosozialprodukts erreichen. Einschließlich der von Belgrad geplanten zusätzlichen vorzeitigen Schuldentilgung und der Aufstockung der Währungsreserven veranschlagt die OECD den Bedarf Jugoslawiens an Auslandskrediten für 1985 auf 3 Mrd. Dollar. Sie hält es für wünschenswert, daß mehr ausländische Unternehmen als bisher im Rahmen des neuen Gesetzes über die Beteiligung an jugoslawischen Unternehmen in Jugoslawien investieren.

Nordland Papier voll beschäftigt

dos. Dörpen

Die Nordland Papier GmbH, Dörpen, einer der führenden Hersteller von holzfreiem Papier in Europa, hat die für 1984 gesteckten Ziele übertroffen. Geschäftsführer Veijo Valve beziffert in der Werkszeitung den Papierabsatz auf über 300 000 t. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Zuwachs von rund sieben Prozent. Die günstige Auftragslage habe dem Betrieb Vollbeschäftigung gebracht.

Wesentlich kräftiger als der Absatz, nämlich um fast 25 Prozent, erhöhte sich 1984 der Umsatz. Nach Valves Angaben dürfte die 500 Mill.-DM-Grenze deutlich übertroffen worden sein, nachdem im Vorjahr nur ein Umsatzplus von 1,5 Prozent auf 418 Mill. DM erreicht wurde. Zur Ertragslage werden keine Angaben gemacht; 1983 war noch ein Fehlbetrag von 4,92 Mill. DM und ein Bilanzverlust von 16,5 Mill. DM ausgewiesen worden.

Zurückhaltend werden die Aussichten für 1985 beurteilt. Seit dem Spätsommer sei europaweit „eine gewisse Marktschwäche" zu beobachten. Daneben dränge zusätzliche Kapazität aus Skandinavien auf den Markt.

OP DAMPFSCHIFFS-RHEDEREI / Fester Fahrplan

Voll auf Container umgerüstet

JAN BRECH, Hamburg

Für einen Gesamtpreis von 35 Mill. DM hat die zum Duisburger Haniel-Konzern gehörende Oldenburg-Portugiesische Dampfschiffs-Rhederei GmbH (OPDR), Hamburg, drei neue Containerschiffe von der Hellenic Line erworben und damit die Containerisierung der Flotte abgeschlossen. Von den einst sechs unter der OPDR-Flagge fahrenden Schiffen sind bis auf das Flaggschiff „Oldenburg" alle anderen verkauft worden. Die Flotte umfaßt nunmehr vier eigene Voll-Container mit jeweils rund 8000 tdw Tragfähigkeit und rund 120 Mann fahrendem Personal. Alle Schiffe der OPDR führen die deutsche Flagge.

Die mehr als 100 Jahre alte Traditionsreederei, die 1882 mit dem *Transport von spanischem und portu*giesischem Wein nach Deutschland begann, fühlt sich als Spezialist in Marktnischen und ist dabei bislang mit gutem Erfolg gefahren. Nicht ohne Stolz heißt es bei OPDR, daß man auch in den schweren Krisenjahren der Schiffahrt bei einer durchschnittlichen Auslastung von 85 Prozent stets mit schwarzen Zahlen gefahren sei. Der Umsatz des Schiffahrtsunternehmens dürfte bei rund 150 Mill. DM liegen. Das Stammkapital wird zu 100 Prozent von der Haniel & Cie. GmbH, Duisburg, gehalten.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten steht bei der OPDR die Bedienung der Häfen an der. so die Reedereibezeichnung, „Oldenburger Landstraße". Hierbei handelt es sich um die Route von Hamburg und Rotterdam durch die Nordsee, den englischen Kanal, die Biskaya, die Straße von Gibraltar und das Mittelmeer.

Ein fester Fahrplan „nach der Uhr" von und nach England in das westliche Mittelmeer, zusammen mit der Containerfahrt nach Algerien, sei das wirklich Neue, was man nach der Umrüstung auf Vollcontainer den Kunden zu bieten habe, heißt es bei der OPDR.

Neben dem eigenen Containerdienst setzt die Reederei zudem 15 bis 20 ständig gecharterte Schiffe ein, um konventionelle Ladung in die klassischen OPDR-Fahrtgebiete Spanien, Portugal, Marokko, Algerien und Tunesien zu transportieren. Außerdem wird ein Containerdienst von Hamburg/Antwerpen nach Nordspanien und den Kanarischen Inseln unterhalten. Durch die Verbindung zur Haniel-Gruppe in Duisburg-Ruhrort hat OPDR schließlich eine natürliche Beziehung zur Rheinschiene, die sie auch für einen Rhein-See-Verkehr nutzt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Haus-Invest-Absatz sank

Frankfurt (cd.) – Eine gewisse Stabilisierung des Bau- und Immobilienmarktes sei denkbar, wenn sich der Zinstrend nicht umkehre, meint die Verwaltung des offenen Immobilienfonds Haus-Invest der Deutschen Grundbesitz-Investmentgesellschaft, hinter der die Deutsche Bank, die Commerzbank und Wüstenrot stehen. In den ersten Monaten des Geschäftsjahres 1984/85 (30. 9.) schrumpfte der Anteilsabsatz deutlich stärker als im Branchendurchschnitt von 126 auf 27 Mill. DM, wovon 22 Mill. DM aus der Wiederanlage der Ertragsausschüttung stammen. In der Wertentwicklung war Haus-Invest im Geschäftsjahr 1983/84 mit einem Plus von 6,7 Prozent das Schlußlicht der Branche, im Fünfjahresvergleich (plus 48,2 Prozent) und im Zehnjahresvergleich (plus 96,6 Prozent) rangierte er auf Platz zwei.

Vebas US-Verluste

Washington (Sbt.) – Die Westmoreland Coal Company mit Sitz in Philadelphia, an der die Veba AG mit 25 Prozent beteiligt ist, wird für das vierte Quartal 1984 einen Gesamtverlust von 64,4 Mill. Dollar ausweisen. Auf die Abschreibung von fünf Kohlengruben in West Virginia entfallen 57 Mill. Dollar. Hinzu kommt ein Betriebsverlust von 7,4 Mill. Dollar, verglichen mit einem Nettogewinn von 3,3 Mill. Dollar im Vorjahresquartal. In den ersten neun Monaten dieses Jahres hat Westmoreland 14 Mill. Dollar verdient. Die Gruben in West Virginia werden Ende des Jahres geschlossen. Die dort geförderte metallurgische Kohle genügt angesichts der technologischen Fortschritte den Ansprüchen nicht mehr.

Binding besser als erwartet

Frankfurt (dpa/vwd) - Für die *Frankfurter Binding Brauerei AG* lief das Geschäftsjahr 1984 trotz widriger Witterungsverhältnisse besser als erwartet. Nach den Worten des Vorstands wird aufgrund der Ertragsentwicklung wieder mit einem „ordentlichen Ergebnis" gerechnet. Im Geschäftsjahr 1983 waren der Bilanzgewinn auf 5,2 (4,9) Mill. DM gesteigert und die Stamm- und Vorzugsaktien mit 14 beziehungsweise 16 Prozent Dividende bedient worden. Beim Umsatz rechnet die Brauerei mit der Größenordnung des Vorjahres (rund 415 Mill. DM). Die Spezialbiere und Bierspezialitäten konnten ihre Erfolge im In- und Ausland fortsetzen, heißt es hierzu. Selters habe überdurchschnittlich abgeschnitten, so daß man mit dem alkoholfreien Geschäft zufrieden sein könne. In das neue Jahr geht Binding mit Zuversicht. Der Vorstand hofft, auch 1985 ein befriedigendes Ergebnis auf einem noch schwieriger werdenden Markt zu erwirtschaften.

Stada: Preise blieben stabil

Wb. Bad Vilbel

Die etwa 10 000 Apotheker-Aktionäre des Pharma-Unternehmens Stada Arzneimittel AG, Bad Vilbel, können für 1984 wieder mit einer Dividende von 5 DM je 50-DM-Aktie rechnen. Nachdem allerdings im Mai 1984 das Grundkapital der Gesellschaft um 50 Prozent auf 16,5 Mill. DM erhöht wurde, wird die Ausschüttung erheblich höher ausfallen. Nach ersten Schätzungen hat die Stada 1984 wieder einen Jahresüberschuß von 2 Mill. DM erwirtschaftet.

Um dieses Ergebnis zu erreichen, war ein um 10 Prozent auf 61 Mill. DM gestiegener Umsatz vonnöten. Mit diesem Wachstum lag das Unternehmen nach eigener Einschätzung deutlich über dem durchschnittlichen Branchenplus von 8 Prozent im Inland, zumal die Marktausweitung von Preiserhöhungen in der Größenordnung von rund 6 Prozent mitgetragen wurde, während die Vilbeler ohne Aufschläge auskamen.

Beim weiteren Ausbau des 270-Mitarbeiter-Unternehmens sieht der Vorstand vor allem zwei Schwerpunkte: Zum einen den forcierten Einsatz bewährter Wirksubstanzen, die umfassend klinisch erprobt und weitgehend frei von Nebenwirkungen sind, in bewährten, aber auch in neuen Kombinationen, zum anderen die Verstärkung des Bereichs der Natur-Arzneimittel.

Katag-Gruppe hat Umsatz gehalten

hdt. Bielefeld

Der Textilfacheinzelhandel in der Bundesrepublik hat 1984 im rauhen Wettbewerbswind seine Position nur mit Mühe halten können. Umsatzschätzungen schwanken je nach Unternehmen zwischen fünf Prozent Plus und vier Prozent Minus. Die Sparte mit gemischtem Sortiment vermeldet einen nominellen Umsatzrückgang von einem Prozent, preisbereinigt jedoch von drei Prozent.

Etwas günstiger liegen die Zahlen bei den Anschlußhäusern des Einkaufsverbandes Katag Gruppe top textil, Bielefeld. Ihr im Vorjahr genannter Umsatz von insgesamt 2,64 Mrd. DM konnte wieder erreicht werden, was real ebenfalls eine Umsatzeinbuße von zwei Prozent bedeutet, ein Ergebnis, das die Katag als nicht ganz zufriedenstellend bezeichnet. Teilbereiche der Damenoberbekleidung erreichten ein Plus bis zu 37 Prozent, am unteren Ende der Skala rangierte dagegen Badewäsche mit Umsatzeinbrüchen bis zu 11,5 Prozent, nicht zuletzt Folge des verregneten Sommers.

Die Katag AG, die 1983 622 Mill. DM umsetzte, sieht ihre Marktposition jedoch als gut behauptet an, da sich das Lagergeschäft um 8,5 Prozent erhöhte. Für 1985 wird eine etwas günstigere Umsatzperspektive gesehen.

NAMEN

Käthe Dassler, Chefin des Sportartikelherstellers Adidas, ist am 31. Dezember im Alter von 67 Jahren in Erlangen gestorben.

Dr. **Reinhard Hector**, Mitinhaber und Mitglied der Geschäftsführung der Miele + Cie, erlag im Alter von 52 Jahren einem schweren Leiden.

Direktor **Hans Bauer**, stellvertretendes Vorstandsmitglied der Ed. Züblin AG, Bauunternehmung, Stuttgart, ist zum Jahresende 1984 im gegenseitigen Einvernehmen ausgeschieden. Direktor Regierungsbaumeister **Günther Regner**, Sonderbevollmächtigter des Vorstandes und Leiter des Bereichs Ausland, wird mit Vollendung des 65. Lebensjahres nach 30jähriger Tätigkeit für die Ed. Züblin AG am 31. Januar 1985 in den Ruhestand treten.

Heinz Nitzgen (63) gibt die Funktion des Vice Chairman der Deutschen Gesellschaft der McCann-Erickson ab. Sein Nachfolger wird **Fred Bühler** (43), der außerdem als Managing Director die Verantwortung für die Frankfurter Agentur übernimmt. **Egon Kerst** (49) wird zum Geschäftsführer ernannt. **Winfried Krakowski** (48), bisher Manager von McCann Frankfurt, übernimmt als Manager Professional Services die Verantwortung für die internen Dienstleistungsbereiche.

Otto Burkhardt, Mitglied der Geschäftsführung der Arab Banking Corporation-Daus & Co. GmbH, Frankfurt, ist zum Jahresende in den Ruhestand getreten.

AUSSENWERBUNG / Dritte Kampagne der Branche zur Imageverbesserung – Kaum Expansion in Großflächen

Plakate machen Reklame für sich selbst

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Außenwerbung, mit 3 Prozent von 14,3 Werbemilliarden des Jahres 1983 einer der kleinsten Werbeträger, macht auf sich aufmerksam. Die Mitglieder des Fachverbandes Außen*werbung kleben bis Februar 1985, in* einer für ihre Aktivitäten ruhigeren Zeit „Plakate für Plakate". Fachverbands-Vorsitzender Horst-Hermann Ilg mit einer Logik, die keinen Widerspruch duldet: „Wir machen jeden Tag Werbung für andere, warum nicht auch für uns selbst?"

Fünf Motive sollen denn auf 35 000 von insgesamt rund 170 000 Plakatwänden unter Beweis stellen, „daß Plakate phantasievoll, fröhlich und sympatisch, als lebendige Kunst unsere Städtelandschaft verschönern und mit zündenden Ideen das Medium überhaupt in unserer schnellen Zeit der Kommunikationsüberflutung sein können". So jedenfalls sehen es das Designer-Ehepaar Helmut Langer und Marina Langer-Rose, die Konzeption, Text und Illustration den Außenwerbern schmackhaft gemacht haben. Kostenpunkt der Eigenwerbung: 3 Mill. DM.

In wahrhaft plakativen Farben heißt es: „Plakate sprechen immer" (das Bild zeigt einen Tukan mit zugebundenem Schnabel), „Plakate machen groß" (ein Marienkäfer auf dem Seil) oder „Plakate verkaufen – z. B. Blaubären" (Blaubeeren in Form eines Bärenkopfes). Dieses Motiv soll nicht zulezt beweisen, daß sich auch das „Unmögliche" mit guten Plakaten verkaufen läßt, meint Helmut Langer.

Das wichtigste bei der Plakatwerbung soll auch für die Eigenwerbung gelten: schnelle und farbige Information, wenig Worte machen, Anstöße geben. Ilg: „Schließlich ist die Plakatwerbung die letzte Informationsquelle vor dem Einkauf." Die durchschnittliche Plakatklebedauer liegt bei 10 Tagen. In Düsseldorf stehen 3500 Großflächen, in Hamburg doppelt soviel.

Die Initiative der Plakatwerber ist nicht die erste. Bereits 1975 hieß es: „Auf dieses Medium gucken, kostet nichts" und – bewußt zweideutig – „*An diesem Medium kommt* jeder vorbei". Und 1982 veranstaltete der Verband, dem 103 von insgesamt 130 bis 140 Unternehmen angehören, die „größte Kunstausstellung Deutschlands". Da lächelte Leonardos Mona Lisa im Format 3,50 mal 2,50 Meter: „Guck mal, wie die lacht". Die nackte Maja von Goya verhieß „So ein Skandal" und der Raub der Töchter des Leukippos wurde frech kommentiert: „Ganz schön prall, Herr Rubens". Die Aktion erregte seinerzeit nicht nur Aufsehen, sondern auch Protest. Es überwogen aber positive Erfahrungen.

Die Branche schätzt ihren Umsatz (Einschaltkosten) für 1983 auf 440 Mill. DM, 1984 und 1985 dürften jeweils 5 Prozent hinzukommen. Im letzten Jahr waren im Gegensatz zu 1984 rund 5000 neue Flächen hinzugekommen. Ilg macht jedoch deutlich, daß für den Werbungtreibenden und die Außenwerber nicht die Zahl der Tafeln, sondern die Streuqualität *entscheidend ist*.

Die Großflächen, auf die vom 83er-Umsatz rund die Hälfte entfällt, waren zu 80 Prozent ausgelastet. Rund 100 Mill. DM gehen in die Verkehrsmittelwerbung (Bahnen und Busse), die gleiche Summe „klebt" an Litfaßsäulen.

Ein gutes Dutzend der Außenwerbe-Unternehmen kann als überregional tätig gelten, vor allem der Branchenriese Deutsche Städtereklame, die Deutsche Eisenbahn-Reklame und die Deutsche Post-Reklame (Bahn- und Post-Töchter), die Moplak Monumental- und Plakatreklame, das Außenwerbungskontor (Marktführer bei Großflächen) und die Dr. Grupe Außenwerbung.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Buxtehude: MS-Bauges. mbH, Apensen; **Dortmund:** Gebrüder Pickhard KG; Rainer Bukkow; **Duisburg:** Nachl. d. Karlheinz Stüber, Oberhausen; **Hagen:** Nachl. d. Friederike Ida Ilse Hohmann geb. Lauer; **Hannover:** pem interiors GmbH; Hugo Wichert GmbH, Laatzen 1; Frau Sultan Avan geb. Cotin, Stationshilfe, Inh. e. Schuh-Schnelldienstes; Hartmann + Back Chemieproduktion GmbH & Co. KG; **Hof:** Schumann & Schreider, Porzellanfabrik Schwarzenhammer GmbH, Schwarzenhammer; **Karlsruhe:** Unterstützungskasse der Ernst Heinkel Maschinenbau GmbH + Co. e. V.; **Kempten:** Nachl. d. Winfried Albiez, Lindau; **Leer:** B-A-S-Häuser Planung & Bau GmbH, Westoverledingen-Ihrhove; **Mainz:** Landmetzgerei Federer GmbH, Bingen 17; Elisabeth Gebhardt, Kauffrau, Mainz-Marienborn; **Moers:** Herzog + Langen Großküchen Verwaltungs GmbH, Xanten; Herzog + Langen Großküchen GmbH & Co. KG, Xanten; **München:** Autohaus Fingerhut GmbH; Selmode Modefachgeschäft Fritz und Asta Sellwig oHG; **Münster:** Tetzner & Kapp Ges. f. Wohnungsbau mbH; **Neuss:** Gürtler Bau- u. Bauträger GmbH; **Nordenham:** Gerriet Brödje, Bauunternehmer, Nordenham-Abbehausen; **Nürnberg:** Nachl. d. Margarete Fütterer, Lauf/Pegn.; **Recklinghausen:** Rüdiger Janze, Kaufm., Oer-Erkenschwick; **Sulzbach:** G.A.V. Limited; **Wiesbaden:** Klaus-Werner Behmenburg, Wiesbaden-Delkenheim; **Wolfratshausen:** Hermann Paetzmann, Buchdrucker, Eurasberg; **Wuppertal:** Unex Autohandels GmbH i. L.; Nachl. d. Friedhelm Bleibtreu, Heiligenhaus.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Beckum: Raestrup Beteiligungsges. mbH, Oelde; Kronit-Werk Raestrup GmbH & Co. KG; KG i. Heinr. Wilhelm Huss & Co. (GmbH & Co.).

Vergleich eröffnet: Freiburg i. Br.: wp Willot Partners GmbH.

Vergleich beantragt: Bochum: Mönninghoff Bauges. mbH.

Bundesanleihen

		2. 1.	28.12.84
7½ dgl. 84 S.46	4 89	102,2	102,26
7⅝ dgl. 84 S.47	7 89	103,25	103,2
7¾ dgl. 84 S.48	9 89	103,15	103,2
7½ dgl. 84 S.49	10 89	102,25	102,3
7⅝ dgl. 84 S 50	11 89	101,35	101,4
7 dgl. 84 S.51	12 89	100,35	100,35

Bundesbahn

		2. 1.	28.12.84
F 6½ Bdbahn 79	2 85	100,05G	100,16
8½ dgl. 73	2 85	100,2	100,25
7 dgl. 77	2 87	101,45	101,65
6 dgl. 77	9 87	99,5	99,65
6 dgl. 78 II	7 88	98,9	99

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	2. 1.	28.12.84
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
8½ dgl. Pf 10	88,5G	88,6G
6 dgl. KS 1	99,9G	99,9G
M 6 Lda. Aufb. IS 15	99,7G	99,7G
6 dgl. IS 16	99,5G	99,55
6 dgl. IS 17	98,95G	98,95G
8½ dgl. KO 49	101,4G	101,4G
8½ dgl. KO 48	101,25G	101,25G
M 7½ Bay.Lbkzt. Pf 103	101,25G	101,25G
9½ dgl. IS 726	100,3G	100,36
M 5 Bayer Verbk. Pf 11	121G	121G
6 dgl. Pf 4	95,75G	95,75G
6½ dgl. Pf 3	92,5G	92,5G
6½ dgl. Pf 12	92G	92G

Enttäuschung bei den Renten

Von einer Wiederanlage war am ersten Börsentag des neuen Jahres am Rentenmarkt noch keine Rede. Unter dem Eindruck der in den USA wieder anziehenden Zinsen und des festen Dollar blieben auch Kaufaufträge aus dem Ausland aus. Öffentliche Anleihen gaben um durchschnittlich 0,20 Prozentpunkte nach, teilweise gingen die Abschläge auch darüber hinaus. Ruhiges Geschäft am Pfandbriefmarkt mit ebenfalls eher nach unten gerichteter Tendenz. Von einem eigentlichen Verkaufsdruck konnte bisher hier jedoch keine Rede sein.

	28.12.84	27. 12.
M 7 dgl. Pf 20	100G	100G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	102,5bG	102,5bG
7 dgl. Pf 31	100,75bG	100,75bG
6 dgl. Pf 34	97,5bG	97,5bG
6½ dgl. Pf 37	99,25bG	99,25bG
8 dgl. Pf 51	100,15bG	100,15bG
Hn5 Brikom. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	95,75G	95,75G
7½ dgl. Pf 87	102G	102G
6 dgl. KS 29	88,25G	88,25G
7 dgl. KS 30	101,3G	101,3G

	28.12.84	27. 12.
Hn8 dgl. Pf 10	100,1bG	100,1bG
9 dgl. KO 53	101,1G	101,1G
7½ dgl. IS 6	102,7G	102,7G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	90,6G	90,6G
6 dgl. Pf 95	85G	85G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	133,5G	132G
5½ dgl. K	110G	109,5G
4 dgl. Pf 18	104G	104G

	28.12.84	27. 12.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
6½ dgl. RS 60	99,75G	99,75G
7 dgl. 94	100,35	100,35G
7 dgl. 99	100,15G	100,15
8 dgl. 101	104G	104G
7½ dgl. 102	102,25G	102,25G
9½ dgl. 126	106,15G	106,15G
D 8 LAG TS 76	101,7G	101,8
6½ dgl. TS 77	100,45	100,3
5½ dgl. 78	97,7	97,55
7 dgl. 79	101,4	101,4

Industrieanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Leicht befestigt schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Zulegen konnten auch Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	28. 12.	27. 12.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	346,75	344,75
Mai	340,00	338,50
Juli	333,00	332,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif	28. 12.	27. 12.
St. Lawrence 1 CW	250,71	geschl.
Amber Durum	254,31	geschl.
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	139,00	142,80
März	141,60	145,00
Mai	146,10	149,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	126,00	126,00
März	127,40	127,20
Mai	128,40	128,20
Hafer Chicago (c/bush)	28. 12.	27. 12.
März	180,50	181,25
Mai	176,75	178,00
Juli	172,25	173,00
Mais Chicago (c/bush)		
März	267,50	266,50
Mai	274,50	274,00
Juli	278,25	277,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	28. 12.	27. 12.
Dez.	133,00	134,10
März	136,40	136,70
Mai	137,40	137,70

Genußmittel

	28. 12.	27. 12.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. März	142,35	142,00
Mai	139,61	139,35
Juli	138,19	137,85

	28. 12.	27. 12.
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. März	2051	2040
Mai	2081	2063
Juli	2077	2068
Umsatz	1163	–
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	3,18	3,18
März	4,19	4,12
Mai	4,53	4,44
Juli	4,80	4,73
Sept.	5,00	4,98
Umsatz	5793	5630
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	3,10	3,21
Kaffee		
London (£/t) Robusta-Kontrakt Jan.	2228–2231	2252–2256
März	2260–2262	2270–2271
Mai	2258–2260	2259–2260
Umsatz	2582	2039
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1830–1832	1829–1830
März	1873–1874	1864–1865
Mai	1888–1891	1876–1877
Umsatz	3152	2914
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
März	120,20–120,40	–
Mai	127,20–127,80	–
Aug.	137,20–137,40	–
Umsatz	1685	–
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	28. 12.	27. 12.
schw. Sarawak spez.	427,50	427,50
weißer Sarawak	657,50	657,50
weißer Muntok	665,00	665,00

Öle, Fette, Tierprodukte

	28. 12.	27. 12.
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Febr.	53,40	53,75
April	50,05	50,35
Juni	54,75	54,60
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	76,60	77,25
März	76,57	76,85
Mai	77,85	78,40

	28. 12.	27. 12.
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Nederl. fob Werk	224,00	224,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	950,00	950,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	300,00	308,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	28. 12.	27. 12.
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	28. 12.	27. 12.
Jan.	unerhältl.	12 368
Febr.	unerhältl.	12 428
Kautschuk		
London (p/kg)	28. 12.	27. 12.
Nr. 1 RSS loco	63,00–66,00	63,00–66,00
Jan.	60,00–66,00	60,00–66,00
Febr.	61,00–67,00	61,00–67,00
März	62,00–68,00	62,00–68,00

Tendenz: ruhig

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Edelmetalle

Westdeutsche Metallnotierungen

für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

NE-Metalle

Messingnotierungen

	2. 1.	28. 12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	404–405	geschlossen
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	436–444	geschlossen
MS 63	431–433	geschlossen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

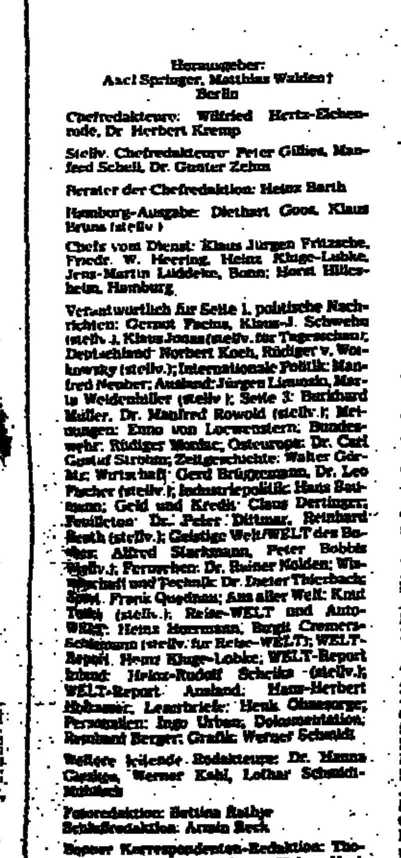
Internationale Edelmetalle

	28. 12.	27. 12.
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	546,55	547,60
3 Monate	559,35	559,60
6 Monate	574,10	572,70
12 Monate	601,65	598,85
Platin (£-Feinunze)		
London fr. Markt	250,30	250,10
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	110,10	110,15

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

	28. 12.	27. 12.
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1134,0–1135,0	1116,0–1117,[illegible]
3 Monate	1149,0–1150,0	1129,0–1130,[illegible]
Zink (£/t) Kasse	694,00–695,00	681,00–682,0[illegible]
3 Monate	686,50–687,50	675,50–676,0[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	9998–10 000	9910–992[illegible]
3 Monate	9959–9961	9900–990[illegible]
Quecksilber ($/fl.)	–	295–30[illegible]
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	70–8[illegible]



Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Martin Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Bobbis

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klàre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Kursfeuerwerk bei den Aktien

Neue Spitzennotierungen bei Siemens und Schering

DW. – Auf dem Aktienmarkt wurde das neue Börsenjahr mit einer Kaufwelle eröffnet. Ausländer, die den neuen Dollarspitzenkurs nutzten, aber auch Inländer nahmen ansehnliche Beträge an deutschen Spitzenaktien aus dem Markt. Dabei kam es in einigen Papieren zu neuen historischen Höchstkursen. So bei Siemens und Schering. Von einer Überhitzung konnte trotz der Kurssteigerungen keine Rede sein, sie wurde durch Gewinnmitnahmen verhindert, die bewußt bis ins neue Jahr hinausgezögert worden waren.

Im Elektrobereich erzielten auch SEL und PKI deutlich steigende Notierungen. Dagegen traten Nixdorf eher auf der Stelle. Von den Chemieaktien lagen vor allem Bayer fester, Beiersdorf wurden sogar um glatte 10 DM heraufgesetzt. Gering ist das Interesse nach wie vor für Bankaktien. Ausländer wurden hier kaum als Käufer registriert. Dagegen dürfte ein Teil der festen Tendenz für Autoaktien auf ihr Konto gegangen sein. Daimler überschritten seit längerer Zeit erstmals wieder die 600-DM-Grenze. Deutlich angehoben wurden auch Porsche-Aktien. Lebhaftes Interesse fanden Allianz-Aktien, die sich ebenfalls deutlich verbesserten. Die übrigen Versicherungswerte waren weniger beachtet.

Düsseldorf: Aseag verloren 10 DM und Kochs Adler 4 DM. Leffers verminderten um 5 DM. Concordia Chemie stockten um 10 DM und DAT um 5 DM auf. Dyckerhoff verbesserten sich um 4 DM und Gerresheimer Glas um 3,80 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Victoria um 100 DM und Allianz Leben um 40 DM.

Frankfurt: Cassella stockten um 15,10 DM und Chemieverwaltung um 11,10 DM auf. Düwidag verbesserten sich um 6,50 DM und Gestra um 4 DM. Linde stockten um 7,20 DM und MAN-St. um 6,50 DM auf. Pfälzische Hypo gaben um 10 DM nach.

Hamburg: HEW gingen mit 89 DM und NWK-Vz. mit 174 DM aus dem Markt. Unverändert blieben Phoenix Gummi bei 116 DM und Bremer Vulkan wurden mit 69,50 DM bezahlt. Größere Gewinne erzielten Beiersdorf mit 405 DM (plus 10 DM), sowie Markt und Kühlhallen mit 400 DM.

München: Audi NSU verminderten um 15 DM, Electronic 2000 gaben um 10 DM und Erlus AG um 3 DM nach. Grünzweig verloren 0,50 DM. Deckel stockten um 6 DM, Dywidag um 3 DM und Süd Chemie um 15,50 DM auf. Gehe AG und Zahnräder Renk verbesserten sich je um 1 DM.

Berlin: Berthold zogen um 21 DM, Schering um 9,50 DM, DeTeWe und Rheinmetall um je 6 DM an. Herlitz St. erholten sich um 3,50 DM, DUB-Schultheiss um 1,50 DM, Berliner Kindl um 1,40 DM und Herlitz Vz. um 1 DM. Berliner Elektro gaben um 5 DM nach. Kempinski wurden um 3 DM niedriger taxiert. Orenstein bröckelten um 1 DM ab.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 164,2 (162,8)
WELT-Umsatzindex: 2530 (2520)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Wien

Kopenhagen

Brüssel

Singapur

Sydney

Optionshandel

Kaufoptionen: AEG 1-100/4,8, 4-100/10,5, 4-110/5, 4-120/2,4, 7-100/13, 7-110/8,9, 7-120/4,9, BASF 1-160/24, 1-163/22, 1-170/14, 1-173/11, 1-180/4-4,8, 1-183/1,2, 4-150/37,5, 4-160/29, 4-170/18, 4-180/13, 4-190/6, 4-200/3, 7-170/28, 7-180/17, 7-190/14, 7-200/6,3, Bayer 1-150/40, 1-170/22, 1-173/18,15, 1-180/12, 1-183/8,65, 1-190/2,5, 4-190/10, 4-210/3,45, 7-180/24, 7-190/21,7, 7-200/10,6, 7-210/8,1, Bekula 1-90/5, BMW 4-400/4, Bay. Vereinsbk. 7-350/11, Commerzbk. 1-160/9,45, 4-170/11,6, 4-180/6,3, 4-190/3,6, 7-190/8,1, Conti 4-120/6,5-7,1, 4-130/3, 7-130/5, Daimler 1-580/11, Deutsche Bk. 1-380/22, 4-400/10,4, 4-410/8,6, Dresdner Bk. 1-190/3, 4-190/11,05, 4-200/7,1, 4-210/3, 7-190/17,6, 7-210/6,8 GHH St. 7-160/8,15 Hoechst 1-180/9,1, 1-190/1,85, 4-170/21, 4-190/8, 4-200/4, 7-180/20,5, 7-190/17, 7-261/5,5, Hoesch 4-100/6,6, 7-100/11,3, 7-120/2,5, Karstadt 1-240/3,5, KHD 4-250/15, 7-270/8, Klöckner 4-70/6,5, 4-75/4,2, 4-80/2,9, 7-75/6,4, 7-80/5, 7-90/2,5, Lufthansa St. 4-160/23,5, MAN 4-150/6,4, 7-170/4, Mannesmann 1-140/9, 1-150/1,7, 4-140/15,9, 4-150/8,8, 4-160/4, 7-150/12,6, 7-180/8,6, 7-170/3,95, Preussag 4-280/12, RWE St. 1-160/4,5, 4-170/5,4, RWE Vz. 1-160/5, Schering 4-410/55, Kali + Salz 4-250/10,6, Siemens 1-440/35, 1-450/20, 1-470/4, 1-480/2,4, 4-410/70,7, 4-420/61, 4-430/49, 4-450/30,5, 4-460/26, 4-470/18,5, 4-500/7, 7-480/30, 7-500/20, 7-510/11,1, Thyssen 1-90/2,3, 4-85/3,8, 4-90/1,9, 7-80/9,3, 7-85/6,4, 7-90/4, Varta 1-170/7,5, Veba 1-170/3, 4-170/10, 4-180/4,4, VEW 1-120/2, VW 1-180/23, 1-190/13, 1-200/4, 4-170/38, 4-180/29, 4-190/22,8, 4-200/15, 4-210/9,3, 4-220/6,6, 4-230/3, 7-190/28, 7-200/20, 7-210/15, 7-220/9,5, 7-230/7, Alcan 4-80/4, 7-80/7,1, Chrysler 1-80/16,5, 4-95/7,5, Norsk Hydro 4-35/3,3, 7-35/5,7, Philips 4-50/2,4, 7-50/4,55, **Verkaufsoptionen:** AEG 4-95/1, 4-100/2,6, 7-95/1,8, 7-100/3,5, BASF 7-180/3,5, Bayer 4-180/1,1, 7-180/2, BMW 4-370/7, Commerzbk. 4-170/3, Conti 7-110/2,2, Dresdner Bk. 1-190/1,7, 4-190/3,45, Hoesch 4-100/4,4, Karstadt 7-240/11, Klöckner 4-70/3, 4-75/7, Mannesmann 4-150/4,4, Siemens 4-450/7, 7-420/2,4, VW 4-190/1,4, 7-180/3, 7-190/5, 7-200/7,6, Chrysler 4-95/5,85, IBM 4-380/3,6, 4-370/10,4, Royal Dutch 4-150/6,5, Sperry 4-120/5,

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 2. 1. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¼– 8½	5½–5¾	4½–4¾
3 Monate	8½– 8¾	5½–5¾	4⅝–4⅞
6 Monate	9 – 9¼	5½–5¾	4⅝–4⅞
12 Monate	9⅞–10⅛	5½–5¾	4¾–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 2. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1515,00	1875,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1220,00	1471,25
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	681,20
1 £ Sovereign alt	223,00	277,02
1 £ Sovereign Elizabeth II.	219,00	272,46
20 belgische Franken	171,00	223,30
10 Rubel Tscherwonez	232,00	291,84
2 südafrikanische Rand	217,00	270,18
Krüger Rand, neu	991,00	1169,64
Maple Leaf	991,00	1169,64
Platin Noble Man	940,00	1111,50
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	248,00	310,08
20 schweiz. Franken „Vreneli"	178,00	226,86
20 franz. Franken „Napoléon"	179,00	228,00
100 österr. Kronen (Neuprägung)	914,00	1105,80
20 österr. Kronen (Neuprägung)	182,00	230,28
10 österr. Kronen (Neuprägung)	94,00	124,26
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	421,00	519,84
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	100,00	136,80

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

02. 01. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfa.-Kurs⁴)	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York³)	3,1687	3,1767	3,1453	3,11	3,20
London¹)	3,620	3,634	3,610	3,57	3,72
Dublin¹)	3,113	3,127	3,050	2,19	2,29
Montreal³)	2,3839	2,4019	2,3695	2,34	2,44
Amsterd.	88,490	88,710	88,535	87,50	89,50
Zürich	121,100	121,300	121,240	120,00	122,75
Brüssel	4,982	5,002	4,929	4,87	5,07
Paris	32,605	32,765	32,265	31,75	33,50
Kopenh.	27,915	28,085	27,565	26,75	28,50
Oslo	34,555	34,675	34,060	33,50	35,25
Stockh.**)	35,035	35,195	34,600	34,25	36,00
Mailand²) **)	1,623	1,633	1,595	1,59	1,69
Wien	14,221	14,261	14,177	14,14	14,36
Madrid**)	1,810	1,820	1,782	1,74	1,86
Lissabon**)	1,845	1,865	1,791	1,43	2,25
Tokio	1,2600	1,2630	–	1,21	1,27
Helsinki	47,870	48,070	47,085	47,25	49,00
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,418	2,472	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,583	2,602	–	2,54	2,84
Johannesbg.*)	1,5705	1,5895	–	1,45	1,70

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Am ersten Handelstag des neuen Jahres war eine leichte Umsatzbelebung festzustellen, wenn auch das normale Geschäftsvolumen nicht erreicht wurde. Das Vertrauen zum US-Dollar zeigte sich in der Kursbewegung von 3,1650 bis 3,1830 im Laufe des Tages. Der vorsichtige Optimismus setzte sich erneut durch, nachdem man erkennen mußte, daß die Bundesbank nicht bereit war zu intervenieren. Mit 3,1727 wurde das höchste Dollar-Fixing seit dem 29. Januar 1973 ermittelt. Die Ölwährung Großbritannien fiel besonders stark um 7,7 Promille auf 3,627 zurück, der japanische Yen stieg dagegen um 6 Promille auf 1,2615. Die Kursentwicklung der meisten anderen amtlich notierten Währungen wich dagegen nur unwesentlich vom Vortag ab. US-Dollar in: Amsterdam 3,5825; Brüssel 63,58; Paris 9,7200; Mailand 1949,50; Wien 22,2370; Zürich 2,6177; Ir. Pfund/DM 3,120; Pfund/Dollar 1,1432; Pfund/DM 3,627.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 2. Januar: In D-Mark 2,22942 (Parität 2,24184); in Dollar 0,701626 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 2. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Am Terminmarkt ergaben sich am ersten Handelstag im neuen Jahr keine gravierenden Veränderungen der Abschläge für Dollar gegen D-Mark.

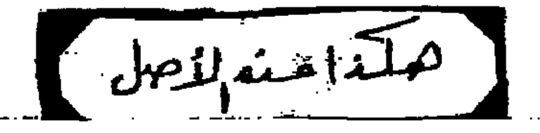
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,80/0,70	2,45/2,35	5,53/5,33
Pfund/Dollar	0,13/0,11	0,43/0,39	0,64/0,59
Pfund/DM	2,0/0,6	4,7/3,3	8,7/7,3
FF/DM	22/06	49/33	93/77

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 2. 1.: Tagesgeld 5,50–5,60 Prozent; Monatsgeld 5,70–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 5,70–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 2. 1.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 2. 1.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,58) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,03) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 98,70, Rendite 6,82.



Was ich tue, verstehst du jetzt nicht,
Du wirst es aber später erfahren.
Joh. 13,7

Mein über alles geliebter Mann, unser gütiger Vater, lieber Sohn, Bruder, Schwiegersohn und Schwager

Reinhard Hector

Dr. oec. publ.

* 7. Dezember 1932 † 1. Januar 1985

hat uns nach langer, mit Würde getragener Krankheit in stillem Frieden verlassen.
Sein Leben und seine Liebe waren uns kostbarstes Geschenk von dem, der geben und nehmen darf.

In tiefer Trauer

Dagmar Hector geb. Six
Mirjam und Julia
Hilde Hector geb. Zinkann
Dr. Marianne Schultz-Hector
Dipl.-Kfm. Hans Joachim Schultz-Hector
Theo Erich Hector, M.A.
Gisela Hector geb. Berger
Dr. Ferdinand Six
Ada Six geb. Nahlen
Norgard Oehring geb. Six
Dipl.-Kfm. Claus Oehring

4800 Bielefeld 1, Lina-Oetker-Straße 7

Die Beisetzung findet am Freitag, den 4. Januar 1985 auf dem Sennefriedhof statt. Beginn der Trauerfeier um 10.30 Uhr in der Alten Kapelle.

Von Beileidsbesuchen und Reden am Grabe bitten wir abzusehen.

Anstelle zugedachter Blumen oder Kränze bitten wir im Sinne des Verstorbenen die Fördergemeinschaft für Erfahrungsheilkunde, Natur und Medizin e. V., Schirmherrschaft Frau Dr. Veronica Carstens, Deutsche Bank Bonn, Kt.-Nr. 0 535 252, BLZ 380 700 54, oder die Kindernothilfe e. V., Duisburg, Sparkasse Duisburg, Kt.-Nr. 201 004 488, BLZ 350 500 00, zu bedenken.

Nach langem, mit großer Tapferkeit ertragenem Leiden verstarb

Dr. Reinhard Hector

Mitinhaber und Mitglied der Geschäftsführung
der Miele & Cie., Gütersloh

am 1. Januar 1985 im Alter von 52 Jahren.

Ein schaffensreiches Leben als engagierter Unternehmer ging viel zu früh zu Ende. Seine Klugheit, seine stete Einsatzbereitschaft und sein außerordentlich harmonisches, warmherziges Wesen waren für uns ein großer Gewinn. Sein Tod löst tiefe Betroffenheit aus und bedeutet für das Unternehmen und für alle Mitarbeiter einen schweren Verlust.

Gesellschafter, Geschäftsführung, Betriebsräte und Mitarbeiter
Miele & Cie. KG Gütersloh und Bielefeld

Die Beisetzung findet am Freitag, den 4. Januar 1985 auf dem Sennefriedhof, Bielefeld, statt. Beginn der Trauerfeier um 10.30 Uhr in der Alten Kapelle.

Anstelle zugedachter Blumen oder Kränze bitten wir im Sinne des Verstorbenen die Fördergemeinschaft für Erfahrungsheilkunde, Natur und Medizin e. V., Schirmherrschaft Frau Dr. Veronica Carstens, Deutsche Bank Bonn, Kto.-Nr. 0 535 252, BLZ 380 700 54, oder die Kindernothilfe e.V., Duisburg, Sparkasse Duisburg, Kto.-Nr. 201 004 488, BLZ 350 500 00, zu bedenken.

FINANZANZEIGEN

Das Geschäftsjahr 1983 der Kölnischen Rück.

Älteste Rückversicherungs-Gesellschaft der Welt – Gegründet 1846

Zusammengefaßte Bilanz zum 31.12.1983

Aktiva	DM	Passiva	DM
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	41.092.194	Grundkapital	40.000 000
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	12.502.888	Gesetzliche Rücklage	25.000 000
Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	519.626.979	Freie Rücklage	39.500 000
Schuldbuchforderungen gegen den Bund und die Länder	6.075.142	Freie Sonderrücklage	41.000 000
Beteiligungen	57.143.415	Sonderposten mit Rücklageanteil	4 050 565
Wertpapiere und Anteile, soweit sie nicht zu anderen Posten gehören	800.179.577	Pauschalwertberichtigungen	3.129 230
Festgelder, Termingelder und Spareinlagen bei Kreditinstituten	31.403.437	Beitragsüberträge	287 587.287
Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	1.464.652.625	Deckungsrückstellung	1.029 022.409
Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft	194.348.545	Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	1.108 865.647
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.334.464	Schwankungsrückstellung	19 913 273
Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben	51.919	Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	7.121 485
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten	9.725.005	Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	123 712 795
Zins- und Mietforderungen	33.729.455	Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	185 460.492
Sonstige Aktiva	2.248.533	Nichtversicherungstechnische Rückstellungen	51 392 066
		Sonstige Passiva	3.148 547
		Bilanzgewinn	7.210 392
	2.976.114.168		2 976.114.168

Die Brutto-Beitragseinnahmen 1983 betragen in den Sparten:	DM
Lebens-Versicherung	301.233.235
Allgemeine Unfall-Versicherung	35.099.229
Allgemeine Haftpflicht-Versicherung	120.843.200
Kraftfahrt-Versicherung	315.432.893
Luftfahrt-Versicherung	12.256.263
Transport-Versicherung	108.353.239
Feuer-Versicherung	397.132.404
Sonstige Versicherungszweige	185.330 831
	1.475.681.294

Gewinnverwendung:	DM
18 % Dividende auf das dividendenberechtigte Aktienkapital von 40 Millionen DM	7.200 000
Gewinnvortrag	10.392
	7.210.392

Die Garantiemittel betragen zum 31.12.1983 2.598.010.081 DM. Die Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, hat den Jahresabschluß zum 31.12.1983 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der vollständige Jahresabschluß ist im „Bundesanzeiger" Nr. 243/84 veröffentlicht worden.

Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Köln



**Westinghouse Electric Corp.
Pittsburgh**

**Angebot an die Aktionäre der
H. Maihak Aktiengesellschaft**

Die Westinghouse Electric Corp. (WEC), Pittsburgh, hält über ihre deutsche Tochtergesellschaft, die Westinghouse Fanal-Schaltgeräte GmbH (WF), Wuppertal, 51 % des Grundkapitals der H. Maihak Aktiengesellschaft und ist daran interessiert, diesen Anteil auf mindestens 75 % zu erhöhen. WF bietet daher den Aktionären der H. Maihak AG die Möglichkeit, ihre Aktien

zum Preis von DM 200,– je 50-Mark-Aktie

an WF zu veräußern.

Der Vorstand der H. Maihak AG empfiehlt den Aktionären, das vorteilhafte Kaufangebot anzunehmen.

Die Aktionäre der H. Maihak AG, die von der Möglichkeit, ihre Aktien zu veräußern, Gebrauch machen wollen, werden gebeten, ihre

Maihak-Aktien
mit Gewinnanteilschein Nr. 37 uff.
und Erneuerungsschein
– Wertpapier-Kenn-Nummer 655 300 –

in der Zeit vom 3. Januar bis 31. Januar 1985 bei einer der nachstehend genannten Banken anzumelden und zur Verfügung zu stellen:

Deutsche Bank AG
Commerzbank AG

Mit der Anmeldung erklären sich die Aktionäre der H. Maihak AG damit einverstanden, daß ihre Aktien bis zur Entscheidung über den Ankauf zur Verfügung der Deutschen Bank AG gehalten werden.

Es bleibt WF vorbehalten, von dem Angebot zurückzutreten, sofern aufgrund dieses Angebots nicht mindestens 25 % des Grundkapitals der H. Maihak AG zur Verfügung gestellt werden. Falls WF von diesem Rücktrittsrecht Gebrauch macht, wird dies innerhalb von 2 Wochen nach Ablauf der Angebotsfrist bekanntgemacht.

Sofern die angestrebte Beteiligung erreicht wird, erhalten die Aktionäre den Gegenwert ihrer Aktien innerhalb von 2 Wochen nach Ablauf der Angebotsfrist gutgeschrieben. Der Verkauf der Aktien ist für die Maihak-Aktionäre provisions- und börsenumsatzsteuerfrei.

Die Westinghouse Electric Corp. verpflichtet sich, alle Aktionäre der H. Maihak AG, die ihre Aktien aufgrund dieses Angebots an WF veräußern, durch eine zusätzliche Entschädigung (Nachbesserung) solchen Aktionären gleichzustellen, die etwa künftig aufgrund eines von der WF oder eines ihr nahestehenden Dritten abgegebenen Kauf-, Umtausch- oder Abfindungsangebots einen höheren Erlös für die Veräußerung ihrer Maihak-Aktien erzielen sollten. Diese Verpflichtung gilt bis zum 31. Januar 1987 und verlängert sich für den Fall, daß es zu einem gerichtlichen Verfahren gemäß § 306 AktG kommen sollte, bis 3 Monate nach rechtskräftigem Abschluß des Verfahrens.

Pittsburgh, im Dezember 1984

Westinghouse Electric Corp.

Kung Fu – Hohe Schule der Selbstverteidigung, nicht des Angriffs

Ziel war die seelische Harmonie



Chinesisches Schattenboxen – aus einer Anleitung zum Shao-Lin
FOTO: DIE WELT

Die Angelegenheit ist ebenso paradox wie spitzfindig. Paradox, weil es ausgerechnet den Regisseuren und Darstellern schnell abgedrehter Samurai-Schinken und Abenteuer-Eskapaden – zumeist in Hongkong produziert – überlassen blieb, den Begriff der alten chinesischen Selbstverteidigungsmethode Kung Fu in die Welt hinauszutragen. Spitzfindig, weil man sich in China – auf welcher Seite des Bambusvorhanges auch immer – eines Kunstgriffes bedient, um Kung Fu zu erklären. So hält sich denn auch weiterhin hartnäckig die Version, Anfang des sechsten Jahrhunderts hätten die zen-buddhistischen Mönche des Shaolin-Klosters die Kampfkunst Kung Fu zum Schutze ihres Tempels ersonnen, um sich bar jeglicher Waffen mittels kräftiger Fußtritte und heftiger Handkantenschläge räuberischer Eindringlinge zu erwehren. Zu solcherart alt-

Der trunkene Affe im Auge des Tigers – ZDF, 22.50 Uhr

chinesischer Kampfkünste waren die Shaolin-Mönche sicher durchaus in der Lage, doch das chinesische Schattenboxen – jene Urform aller ostasiatischen Selbstverteidigungsmethoden – war anfangs nichts anderes, als ein Teil zen-buddhistischer Exerzitien: Geistige Konzentration, Atemkontrolle, rhythmische Bewegungsübung.

Kung Fu oder Shao-Lin galt als ein Hilfsmittel, um die im Zen-Buddhismus angestrebte bruchlose Einheit zwischen Geist, Seele und Körper zu erreichen. Noch vor elf Jahren schrieb deshalb der Kung-Fu-Meister Chung Cheok Tow aus Singapur in seinen Anleitungen zum Shao-Lin: „Man darf das Shao-Lin nur zur Selbstverteidung anwenden, wenn man etwa von wilden Tieren oder von Räubern bedroht wird, dagegen nie zum Angriff. Ich muß meine Schüler nachdrücklich darauf hinweisen, daß sie allen Ernstes verpflichtet sind, das Schattenboxen niemals und unter keinen Umständen als Angriffswaffen zu mißbrauchen."

Notwendige Hinweise, weil auch der inzwischen verstorbene Bruce Lee, Held ungezählter Hongkong-Eastern und selbsternannter Hoher Priester eines eigens entwickelten modernen Kung-Fu-Systems „Jeet Kune Do", für gehörige Verwirrung gesorgt hat. Was Bruce Lee in seinen Filmen bot, waren oft unrealistische und fantastische Darstellungen asiatischer Schlag-, Stoß- und Tritt-Techniken. Lee selber hat darüber einmal geschrieben: „Solche spektakulären Aktionen gehören zur Scheinwirklichkeit solcher Filme. Der Zuschauer sieht das Trampolin nicht. Er verwechselt künstliche Arrangements mit der Realität." Was Lee wirklich bot, war ein Stil ohne klassische, passive Abwehrformen und stilisierte Bewegungen. Abwehr und Gegenangriff erfolgten simultan, die Bewegungen waren einfach und direkt. Deshalb noch diese Erklärung von Bruce Lee: „Mein Stil hat nichts Mystisches. Die Bewegungen sind ökonomisch und ihre Besonderheit liegt gerade in ihrer Einfachheit und Unkompliziertheit. Ich gehe davon aus, daß der leichte Weg der richtige Weg ist."

Bei den Kung-Fu-Puristen führt dieser Weg allerdings nicht über die Erkenntnisse des ehemaligen Filmhelden Bruce Lee, sondern über die alte Popularität des Shaolin-Stils „Tai Mantis" – so genannt nach der chinesischen Gottesanbeterin. Bei diesem Stil werden Fangbewegungen dieser tödlich wirkenden Fangheuschrecke imitiert. Beliebt ist er deshalb, weil die Bewegungen der Fangheuschrecke beim Ergreifen des Opfers blitzschnell und hochgradig koordiniert sind. Auf den Bewegungen von Tieren – Adler, Tiger, Leopard und Kranich – ist vieles im klassischen Kung Fu aufgebaut und vieles davon wurde auch ins koreanische Taek Won Do und ins japanische Karate übernommen.

Einige der alten Kung-Fu-Stile durften im alten China nur die oberen Schichten lernen. Im heutigen China soll Kung Fu peu a peu den Charakter des Volkssports erhalten. Man habe dabei voller Interesse verfolgt, was sich in der westlichen Welt in Sachen Kung Fu ergeben hätte, sagten einmal chinesische Experten bei einem Besuch in den USA. Doch als Volkssport, als schlichte Turnübung oder womöglich als tödlich wirkende Zweikampf-Methode hatten die Shaolin-Mönche Kung Fu nicht gedacht.

KLAUS BLUME







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 *Liebe läßt alle Blumen blühen*
11.50 Umschau
12.10 Kennzeichen D
12.55 *Presseschau*
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Fiesta Tropical
Eine Nonstop-Revue
16.55 Denkste!?
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.18 Rück-Sichten
Die Opfer leben noch
Schicksale nach dem Schleyer-Attentat
Es geschah am 5. September 1977 in Köln: Der Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer wird von Terroristen entführt und ermordet. Sein Schicksal beschäftigte Menschen in aller Welt. Die Sendung begibt sich auf Spurensuche nach den vier Begleitern Schleyers, die bei dem Anschlag ums Leben kamen. Konturen und Gedanken dieser Menschen werden in Gesprächen mit Angehörigen und Freunden deutlich. Film von Ingrid Skrobicki
21.00 Das kleine Kino an der Ecke
Ausschnitte aus Filmen, die im Jahre 1957 die Lichtspielhäuser füllten. Wieder einmal schlüpft Ralf Wolter in die Rolle des Filmvorführers Grunwald. „Ladykillers", der Felix-Krull-Film mit Horst Buchholz, „Der Stern von Afrika" füllten damals die Kinosäle. Und auch ein kaum bekannter Sänger gab in jenem Jahr sein Kino-Debüt: Roberto Blanco.
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Ein Kulturmagazin
Mit folgenden Beiträgen:
Der Regisseur George Tabori – Über die Arbeit eines experimentierfreudigen Theatermannes
Ende einer Odyssee – „Paris, Texas" kommt in die Kinos
Zwischen zwei Kulturen – Die türkische Bildhauerin Azade Köker in Berlin
22.30 Tagesthemen
23.00 Ein Badeunfall
Fernsehspiel von Karl Wittlinger
Rene, Bühnenbildner an der Oper, ist bekannt als gewissenloser Frauenheld. Dennoch: die reiche Erbin Jutta, Cellistin des Orchesters, verliebt sich in den smarten Typ. Als Rene erfährt, daß Jutta wegen einer Krankheit nur noch zwei Monate zu leben hat, heiratet er sie. Es stellt sich heraus, daß alles auf einer Verwechslung beruhte. Nun fürchtet Jutta auf der Hochzeitsreise um ihr Leben.
0.20 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 . . . doch die Mode bringt's hervor
6teilige Serie. Zur Kulturgeschichte der Kleidung.
16.35 Die Höhlenkinder
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Tom und Jerry
18.20 Ein himmlisches Vergnügen
18.56 Programm-Service
19.00 heute
19.30 *Europäisches Filmfestival im ZDF*
Fanny und Alexander
4teiliger Fernsehfilm von Ingmar Bergman
2. und 3. Teil
Kurz nach Weihnachten stirbt Fannys und Alexanders Vater. Nach der Beerdigung sehen sie seinen Geist und werden von mysteriösen Erscheinungen begleitet. Ein Jahr später. Die junge Witwe Emilie schließt das Theater auf Wunsch des Bischofs Edvard Vergerus. Sie heiratet den strengen Mann und zieht mit den Kindern, die den Stiefvater hassen, in sein düsteres Haus. Emilie erkennt, daß die Heirat ein Irrtum war.
21.45 heute-journal
22.05 Die schwierigen Nachbarn
Die deutsch-deutschen Beziehungen von 1969 bis 1984. Manfred Rexin, profunder Kenner deutschlandpolitischer Zusammenhänge und Hintergründe, zieht eine Bilanz der fünfzehnjährigen Beziehungen zwischen Bonn und Ostberlin. Er fragt: Was hat uns die Deutschlandpolitik gebracht, und wie geht es weiter?
22.50 Filmforum
Der trunkene Affe im Auge des Tigers
Kung Fu zwischen Shaolin und Mao
23.35 heute
23.40 Stoppt die Todesfahrt der U-Bahn 123
Amerikanischer Spielfilm (1974)
Mit Walter Matthau u. a.
New York, U-Bahn-Station an der 28. Straße. Es läuft der Zug „Pelham 123" ein. Eingekeilt in der Menge der Fahrgäste vier Männer. Ihr Plan: Entführung der Bahn! Das Vorhaben gelingt. Die Gangster fordern eine Million Dollar und geben eine Stunde Frist. Für Garber, den U-Bahn-Sicherheitschef, beginnt ein Wettlauf mit der Zeit.
1.50 Gute Nacht-Musik
Frédéric Chopin: Nocturne Es-Dur op. 9

Robert Show in „Stoppt die Todesfahrt der U-Bahn 123" – ZDF, 23.40 Uhr
FOTO: PBD KINDERMANN

III.

WEST/NORD

Gemeinschaftsprogramm:
16.00 *Jim Knopf und die wilde 13*
2. Teil: Vom Magnetberg in die Wüste
16.30 Mahalia Jackson
Gospelgesang für ein Leben in Freiheit
17.15 Härtetest
Mit neuen Autos durch die Wüste
18.00 Kein Tag wie jeder andere
Am Start Eric mit Tipsy
18.20 Lolek und Bolek
Luftkissenfahrzeug
18.30 Regenbogenpreis
6. Folge: Musik, Musik
19.00 Aktuelle Stunde
Nur für Nord:
19.00 Das ist kein Problem
Regisseurinnen an deutschen Theatern (3)
19.45 Autos, die Geschichte machten
6. Folge: Ein Käfer für alle
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Leib und Seele
Französischer Spielfilm (1978)
Mit Christine Merthan, Christian Quadflieg u. a.
Für seine Nachbarn und Freunde ist der Arbeiter Pierre ein Träumer, eine Art romantischer Held. Sie finden es bewundernswert, daß er sich für klassische Musik interessiert, können aber diese Leidenschaft nicht verstehen. Eines Tages lernt Pierre in einem Konzert die Apothekerin Jeanne-Michele kennen. Er verliebt sich in die gebildete Frau, die für ihn eine andere Welt verkörpert. Mit allen Mitteln versucht er jetzt, diese Traumfrau zu erobern.
Regie: Fritz Umgelter
23.40 Schach dem Weltmeister
0.20 *Tagesschau*

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Auskunft: Arbeit und Beruf
19.05 Autoreport
19.20 Elvis – That's the way it is
Amerikanischer Dokumentarfilm (1970)
(Original mit Untertiteln)
21.05 Atelierbesuch: Thomas Strittmacher
21.30 Drei aktuell
21.45 *Das Bild der Woche*
21.55 Die leeren Netze von Vigo
22.40 Malo (1)

SÜDWEST

18.00 Kleiner König Kalle Wirsch (2)
18.30 Berühmte Kaffeehäuser
Herr und Frau Hawelka
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Weizsäckers
Aufstieg einer Familie
20.15 Der Schauspieldirektor
Komödie mit Musik von Wolfgang Amadeus Mozart
21.15 Dokumentation zum „Schauspieldirektor"
21.45 Prognose '85
22.45 Die Palucca
Porträt der ehemaligen Tänzerin Gret Palucca
23.30 Nachrichten

BAYERN

18.15 Von der Sucht, mager zu werden
18.45 Rundschau
19.00 Damals Tagesgespräch
Robinson soll nicht sterben
Volksstück von Friedrich Forster
20.50 Japan am Lago Maggiore
21.35 Rundschau
21.50 Z. E. N.
21.55 Elvis
Amerikanischer Spielfilm (1979)
(Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
0.25 Rundschau



13.30 Solid Gold
Amerikanische Hitparade
14.00 Die Waltons
Die Schreibmaschine
15.00 Siehste!
Skitricks kinderleicht
Tips und Tricks von Profis für Kinder
15.30 Musicbox
Aktuelle Videoclips mit Informationen, Klatsch und Tratsch aus der Pop-Szene
16.30 Perrine
Neue Hoffnung
17.00 Simon Templar
Trifft eine alte Freundin
18.00 Fauna Iberica
Iltisse, Teil 1
und Hillibilli Bären
oder Regionalprogramm
18.30 Blick
Aktuelles vom Tage
anschl. Quiz
18.45 Hit-Raketen 1984
Die Sendung ist eine Live-Aufzeichnung der Break Dance Super Fete, veranstaltet von der Zeitschrift Bravo vom 30. 5. 1984 in der Dortmunder Westfalenhalle.
20.30 Die Dornenvögel
1. Teil (USA 1983)
Darsteller: Richard Chamberlain, Rachel Ward, Jean Simmons, Richard Kiley, Barbara Stanwyck
Regie: Daryl Duke
Mary Carson, eine der reichsten Frauen Australiens, verbringt das Weihnachtsfest auf ihrer Schaffarm Drogheda mit Pater Ralph de Bricassart, einem Geistlichen, der wegen Ungehorsams gegen seinen Bischof aus Irland in die australische Einöde geschickt wurde. Trotz ihres Alters liebt Mary Carson den jungen Pater. Sie spielt mit dem Gedanken, ihr gesamtes Vermögen der Kirche zu vererben, und Pater Ralph dadurch eine kirchliche Karriere zu ermöglichen.
21.30 Blick – Eine Aktualitätenshow
– Blick Aktuell
– Rund-Blick
– Sport-Blick
– Wetter im Blick
22.15 Die Dornenvögel
2. Teil
des amerikanischen Spielfilms
0.00 Blick – letzte Nachrichten

3SAT

18.00 *Bilder aus Deutschland*
Wo Rotkäppchen zu Hause ist
Auf den Spuren der Brüder Grimm
Reportage von Gabi Kraiker
19.00 heute
19.30 Derrick
Kriminalfilm
Tod am Bahngleis
20.30 Krebs, den man vergessen kann
Dokumentation von Marlene Linke
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
22.30 Lieben Sie Klassik?
Karl Löbl
präsentiert Opernszenen
23.15 3SAT-Nachrichten

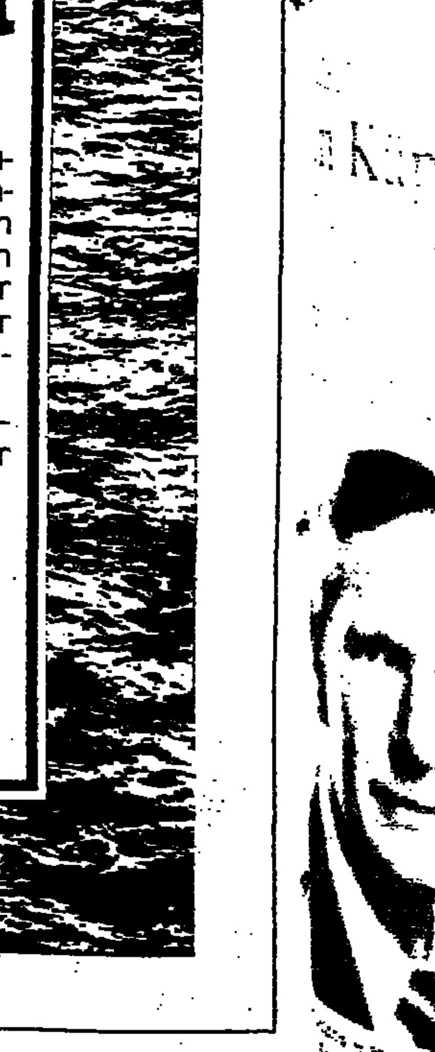
KRITIK

Fairer Blick auf die Konkurrenz

Schon auf der Baustelle hatte sich ein NDR-Team an die Fersen des APF in Hamburg geheftet, um die Entwicklung des von 165 Verlagen gegründeten Aktuellen Presse-Fernsehens von Anfang an zu verfolgen. Was der NDR nun unter dem Titel **„Die private Tagesschau"** berichtete – synchron zur Premiere –, war eine Darstellung ohne Häme und fast ohne Arroganz. Hans-Jürgen Börner und Istvan Bury versuchten als Zeugen der Vorbereitungsarbeiten den Elementen einer anderen, lockereren Nachrichtendarbietung auf den Grund zu gehen.

Sie bemühten sich vor allem, Autoren, Paten und Zeugen zu vernehmen: Peter von Zahn, Bundespostminister Schwarz-Schilling, Länderchefs wie Klaus von Dohnanyi und Uwe Barschel, zuerst aber APF-Geschäftsführer Gerhard Naeher und Chefredakteur Armin Halle. Die NDR-Leute eröffneten den Nachrichtenprofis des Privatfernsehens die Chance, vor einem Millionenpublikum ihr Konzept zu verkünden. Kernpunkte: das Menschliche wird im Mittelpunkt stehen; die Stärke des APF liegt in den Stützpunkten der 165 Zeitungen in vielen mittleren Städten, in denen die ARD nicht vertreten ist. Die Redaktion ist bereit, sich dem Urteil des Zuschauers zu stellen, während die öffentlich-rechtlichen Anstalten, so Naeher: „sich den Luxus leisten können, Inzucht zu betreiben". Ausgespart hatten Börner und Bury einen Blick auf die Kostenstruktur. Dafür bauten sie die Werbung als Kostenträger des privaten Fernsehens zum großen Buhmann auf – als hätte es rund um die Nachrichtensendungen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen noch nie einen Werbespot gegeben.

HERBERT SCHÜTTE



Damen wie Zottelbären

P. Jo. – Nun gilt es, sich mit dem neuen Kalender anzufreunden. Das Faktum, das jenes bedrohliche Jahr 1984 vorüber und nun gute 362 Tage lang 1985 zu schreiben ist, bedarf noch einiger Eingewöhnung. Und der Terminkalender, der noch in vielen Spalten erfreulich leer scheint, wird sich, das lehrt die Erfahrung, so nach und nach füllen, um schließlich wieder höchst unsymphatisch mit seinen Anforderungen an unsere Zeit mehr zu verlangen, als wir zu leisten in der Lage sind. Aber dafür droht ihm dann auch die subtile Rache des Eigners, den er mit der unfrommen Lüge „leider ist in meinem Terminkalender kein Platz mehr", als Abschreck-Alibi zu dienen hat. Denn wem gewährt man schon Einblick in dieses Daten- und Notizengewirr, um den Wahrheitsgehalt dieser Behauptung nachprüfen zu können?

Ganz offen gibt sich dagegen der Wandkalender. Unverfänglich ist dieser Zimmerschmuck allerdings auch nicht. Da kann eine Häßlichkeit hängen, die uns als „liebes Geschenk" erreichte und die wir nicht zur Unsichtbarkeit zu verurteilen wagen. Oder es hängt dort etwas, das, weil wir es selbst auswählten, ein wenig von unserem Charakter verrät.

„Beginnt das Jahr im Januar/ bleibt Lucie, wie sie immer war" ist auf meinem Kalenderblatt zu lesen. Darüber sieht man eine stämmige Frau, die dem Betrachter großäugig entgegenblickt. Ein Pin-up ist sie nicht, denn Janosch hat sie in Holz geschnitten und bedichtet. Sie gleicht eher jenen komischen Zottelbären mit Hut, die auch seine Kinderbücher bevölkern. „Ich & Du" heißt dieser Kalender, von dem beim Merlin-Verlag ganze 100 Stück abgezogen wurden. Er kostet immerhin 300 Mark. Schließlich ist es eine Premiere, daß Janosch sich am Holzschnitt versucht. Und so darf man ein Jahr lang Halt suchen an spröden Sprüche wie „Wenn im April die Geigen wimmern, was soll sich da noch viel verschlimmern?", „Im Juli bleibt der brave Mann/ bei seiner Frau, wenn er es kann" – natürlich unterstützt von Bildern aus dem richtigen Holz: schwarz und weiß. Mit solch trefflichen Weisheiten versehen kann das Jahr eigentlich nicht schiefgehen.

Eine „Museumsprobe" in der Berlinischen Galerie am Bahnhof Zoo: Marginalien zum Sammeln und Hegen moderner Kunst

Auf dem Leiterwagen über die grüne Grenze

„Museumsprobe" nennt sich ein wenig seltsam, was die „Berlinische Galerie" derzeit zeigt. Museumsleiter Eberhard Roters vergleicht seine Art, die in Berlin in diesem Jahrhundert entstandene Kunst umfassend und auf hohem Niveau darzustellen, gern mit einem Kaninchen, das in diversen epochegeschichtlichen Querschnitten und stilgeschichtlichen Längsschnitten aus dem Zylinder gezogen wurde. Allerdings ist der Zylinder, das Quartier am Bahnhof Zoo, längst zu klein geworden. Es wird höchste Zeit, daß dieses Museum im Gropius-Bau endlich Gelegenheit haben wird, seine Bestände in toto und nicht nur häppchenweise auszubreiten.

Die „Museumsprobe", einmal die Ausnahme von der thematischen Regel, zeigt, was in dieser Sammlung gut, lieb und teuer ist. Unter Aussperrung der akuten Moderne, spannt sich hier ein Panorama von der Jahrhundertwende, von der Secession mit Lesser Ury, Skarbina, Spiro und den Weißbiertrinkern von Philipp Franck zu den Ängsten und Bedrängungen, wie sie Hofer, Schlichter und Nussbaum vor oder kurz nach dem Kriege in Bilder starker Eindringlichkeit zwangen. Im Mittelraum Klassisches, Abstrakt-Konstruktives bis zu Hannah Höch und einem eben erst erworbenen phänomenalen Selbstbildnis von George Grosz aus dem Jahre 1928, – der Künstler mit Hut, Shawl und Pfeife: mehr als ein Stück malerischer Selbstbefragung.

Vieles Vertraute versammelt sich in dieser Schau mit Neuem, Aufregendem und Gewichtigem. Ganz nebenbei wird Roters' diplomatische Hand erkennbar, die, bei der seltsamen Etat-Situation seines Museums, aus vielerlei Ressourcen so überaus glücklich zu schöpfen weiß – der Fingerzeig auf die Mäzene, auf die dieses Museum nicht verzichten kann, läßt sich nicht übersehen.

Die Ausstellung ist freilich mehr. Sie gibt obendrein den Rahmen für einen bemerkenswerten Neuzugang. Eine in der Schweiz lebende Tochter des Kunsthändlers Ferdinand Möller hat der Berlinischen Galerie das Archiv der Galerie Möller geschenkt. Dazu gehören z.B. zahlreiche Briefe von Kirchner, Kandinsky, Nolde und Schlemmer. Das Material erwies sich als derart ergiebig, daß Roters eine Buchpublikation vorlegen kann, die zugleich ein „Beitrag zur Geschichte der Kunst und der Kunstgeschichte im 20. Jahrhundert" ist.

Ferdinand Möller hatte nach gründlicher Ausbildung im in- und ausländischen Buchhandel und Verlagswesen seine erste Galerie in Breslau. 1918 verlegte er sein Unternehmen nach Berlin, wo er auch Geschäftsführer der „Freien Secession" war. In seinem bedächtigen und bürgerlichen Naturell mag sich Möller grundsätzlich von seinem Galerie-Nachbarn Herwarth Walden unterschieden haben. An der Potsdamer Straße und, nach inflationsbedingter Zurückgezogenheit, in den von Poelzig hergerichteten Räumen am Schöneberger Ufer engagierte sich Möller zunächst für die Künstler der Secession und dann vehement für den deutschen Expressionismus und die Meister des Bauhauses. Will Grohmann hat ihn einen „Herold der 'Brücke'" genannt.

Möller brachte es, fast zwei Jahrzehnte nach dem Secessions-Krach mit Liebermann, fertig, daß Nolde 1928 wieder mit einer Einzelausstellung in Berlin in Erscheinung trat. Gerade auch in den ersten Nazi-Jahren hat sich Möller für Nolde stark eingesetzt, was ihm dieser „'Entartete' wider eigene Überzeugung" schlecht dankte.

Man kann die Geschichte dieser Galerie, die Roters mit Sorgfalt aufzeichnet und aus dem Archiv mit reichem dokumentarischen Anhang versieht, durchaus exemplarisch nehmen. Sie ist erhellend für die Kunst und Kunstvermittlung der damaligen Zeit; der Autor verweist zu recht auf das enorme Zeitungs- und Kritiker-Potential der 20er Jahre. Die eigentliche, man möchte sagen: historische Bedeutung gewann Möller in der Nazi-Zeit, nach der erzwungenen Beendigung der eigenen Ausstellungstätigkeit.

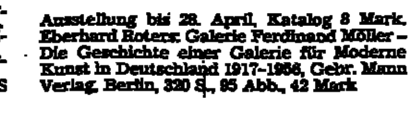
Der Versuch der subversiven Unterwanderung, der forcierte Nachweis der „Deutschheit" von Expressionismus und Bauhaus-Kunst war gescheitert. Möller hat damals nicht nur den Verkauf eines Kandinsky-Bildes aus dem Folkwang-Museum ans Guggenheim vermittelt. Er gehörte zum Kreis jener Künstler, die aufgrund ihrer Handelsbeziehungen herangezogen wurden, von den Nazis als „entartete Kunst" gebrandmarkte Werke aus Museen zu verkaufen. Möller handelte jedoch großenteils wider die Anweisungen des Propagandaministeriums, in dem er Sammler in Deutschland belieferte und einen großen Teil der Werke sogar selbst behielt und in der Nähe von Neuruppin verwahrte. Noldes „Abendmahl", das auf einem Heuwagen die dänische Grenze passierte und heute in Kopenhagen hängt, wurde dem Künstler von Möller nach der Erwerbung aus dem Beschlagnahmebestand diskret wieder zugeschanzt.

1937 und 1938 sandte Möller mehrere Kisten mit Bildern (darunter Werke von Feininger, Kandinsky, Pechstein, Mueller und Schmidt-Rottluff) als „Leihgaben" an das Institute of Art in Detroit, um sie auf diese Weise in Sicherheit zu bringen. Sie wurden freilich dort später als „deutscher Besitz" beschlagnahmt, konnten jedoch von Möllers Erben in einer händlerisch-mäzenatischen Schenk- und Kauf-Aktion zurückerworben werden.

Möller hatte nach dem Kriege zunächst in seinem von Scharoun erbauten Haus in der Sowjetischen Besatzungszone gelebt und sogar Ausstellungen betreut. Als aber einzelne an das Moritzburg-Museum ausgeliehene Kunstwerke nicht mehr herausgegeben wurden und die Beschlagnahme des übrigen, glücklich geretteten Kunstbesitzes drohte, verließ Möller die SBZ. Sein Widersacher war dort insbesondere jener kürzlich verstorbene Gerhard Strauß, der später die Sprengung des Berliner Stadtschlosses zu verantworten hatte.

Möller hat 1951 einen Galerie-Neubau in Köln eröffnet, Baumeister, Nay, Uhlmann und Fritz Winter gehörten hier zur jungen Mannschaft. Er wird insbesondere als ein Händler in Erinnerung bleiben, der – aus Liebe zu der von ihm vertretenen Kunst – Bilder und Grafiken vor Verlust und Vernichtung bewahrte und wiederum deutschen Museen zuführte, die ihrer nach den Jahren des Kahlschlags dringend bedurften. Das machen Ausstellung und Buch bewußt.

PETER HANS GÖPFERT



Ausstellung bis 28. April, Katalog 8 Mark. Eberhard Roters: Galerie Ferdinand Möller – Die Geschichte einer Galerie für Moderne Kunst in Deutschland 1917–1956, Gebr. Mann Verlag, Berlin, 320 S., 95 Abb., 42 Mark



Großstadtmalerei: „Zwei Mädchen am Fenster" von Georg Schrimpf, 1928, aus der Ausstellung der Berlinischen Galerie



Berlin als Sündenbabel: „Loth und seine Töchter" von Georg Tappert, 1911, aus der Ausstellung „Museumsprobe" FOTOS: BINDER/THIELE

JOURNAL

Kopfzerbrechen über das Staatsschauspiel

DW. München

Im Laufe des Monats Januar will der Bayerische Ministerrat über die künftige Leitung des Staatsschauspiels in München (Residenztheater) entscheiden. Der jetzige Chef, Frank Baumbauer, war als Nachfolger des langjährigen Staatsintendanten Kurt Meisel zunächst nur auf zwei, schließlich auf drei Jahre verpflichtet worden, vor allem dank der massiven Unterstützung von Seiten der Schauspieler. Nun muß Baumbauers Vertrag entweder über 1986 hinaus verlängert oder ein Nachfolger berufen werden. Zur Debatte stehen Günther Beelitz, derzeit Düsseldorf, der bisherige Wiener Burgtheater-Direktor Achim Benning und der Ingolstädter Intendant Ernst Seiltgen.

Neuer Glanz in Kairos Islamischem Museum

AFP, Kairo

In neuem Glanz präsentiert sich das vor kurzem restaurierte und reorganisierte Islamische Museum in Kairo, lange Zeit der „arme Verwandte" des Ägyptischen Museums, das die Schätze der altägyptischen Zivilisation birgt. Das Islamische Museum mit seinen 25 Sälen und rund 82 000 Objekten der arabisch-islamischen Kultur zählt rund 6000 Besucher pro Monat. Sein Bestand wurde vorwiegend in Moscheen und Koranschulen gesammelt und von Mäzenen gestiftet.

Schiefer Turm von Pisa neigte sich kaum

AP, Pisa

Der Schiefe Turm von Pisa hat 1984 die seit Jahren geringste Zunahme seiner Neigung aufgewiesen, wie aus dem am Neujahrstag veröffentlichten Jahresbericht des für den Turm zuständigen Kuratoriums hervorgeht. Messungen hätten ergeben, daß der 55 Meter hohe Marmorturm sich im Berichtsjahr nur um 0,48 Millimeter weiter geneigt habe, hieß es in dem Bericht; 1983 waren 1,28 Millimeter registriert worden. Die durchschnittliche Neigungszunahme hatte in den letzten Jahren mindestens einen Millimeter betragen.

Oldtime-Stars zum „Hot Jazz Meeting"

dpa, Hamburg

Einige der besten Oldtime- und Swing-Musiker aus Europa und den USA treffen sich im Januar in mehreren Städten der Bundesrepublik zu einem „Hot Jazz Meeting". In Hamburg gibt es zwei Konzerte am 12. und 13. Januar. Die Teilnehmer des „Hot Jazz Meeting" treten außerdem in Braunschweig (11. 1.), Düsseldorf (5. 1.), Fellbach (16. 1.), Mannheim (17. 1.), München (18. 1.) und Frankfurt (19. 1.) auf. Zu den Gästen des „Hot Jazz Meeting '85" zählen die Veteranen der Harlem Blues + Jazzband aus New York. Mit ihnen kommt die Sängerin Laurel Watson erstmals nach Europa. Weitere Mitwirkende sind die Crane River Jazzband aus England mit Ken Colyer und Monty Sunshine, die Dutch Swing College Band, der Blues-Veteran „Champion" Jack Dupree, die Fessors Big City Band aus Kopenhagen sowie Wolfgang Schlüters Swing Revival.

AUSSTELLUNGS-KALENDER

Amsterdam: La grande parade – Stedelijk Museum (bis 15. April)

Augsburg: Im Glanz des schwäbischen Kunsthandwerks – Zeughaus (19. Jan. bis 3. März)

Baden-Baden: Im Schatten hoher Bäume / Malerei der Ming- und Qing-Dynastien (1369–1911) – Kunsthalle (13. Jan. bis 10. März)

Berlin: Deutsche Spielpuppen von gestern und vorgestern – Museum für Deutsche Volkskunde (bis 24. Feb.)

Adolph Menzel – Nationalgalerie (bis 24. Feb.)

Bern: Der junge Picasso – Kunstmuseum (bis 17. Feb.)

Bremen: Das Aquarell – Kunsthalle (bis 24. Feb.)

Darmstadt: Tschechische Kunst 1878–1914 – Mathildenhöhe (bis 3. Feb.)

Düsseldorf: Land im Mittelpunkt der Mächte – Stadtmuseum (bis 24. Feb.)

Essen: Subjektive Fotografie – Museum Folkwang (bis 10. Feb.)

Hamburg: Edvard Munch – Kunstverein (bis 3. Feb.)

Hannover: Die Kunst der Comics – Wilhelm-Busch-Museum (13. Jan. bis 24. Feb.)

Francesco Clemente – Kestner Gesellschaft (bis 20. Jan.)

Krefeld: Johannes Itten – Kaiser-Wilhelm-Museum (13. Jan. bis 3. März)

Köln: Englische Porträts des 18. und frühen 19. Jahrhunderts – Wallraf-Richartz-Museum (bis 3. Feb.)

Der Schatz von San Marco – Römisch-Germanisches Museum (bis 27. Jan.)

Ludwigshafen: Rolf Iseli – Wilhelm-Hack-Museum (bis 27. Jan.)

Mannheim: Martin Disler – Kunstverein (13. Jan. bis 24. Feb.)

München: Shogun (bis 3. Feb.)

Nofret – Die Schöne (bis 10. Feb.) beide Haus der Kunst

Carl Frederik Hill / Ernst Josephson – Städtische Galerie (bis 10. Feb.)

Zürich: Pierre Bonard (bis 10. März)

Alfred Jarry (bis 3. März) beide Kunsthaus

Theaterbrief aus Mailand: Tschechow, Bulgakow und die Geschwister Poli

Das Äffchen der Äbtissin läuft weg

Es ist schon merkwürdig. Aber es fällt einem nicht leicht, im großen Bühnenangebot Mailands, das immer noch die Theaterhauptstadt Italiens ist, etwas Ansprechendes zu finden. Um so mehr lockte das Gastspiel des Genueser Stadttheaters mit Tschechows „Drei Schwestern" in der Regie von Otomar Krejča. Sein letzter Besuch mit diesem vielschichtigen Stück ist noch in bester Erinnerung. Damals vollbrachte er mit seinem Prager „Theater am Tor" ein Wunder aus winzigen Details. Inzwischen hat Krejča mit seinem Land und seiner Sprache auch seine Schauspieler verlassen müssen. Sie waren es, die jede Nuance seiner Anweisungen genau verstanden.

Daran hapert es offenbar bei den italienischen Schaupielern, die ihm jetzt zur Verfügung stehen. Sie lachen zu laut, sie tanzen zu wild, sie leiden zu theatralisch und mimen die fremde Mentalität mit zu mediterraner Verve. Ein tragisches Vaudeville. Nur im letzten Akt, dem Abschied von allen Hoffnungen, stimmt die Atmosphäre wieder. Die Schwestern flattern wie irre Vögel durch ein Haus von transparenten Schleiern, ein Symbol des Gefängnisses der Langeweile wie der Sehnsucht nach Leben.

Einen Lichtblick aber gab es doch in Mailand. Das war das tollkühne Unternehmen des jungen Regisseurs Guido de Monticelli im Teatro Lombardo. Der hat Bulgakows Roman „Der Meister und Margarita" auf zwei Hauptszenen reduziert und mit der vorzüglichen Gruppe della Rocca in Szene gesetzt: den Besuch des Teufels Voland im Moskau der dreißiger Jahre und die apokryphen Pilatus-Szenen aus dem Roman des Meisters, den er verbrannte, bevor er ins Irrenhaus eingeliefert wurde.

Der elegante Teufel, der ganz Moskau mit seinem Hexensabbat verwirrt, Margarita, die aus Liebe zum Meister zur Hexe wird und auf ihrem Besen vor einem riesigen Mond galoppiert, ein wogendes weißes Tuch, das die Phantasien im Irrenhaus interpretiert, die Rossiniparodie eines grotesken Bürokratenchors und, dazwischen eingeblendet, die Gewissensnot des Pilatus – das sind Bilder von großer theatralischer Wirkung in einem Schaupsiel voller Brio und Intelligenz. Guido de Monticelli – das steht ganz außer Frage – hat sich in die vordere Riege der Theaterleute Italiens gechoben.

Aber auch bei Lucia Poli, die mit ihrem Bruder Paolo eine Off-off-Institution der hiesigen Bühne darstellt, lohnt sich der Abend. Sie hat eine von Karen Blixens „Sieben gotischen Geschichten", in denen sich nordische Phantasie mit Stammeslegenden ihrer afrikanischen Wahlheimat mischen, für die Bühne eingerichtet. „Der Affe" spielt in einer sonderbaren Mischung aus Kloster und vornehmen Altdamenstift. Er ist das entlaufene Maskottchen der Äbtissin, die sich am Schluß, wie ihre Damen in ihre Schoßtiere, in einen Affen verwandelt. Bei Karen Blixen ist das ein kleines literarisches Meisterstück der Doppelbödigkeit der menschlichen Seele und ihrer animalischen Instinkte. Und auf der Bühne ist es immerhin noch ein Divertissement, das mit viel Witz, Eleganz und grotesken Musikeinlagen zelebriert wird.

MONIKA von ZITZEWITZ

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Die „Stimmen der Zeit" von der Societas Jesu

Speerspitze der neuen Innerlichkeit

Liest man die vom Jesuitenorden getragene Monatszeitschrift „Stimmen der Zeit" (8000 München 19, Zuccalistraße 16), so wird der Wandel dieses Ordens anschaulich sichtbar. Bis weit in unser Jahrhundert hinein war die „Societas Jesu" die scharfe Speerspitze der katholischen Kirche. Es war aber wohl gerade die betonte Intellektualität, die ihn in den verflossenen Jahrzehnten zu einem „Aggiornamento" an den immer intellektueller werdenden Zeitgeist verführt hat. Fern solcher „Anpassung" sind es heute Kongregationen von simplerer Geistigkeit (und vor allem das „Opus Dei"), welche die Schlachten für Rom schlagen.

Einem Jesuiten des 19. Jahrhunderts wäre undenkbar gewesen, was für Pater Seibel, den Chefredakteur der „Stimmen der Zeit", selbstverständlich ist und was ihm allseits Lob einträgt: In der Dezember-Nummer läßt er einen der führenden protestantischen Theologen, Wolfhart Pannenberg, zu Wort kommen mit einem langen, grundsätzlichen Aufsatz „Die Theologie und die neue Frage nach der Subjektivität". Das Perpetuum mobile des Aggiornamento dreht sich unaufhörlich weiter; von der Sozialpsychologie haben auch die Theologen den Schritt zur „neuen Innerlichkeit" mitgemacht.

In der Befassung mit Literatur hat sich die bemühte Zeitgenossenschaft besonders deutlich ausgeprägt. Der in der Öffentlichkeit bekannteste katholische Literaturkritiker, Paul K. Kurz (er hat sich inzwischen von der S. J. gelöst), unterscheidet sich in seinen Wertungen nur wenig und in der Auswahl der Autoren gar nicht von der tonangebenden „Zunft".

Um so erstaunlicher ist es, in der Dezember-Nummer der „Stimmen der Zeit" auf einen Kritiker zu stoßen, der einem der bekanntesten lebenden Autoren ein in der Form höfliches, in der Sache aber eindeutiges „Nein!" entgegenstellt. Es handelt sich um den ausführlich belegten Aufsatz „'Langsame Heimkehr' zu Nietzsche? Eine Anfrage an Peter Handke". Verfasser ist ein Sturmius Wittschier, der laut Mitarbeiterverzeichnis weder Ordens- noch Weltgeistlicher zu sein scheint.

Es gibt eine lange Kette von Theologen (der bisher letzte in der Kette: Eugen Biser), die Nietzsche zum besten aller Christen zu stilisieren suchten. So wirkt es als richtiger Verfremdungseffekt, wenn Wittschiers „Anfrage" an Handke ein unabgeschwächtes „Christus oder Nietzsche?" ist. Eine Frage, die übrigens für die Aufschlüsselung der Entwicklung des einstigen Bürgerschrecks aus Österreich recht aufschlußreich ist.

Wittschier hält sich nicht bei den Klischees von Nietzsche als dem „Philosophen mit dem Hammer" auf. Er spürt den Gegensatz in feineren Zonen auf. Sein Zurückscheuen vor Handkes Idolatrie des Tanzes ruft uns in Erinnerung, daß das Christentum die tanzfernste aller Religionen ist. Und in den Kern führt uns Wittschiers Kritik am „Unendlichkeitsbedürfnis" als Handkes Identisch-Werden: „Bei seiner ‚Verwandlung' nimmt ihn nicht eine neue, im alten Stil zurechtgezimmerte Welthausenge auf, sondern ein ‚Haus aus bebendsten Steinen' (wie Rilke für die ursprungsgewährende Musik sagt) . . ."

ANTON MADLER

Von Königsberg nach Bonn: Der Historiker Walther Hubatsch ist gestorben

Ein Käptn zur See schreibt Geschichte

Der Historiker Walther Hubatsch ist im Alter von 69 Jahren in Bonn gestorben. Mit ihm ist ein deutscher Geschichtswissenschaftler von der Bühne abgetreten, dessen Persönlichkeit und Wirken ganz durch den Raum geprägt war, in den er hineingeboren wurde. Hubatsch, in Königsberg zur Welt gekommen, fühlte sich Zeit seines Lebens dem Ostseeraum und dem wechselvollen Schicksal der Völker dieser Region verbunden.



Die Ostsee im Mittelpunkt: Der Historiker Walther Hubatsch (17.5.1915–29.12.1984) FOTO: DIE WELT

Nach dem Studium der Geschichte an den Universitäten Königsberg, München, Hamburg und Göttingen entschied er sich für die wissenschaftliche Laufbahn. Bereits seine erste Arbeit, eine Studie über „das deutsch-skandinavische Verhältnis 1890–1914", machte deutlich, wo der Schwerpunkt der Forschungen des jungen Wissenschaftlers lag.

Im Zweiten Weltkrieg wurde seine Laufbahn durch den Kriegsdienst bei der Reichsmarine unterbrochen. Nicht ohne Stolz erzählte er, daß der Oberleutnant zur See des Weltkrieges es später als Reserveoffizier bei der Bundeswehr bis zum Kapitän zur See gebracht habe.

Seine Verbundenheit mit der Marine und Fragen der Seekriegsführung wurden auch in seinem ersten größeren historischen Werk über „Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen 1940" manifest. Mit minuziöser Genauigkeit schilderte Hubatsch in dem vielbeachteten Werk den Ablauf des dramatischen Geschehens. Hier zeigte er sich erstmals glanzvoll als klassischer Historiker, der die Fähigkeit besaß, Geschichte, den Ablauf historischer Ereignisse präzise und doch spannend und aufregend zu erzählen.

Doch Hubatsch war keineswegs bloß Marinehistoriker. „Im Bannkreis der Ostsee", so lautete der Titel seiner 1948 erschienenen Arbeit über die Gesamtgeschichte der Ostseeländer. Ihn interessierten vor allem die vielschichtigen politischen, geistigen und kulturellen Beziehungen und Verflechtungen der Völker dieses Raumes. In der großen Studie über „Die Deutschen und der Norden" entwarf er eine höchst anregende politische Ideengeschichte der Völker des Ostseeraumes.

Der Historiker Hubatsch zeichnete sich nicht zuletzt dadurch aus, daß er nie bloßer Gelehrter, sondern stets auch eine politisch engagierte Persönlichkeit war. In vielen Vorträgen hat er zu politisch-historischen Problemen Stellung genommen, vor allem immer wieder zur ungelösten deutschen Frage. Hubatsch war ein leidenschaftlicher Patriot, aber einer mit Augenmaß, dessen souveräne, unaufgeregte Art des Argumentierens versöhnend wirkte. Die Stimme von Walther Hubatsch wird in der aktuellen politischen Diskussion sehr fehlen.

AXEL SCHÜTZSACK

Zum Tode des Germanisten, Philosophen und Dichters Herbert Cysarz

Gegen die sinkende, stürzende Zeit

Am ersten Tag des neuen Jahres und am Ende eines schöpferischen Lebens starb Herbert Cysarz im Alter von 88 Jahren in München. Dem Germanisten, Philosophen, Zeitkritiker und Dichter, der seiner ein ganzes Jahrhundert umspannenden Autobiographie den bezeichnenden Titel „Vielfelderwirtschaft" gab, ist die Gnade zuteil geworden, bis zum Ende schöpferisch und hellwach zu bleiben.

Wenige Tage vor seinem schnellen Tod noch erhielt er die frischgedruckten Exemplare seiner Schrift „Weltordnung und Weltverwirklichung – universaltheoretische Thesen", nach „Das Individuationsprinzip und seine Widerspiele in Natur und Geisteswelt, Geschichte und Gesellschaft" (1979) und „Individualität – die kreative Einmaligkeit des Menschseins" (1983) das Schlußstück seiner berühmten Individuationslehre.

Alles, was Herbert Cysarz gedacht, gesprochen und geschrieben hat, ist im Kampf entstanden: Gegen die absinkende, abstürzende Zeit und gegen den Abbau seines im Ersten Weltkriege hundertprozentig versehrten Körpers. Dies – nicht das Lehrverbot aus der Besatzungszeit – war der Grund, weswegen der Ordinarius für Neuere Germanistik in Prag und München nach 1945 nicht wieder einen Lehrstuhl bestieg. In der „Vielfelderwirtschaft" heißt es dazu:

„Eine Nachrede lautete: ich sei der Gegenwart so spinnefeind, daß ich ihr jeden Dienst verweigere. Ein anderes Gerücht: ich sei so selbstisch verbohrt in eigenes Unterfangen, daß ich mich hinfort jeder amtlichen Pflicht entziehe. Und die übelste Lüge: ich sei andauernd, aber vergeblich bemüht, ein Pöstchen zu ergattern. Die Wahrheit wurde und blieb immer unzugänglicher vergraben: Die bald wieder häufigeren Vorträge in vielen Städten, auch Hörsälen, reichten nicht weit genug."

Das Werk des nun Verewigten ist ungeheuer vielseitig. Im Bereich der Germanistik ragen seine Arbeiten über deutsche Barockdichtung, sein „Schiller", seine Literaturerforschung „Zur Geistesgeschichte der Weltkriege" wie Monumente auf.

Die Übergänge und der endgültige Wechsel zur Philosophie kündigte schon die Dissertation „Erfahrung und Idee – Probleme und Lebensformen in der deutschen Literatur von Hamann bis Hegel" an. In diesem Bereich legen die Studien über Unsterblichkeit und das Schöpferische, das „Welträtsel des Bewußtseins", die „Evidenzprobleme" und zuletzt und zuoberst die Individuationslehre Zeugnis von einem Originalgenie ab, wie man es im deutschen Universitätsleben schon seit langem nicht mehr findet.

HANS-DIETRICH SANDER



Dem Individuellen auf der Spur: Der Philosoph Herbert Cysarz (1896–1985) FOTO: G. W. BACHERT

Der Schnee bescherte den Autofahrern eine lange Nacht

DW./hau. **Bonn/New York**

Heftige Schneefälle und Eisglätte stellten in der Nacht zum Mittwoch die Geduld zahlreicher Autofahrer in weiten Teilen des Bundesgebietes auf eine harte Probe. Am schlimmsten war die Autobahn Hannover–Frankfurt betroffen. Hier saßen auf dreißig Kilometern Länge in einem nächtlichen Stau Rückkehrer aus norddeutschen Urlaubsgebieten zwischen den Autobahnausfahrten Homburg und Gießen fest. Liegengebliebene und querstehende Lastwagen blockierten an spiegelglatten Steigungen nicht nur den Ferienverkehr, sondern auch die Räumfahrzeuge. Erst gegen vier Uhr morgens löste sich der Stau auf. Einzelne Reisende hatten für die Strecke von Sylt bis Gießen statt sechs Stunden dreizehn bis vierzehn Stunden benötigt.

Der Schneefall traf das Bundesgebiet mit unterschiedlicher Intensität. In den bayerisch-österreichischen Alpen fielen bis zu 30 Zentimeter Schnee, in Berlin hingegen lediglich sechs Zentimeter, und Teile der norddeutschen Tiefebene blieben in der Nacht zu gestern sogar weitgehend verschont. Zähflüssiger Verkehr mit zeitweiligem Stillstand in dichtem Schneetreiben herrschte vorwiegend auf der Autobahn Salzburg–München und weiter bis Frankfurt. Die A 8 Karlsruhe–Stuttgart–Ulm war in der Nacht zu gestern eineinhalb Stunden lang völlig blokkiert, konnte aber am frühen Morgen dank intensiven Räumeinsatzes wieder befahren werden. Im Laufe des gestrigen Tages führten jedoch erneut einsetzende Schneefälle mit Verwehungen zu Stop-and-go-Verkehr auf 40 Kilometer Länge. Schwere Unfälle jedoch brauchte die Polizei hier ebensowenig zu verzeichnen wie in Berlin, wo die Räumdienste den Schichtbeginn von sechs auf drei Uhr früh vorverlegten und mit allem verfügbaren Gerät im Einsatz waren. Es ereignete sich im Berufsverkehr nur ein einziger schwerer Unfall. Auch in Stuttgart, das mit fünf bis acht Zentimetern Neuschnee davonkam, lobte die Polizei die Verkehrsdisziplin. Gestern wurden nur zwanzig Unfälle mit einem Leichtverletzten und Blechschäden über jeweils wenige hundert Mark registriert.

In allen deutschen *Mittelgebirgen* herrschen nach bis zu vierzig Zentimetern Neuschnee gute Wintersportmöglichkeiten. Arktische Kaltluft aus dem finnisch-nordrussischen Raum wird nach Erwartung der Meteorologen in den nächsten Tagen für Witterungskontinuität sorgen. Bei nachlassender Niederschlagstätigkeit zieht mit Tagestemperaturen bis minus acht Grad der Winter in ganz Deutschland ein. Zum Wochenende wird mit einer deutlichen Frostverschärfung bis zu minus zwölf Grad Tagestemperatur gerechnet.

Zieht der Winter somit in Deutschland allmählich ins Land, herrscht in New York seit Tagen ein Kaleidoskop aus Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Am 27. Dezember lag eine geschlossene Schneedecke von 30 Zentimetern auf der Stadt. Am 29. Dezember schmolz sie schneller dahin als Butter vor der Sonne: Die Quecksilbersäule stieg bei strahlendem Sonnenschein auf 18 Grad. Am Silvesterabend war die Temperatur wieder auf sechs Grad gesunken, um gestern erneut auf zwölf Grad anzusteigen – dieses Mal bei neblig-trüber Witterung.

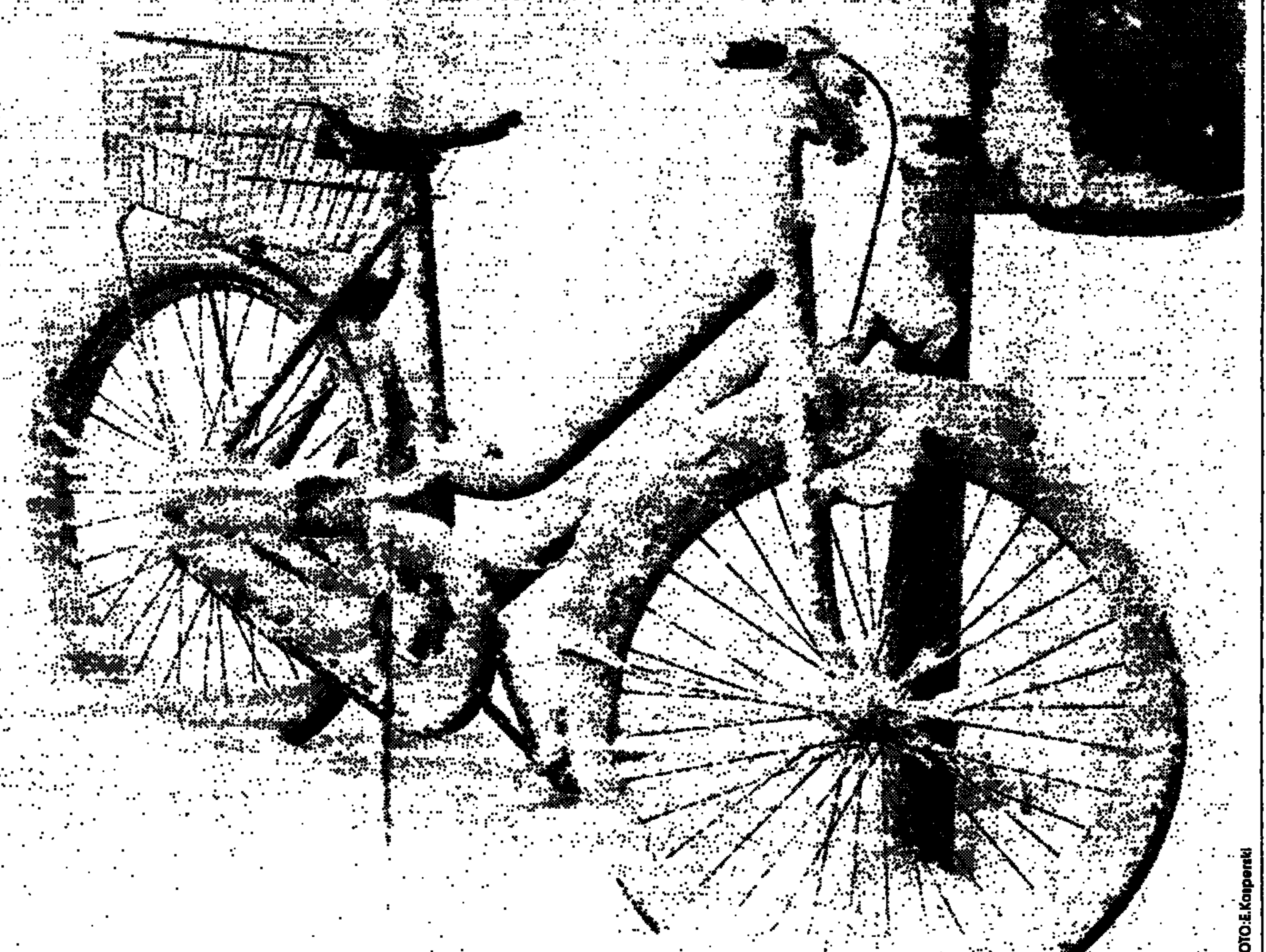


FOTO: E. Kasperski

US-Navy lüftete Geheimnis um U-Boot-Untergang

SAD, **Norfolk**

Das amerikanische U-Boot „Scorpion", das 1968 mit seiner gesamten Besatzung von 99 Mann im Atlantik verlorenging, sank nach einer durch Fehlschaltung ausgelösten Torpedo-Explosion, nach der der Kommandant noch ein verzweifeltes Rettungsmanöver versuchte. Nach dem jetzt freigegebenen Untersuchungsbericht wurde die Sprengladung des Geschosses aus Versehen aktiviert, worauf der Kommandant eine abrupte Kehrwendung befahl, um einen für solche Fälle vorgesehenen Entschärfungsmechanismus in Gang zu setzen. Der Torpedo explodierte jedoch vor Vollendung des Wende-Manövers, worauf das Boot nahe der kanarischen Inseln schnell auf eine Tiefe absackte, in der es verloren war. Die Hebung des Bootes wurde nie versucht. Der Hergang der Katastrophe wurde anhand von Fotos rekonstruiert, die Taucher vom Wrack des Schiffes schossen. Die Analyse der Fotos deckt sich mit akustischen Signalen, die während des Unglücks von Überwasserschiffen registriert wurden – Geräusche einer Explosion und darauf solche mehrerer Implosionen, als das Boot nach dem Absacken vom Wasserdruck zermalmt wurde.

Totenmaske gestohlen

dpa, **Berlin**

Unbekannte Täter haben in Berlin aus dem Besitz der Moltke-Stiftung die Totenmaske des preußischen Feldmarschalls Helmuth Graf von Moltke (1800–1891), eine Statuette und ein Porträt des früheren Lehrmeisters der deutschen Wehrmacht und Generalstabschefs gestohlen.

Super unter 1,30 Mark

dpa, **Köln**

Eis und Schnee zum Jahresbeginn haben nicht nur die Autofahrer, sondern auch die Benzinpreise ins Rutschen gebracht: Erstmals seit dem vergangenen September sank der Preis für Superkraftstoff unter die Marke von 1,30 Mark. Eine Tankstelle in Amern bei Viersen bietet jetzt Super für 129,9 Pfennige an.

Zum Haareraufen

SAD, **Clwyd**

Noch nie sind tonnenschwere Müllberge so sorgfältig durchgewühlt worden wie die Müllkippe von Clwyd in Wales. Zwei Tage nach Silvester hat der Arbeiter Graham Williams (38) zusammen mit seiner Frau Theresa (29) die Suche jedoch aufgegeben. Das Ehepaar suchte den halben Abschnitt eines Glücksloses, den der fünfjährige Sohn Damien zu Hause weggeworfen hatte. Der Abschnitt hätte Graham und Theresa 370 000 Mark Gewinn garantiert ...

Tegel-Ruin

dpa, **Berlin**

Das Großfeuer, das in der Neujahrsnacht ein Einkaufszentrum im Berliner Stadtteil Tegel verwüstet und Schäden in Höhe von 20 Millionen Mark verursachte, hat keinen politischen Hintergrund. Der dafür zuständige Staatsschutz stellt seine Recherchen ein. Das Feuer, das 37 von insgesamt rund 100 Geschäften zerstörte, war in einem Jeans-Shop ausgebrochen. Nach wie vor wird Brandstiftung jedoch nicht ausgeschlossen. Viele der Boutique-Inhaber stehen vor dem Ruin.

Ärztin verschleppt

AP, **Köln**

Eine 43jährige Kölner Ärztin ist am Dienstagabend von einem Rauschgiftsüchtigen aus ihrer Praxis in Köln verschleppt und mehrere Stunden gewaltsam bedroht worden. Der 31jährige Entführer, der vor vier Wochen aus einer Klinik geflüchtet war, konnte in der Nacht zum Mittwoch festgenommen werden, nachdem er zuvor sein Opfer freigelassen hatte.

Plastiktüten verboten

SAD, **Rom**

Ab 1. Januar 1991 dürfen in Italien Tüten, Säcke und anderes Verpackungsmaterial nicht mehr aus Plastik hergestellt werden. Ausgenommen von dieser Bestimmung ist lediglich sogenanntes ökologisches Plastik, das sich vollständig vernichten läßt.

Zwiebeln sorgen für rosige Aussichten

Hollands Blumenexport erreichte 1984 2,7 Milliarden Mark / Hauptkunde Deutschland

HELMUT HETZEL, **Den Haag**

Der niederländische Premierminister, Ruud Lubbers, ließ es sich nicht nehmen, jenen Blumenstrauß, der den Jahresumsatz der zweitgrößten holländischen Auktionshalle, Westland in Naaldwijk, über die Milliarden-Grenze hievte, höchstpersönlich an den Käufer auszuhändigen. Es waren prächtige rote Rosen. Sie symbolisierten einen weiteren Umsatzrekord in dieser Branche, der den Aufwärtstrend in der niederländischen Blumen- und Pflanzenindustrie eindrucksvoll unterstreicht. Innerhalb eines guten Jahrzehnts nämlich schaffte es das kleine Holland, der Welt größter Blumenproduzent und -exporteur zu werden. Die Niederländer beherrschen inzwischen 60 Prozent dieses lukrativen Wachstumsmarktes. Weltweit, versteht sich.

Fast überall auf dem Globus, wo aus unscheinbaren Zwiebeln im kommenden Frühjahr wieder farbenprächtige Tulpen sprießen werden, hatte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein holländischer Züchter seine Hand im Spiel. Fast überall, wo bald wieder Osterglocken in ihrem satten Gelb leuchten werden, waren holländische Gärtnereien in irgendeiner Weise daran beteiligt. Mit einem Gesamtumsatz von 3 Milliarden Gulden (2,7 Milliarden Mark) sind die Niederländer auf dem besten Weg, ein wahres „Tulpenwunder", wie man die Wachstumsraten dieser zukunftsträchtigen Agrarindustrie mit einem Schlagwort bezeichnen könnte, aufblühen zu lassen.

Der größte Teil der niederländischen Blumenpracht jedoch mit einem Exportwert, der 1984 weit über einer Milliarde Mark gelegen haben dürfte, ziert nach wie vor deutsche Wohnzimmer und wächst als Rose oder Narzisse in deutschen Vor- oder Schrebergärten irgendwo zwischen Kiel und Konstanz.

Aber auch Amerikaner, Kanadier und Japaner erfreuen sich immer häufiger an Gewächsen, made in Holland. So stieg beispielsweise der niederländische Blumenexport in die Vereinigten Staaten und Kanada im vergangenen Jahr um sage und schreibe 60 Prozent und erreichte damit erstmals ein Volumen von 200 Millionen Gulden (180 Millionen Mark). Ein Sprecher des Landwirtschaftsministeriums: „Wir hätten durchaus noch mehr exportieren können, wenn mehr Luftfrachtraum verfügbar gewesen wäre."

Rosige Aussichten, im doppelten Sinne des Wortes, prophezeit auch der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Ad Ploeg, der Blumenindustrie: „Es ist schon ein kleines Husarenstück, was uns da in den letzten Jahren gelungen ist."

Wie steil dieser Kurs nach oben zeigt, das beweisen die Zahlen. 1970 konnte die eingangs erwähnte Blumenauktion Westland nur 114 Millionen Gulden umsetzen. Jetzt, mit dem Schritt über die Milliarden-Grenze, hat sich diese Umsatzgröße fast verzehnfacht. Ähnlich stürmisch verlief auch die Entwicklung bei der größten Blumenauktion des Landes in Aalsmeer. Dort wird wohl bald die 1,5-Milliarden-Umsatzhürde übersprungen werden können.

Die rund 7000 Blumenzüchter und Gärtnereien des Landes verkauften 1984 14 Prozent mehr Iris als im Vorjahr und haben damit dem Sprichwort „Sag es mit Blumen" eine neue, eine ökonomische Bedeutung gegeben.

LEUTE HEUTE

Neujahrssprung

Vor der mit Panzerglas armierten Fensterfront verhieß die abgestellte Bohner-Maschine **Frans Meyer**, Ende 1983 einer der Entführer des holländischen Biermagnaten **Fred Heineken**, am Neujahrstag einen guten Rutsch. In die psychiatrische Klinik Utrecht eingeliefert, war der Patient gewitzt genug, sich rasch dreier Fluchtkumpane zu versichern. Sie rammten das schwere Gerät durch die Scheibe, sprangen in den Hof und flüchteten zum nahegelegenen Bahnhof. Dort verlor sich ihre Spur. Von den erpreßten 32 Millionen Mark lagern noch etwa acht Millionen an einem unbekannten Ort.

Neujahrsklatsch

Heimlich beobachten sich die fünfzehntausend Einwohner der normannischen Kleinstadt Louviers. In das Café „La Civette" brachte ein Unbekannter einen Lottoschein, zahlte, ging und gewann in der Weihnachtssonderziehung umgerechnet 3,4 Millionen Mark. Der Café-Inhaber, **Bernard Bricongne,** beschrieb den Glückspilz: ungefähr vierzig Jahre alt und dem Aussehen nach bestimmt ein Angestellter.

Peinliche Untersuchung

Luftpirat war rechtskräftig verurteilter Massenmörder

DW./SAD, **Washington**

Die US-Bundesluftfahrtbehörde (FAA) untersucht nach eigenen Angaben, ob eine Verletzung von Sicherheitsbestimmungen einen verurteilten Mörder befähigt hat, am Montag ein US-Großraumflugzeug vom Typ DC-10 mit 198 Menschen an Bord nach Kuba zu entführen. Ein FAA-Sprecher erklärte gestern, die Behörde prüfe gegenwärtig, ob gegen Sicherheitsbestimmungen für die Überführung von Strafgefangenen verstoßen worden sei. In New York teilte die Bundespolizei (FBI) mit, daß Häftlinge beim Transport in öffentlichen Verkehrsmitteln Handschellen tragen müßten.

Ob dies bei dem Luftpiraten der Fall war, teilte der FBI-Sprecher nicht mit. Die Maschine wurde auf dem Flug von St. Croix auf den amerikanischen Jungfern-Inseln nach New York nach Havana entführt. Bei der Landung ergab sich der Häftling den kubanischen Behörden und blieb in Havana zurück, als das Flugzeug nach New York startete. Die amerikanischen Behörden identifizierten den Entführer gestern als den wegen achtfachen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilten Ishmial Laßeet alias Ishmail Muslim Ali.

Laßeet sollte nach FAA-Angaben in das Gefängnis Lewisburg in Pennsylvania zurückgebracht werden, wo er eine lebenslange Haftstrafe für den Mord an acht Menschen auf einem Golfplatz auf den Jungfern-Inseln im Jahre 1972 verbüßt. Er war nach St. Croix zu einem Zivilprozeß überführt worden, wo ihm eine Entschädigung von 12 000 Dollar (37 000 Mark) zugesprochen wurde, weil er beweisen konnte, daß seine Bürgerrechte 1979 durch eine ungerechtfertigte Einzelhaft verletzt worden waren.

Laßeet war auf dem Flug von drei Wächtern eskortiert worden. Er überwältigte die drei und zwang die Besatzung zum Flug nach Kuba. Bis zu vier Pistolen hat Laßeet in seinem Besitz gehabt. Ein Passagier berichtete, der Luftpirat habe einen Sicherheitsbeamten auf dem Boden der Kabine festgehalten. Ein anderer sagte, Laßeet habe einer Stewardeß eine Pistole an die Schläfe gehalten. Was die USA tun werden, um den Kriminellen aus Kuba zurückzubringen, steht noch nicht fest.

WETTER: Dauerfrost

Wetterlage: Hinter einem nach Jugoslawien abziehenden Tief wird von Nordosten her arktische Kaltluft nach Deutschland geführt.

2. Januar 1985, nachm. Deutscher Wetterdienst

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. bedeckt, still, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H=Hoch-, T=Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm)

Vorhersage für Donnerstag:

In ganz Deutschland überwiegend starke, nur vorübergehend auflokkernde Bewölkung und zeitweise leichter Schneefall. Nur am Alpennordrand länger andauernde Niederschläge. Höchsttemperaturen minus 3 bis minus 7 Grad. Nachts Abkühlung auf minus 6 bis minus 10 Grad, in ungünstigen Lagen auch noch darunter. Mäßiger, im Küstenbereich zeitweise auffrischender Wind.

Weitere Aussichten:

Abklingender Schneefall, kälter.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	-4°	Kairo	16°
Bonn	-2°	Kopenh.	-4°
Dresden	-6°	Las Palmas	20°
Essen	-3°	London	3°
Frankfurt	-1°	Madrid	5°
Hamburg	-2°	Mailand	-2°
List/Sylt	-2°	Mallorca	11°
München	-3°	Moskau	-5°
Stuttgart	-3°	Nizza	9°
Algier	11°	Oslo	-2°
Amsterdam	1°	Paris	2°
Athen	12°	Prag	-6°
Barcelona	10°	Rom	1°
Brüssel	0°	Stockholm	-6°
Budapest	-5°	Tel Aviv	18°
Bukarest	-6°	Tunis	11°
Helsinki	-12°	Wien	-6°
Istanbul	7°	Zürich	-1°

Sonnenaufgang* am Freitag: 8.27 Uhr, Untergang: 16.28 Uhr; **Mondaufgang:** 13.59 Uhr, Untergang: 6.01 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Silvestermord – Thema Nr. 1 in Berliner Bankkreisen

H.-R. KARUTZ, **Berlin**

Das Ende eines Menschen erschüttert Berlin. Der Tod ereilte Ulrich C. Jancke während eines selbst zubereiteten nächtlichen Mahls. Jancke, einer der erfolgreichsten Berliner Bankmanager, starb am Silvestermorgen unter geheimnisvollen Umständen. Der Vorstandsvorsitzende der „Grundkreditbank" öffnete, als er mit zwei Freunden beim Essen saß und es nach Mitternacht klingelte. Draußen stand der Todesbote – ein Kopfschuß aus einer Schalldämpfer-Pistole streckte Jancke nieder. Die Mordkommission fand im Flur der vornehmen Westend-Villa, die der Zirkuskönigin Paula Busch gehört, als einzige Spur nur eine 7,65-mm-Geschoßhülse.

Der mysteriöse Tod des Junggesellen, der Homosexuellen-Lokale im Berliner Viertel um den Nollendorfplatz aufgesucht haben soll, bildete in Berlins Bankzirkeln das Gesprächsthema Nr. 1 zum Jahreswechsel. Nicht die laufende Ziffer 67 in der Berliner Mordliste 1984, sondern das Schicksal eines Erfolgsmenschen von amerikanischem Zuschnitt bewegt die Branche.

Die Mordkommission tappt bislang im dunkeln. Ihr Chef, Werner Gerhardt, stellte gestern im SFB-Morgenmagazin lediglich fest: „Wir vermuten das Motiv tatsächlich im privaten Bereich. Aus alldem, was wir uns bisher als Mosaik in den Ermittlungen zurechtgelegt haben, kommt ein geschäftliches Motiv mit Sicherheit nicht in Frage." Auch für einen politischen Hintergrund besitze er „gar keine Ansatzpunkte". Andererseits war unter ganz ähnlichen Umständen wie Jancke vor zehn Jahren Berlins Kammergerichtspräsident Günther von Drenckmann an seiner Wohnungstür von RAF-Terroristen erschossen worden ...



Ulrich C. Jancke: Ein Erfolgsmensch, dem man urplötzlich Todessehnsucht nachsagte – liegt dort der Schlüssel für sein Ende? FOTO: ULLSTEIN

In jüngster Zeit, berichtete gestern eine Berliner Boulevardzeitung, habe Jancke seinen Freunden gegenüber in den Szene-Lokalen eine regelrechte Todes-Sehnsucht an den Tag gelegt: „Ich will das neue Jahr nicht mehr erleben." Alles sei zum Erbrechen, wird ihm als Äußerung zugeschrieben.

Möglicherweise kannte der Bankier seinen Mörder: „Ich kann mir denken, wer das ist", sagte er seinen Freunden gegenüber, als es zu ungewöhnlicher Zeit schellte.

Jancke gehörte auf dem schwierigen Berliner Pflaster zu den Männern mit einer steilen Aufsteiger-Karriere: Erst 1969 kam er an die Spree, nachdem er zuvor als Syndikus beim Deutschen Genossenschaftsverband in Bonn gearbeitet hatte: Mit 34 Jahren trat der gelernte Jurist in die damals unbedeutende „Grundkreditbank" ein, die den Mittelstand mit günstigen Krediten versorgte.

Von einer bescheidenen Bilanzsumme von 36 Millionen Mark „pushte" er durch enormes Engagement und Einfallsreichtum diese Zahl auf knapp 1,7 Milliarden Mark. Im Geschäftsjahr 1983 bekamen die Genossen eine Dividende von 7,6 Prozent auf ihre Einlagen. Der Jahresüberschuß betrug acht Millionen Mark. Eines von Janckes Erfolgsrezepten: Er ließ Gehaltskonten wie Sparbucheinlagen verzinsen und gewann damit zahlreiche Kunden.

Der Arztsohn aus dem Gelsenkirchener Kohlenpott zählte zu den beliebtesten Berliner Mäzenen. Als Schatzmeister der „Freunde der Nationalgalerie", zu denen auch Walter Scheel zählt, machte sich der Hobby-Koch und Italien-Fan um Berlins Kunstleben verdient. Sein Denkmal setzte sich Jancke schon zu Lebzeiten: Einen mit rotem Sandstein verkleideten Rundbau für 100 Millionen Mark vis-à-vis vom Eingang Zoo.

ZU GUTER LETZT

Ballspielende Schweine sind gesunde Schweine, die dann nicht grantig werden und sich also untereinander nicht beißen, haben Bostoner Wissenschaftler herausgefunden.